

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 49

Rosa-Luxemburg-Stiftung

RAINER RILLING (HRSG.)

**Eine Frage der Gewalt.
Antworten von links**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rainer Rilling (Hrsg.):
Eine Frage der Gewalt. Antworten von links
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 49)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2008

ISBN 978-3-320-02157-3

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Elke Sadzinski
Umschlag: Heike Schmelter unter Verwendung eines Fotos von Hughes Léglise-Bataille
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

<i>Rainer Rilling</i> Die Frage	7
<i>Wolf-Dieter Narr</i> Die Gewalt der Demonstrationen – Nachträgliche Bedenken zum heiligen Damm-Ereignis vom 2. bis zum 8. Juni 2007	11
<i>Christine Buchholz</i> Die Ohnmacht überwinden	23
<i>Katja Kipping</i> Die Gewaltfrage und DIE LINKE bei den Gipfelprotesten 2007	31
<i>Christoph Kleine</i> Jenseits der Gewaltfrage – Erfahrungen aus Block G8	35
<i>Bernd Hüttner</i> Ziviler Ungehorsam, Militanz und »Gewalt« – ein kleiner Rückblick	39
<i>Einige autonome (ex-)StipendiatInnen</i> »Oops! We did it again.« Demo und Riots in Rostock am 2. Juni 2007 aus autonomer Sicht	45
<i>Peter Wahl</i> Hegemonie statt Militanz. Zum Verhältnis von Gewalt und emanzipatorischer Politik	53
<i>Conny Hildebrandt</i> Weil die Schlacht länger sein wird	65
<i>Patrick Bond</i> Gewalt-Fragen. Das Beispiel Südafrika – ein Gespräch	73
<i>Ruth Frey</i> Die Linke und ein Tabu	77

<i>Manfred Lauermann</i> Gewaltdiskurse vor 68 – aus dem Blickwinkel von 2008	81
<i>Thomas Seibert</i> Differenzierungen im Begriff der Militanz. Überlegungen zur politischen Subjektivität der Linken	95
<i>Michael Brie</i> Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus	101
AutorInnen	139

Die Frage

der Gewalt, Gewaltkritik und ihre Tabuisierung gehören zur Geschichte der Linken. Anders als die konkurrierenden großen liberalen, konservativen und rechten politischen Strömungen ist aber die Linke in der Frage der Gewalt seit jeher tief zerrissen. Diese Frage ist für sie deshalb so kompliziert, weil zur linken politischen und moralischen Kultur grundlegend konfligierende Werte gehören, die hier aufeinanderprallen und die unterschiedlich gewichtet werden. Gemeint ist der Wertkonflikt zwischen dem Ideal und der Norm der Friedlichkeit/Gewaltfreiheit, die stark mit den zentralen linken Zielideen der Gerechtigkeit und des Sozialismus verbunden sind, und konkurrierenden linken Normen wie (1) der vor allem in den 80er und 90er Jahren erarbeiteten Hochschätzung von Individualität, Diversität und Autonomie, (2) der linken Tradition des Eintretens für Minderheiten und deren Schutz und, damit zusammenhängend, (3) der linken Hochschätzung des Kampfes gegen Ausschluss und Abgrenzung. Das bedeutet: von der Mehrheit abweichende Positionen – und nach der gegenwärtigen Lage der Dinge sind dies fast immer Positionen, die sich für »Militanz« und gegen radikale Gewaltfreiheit stark machen – werden im Zeichen des Minderheitenschutzes, der Ablehnung von Ausgrenzung und des Eintretens für die Autonomie eigensinniger Positionen akzeptiert, obwohl die Norm der Gewaltfreiheit dadurch verletzt wird. Oder sie werden unter Verletzung der genannten Normen nicht akzeptiert, es wird für Ausschluss und Abgrenzung plädiert – der Riss in der Linken und politische Spaltungen sind da.

Die Frage der Gewalt legt also sofort die Widersprüchlichkeit der Identität der Linken bloß. Auch deshalb ist der Versuch, sich aus dem Entscheidungskonflikt zwischen gewaltfreien und gewaltsamen Positionen herauszuhalten, sich mit keiner Position zu identifizieren (und sich womöglich zugleich aber auch nicht zu distanzieren oder – mehr noch – »kritische Solidarität« zu üben) kaum durchzuhalten. Es sind Fluchtversuche ohne Reichweite – es sei denn, sie enden in der einfachen Negation der Widersprüchlichkeit einer linken Identität. Nicht zufällig sind daher die Mühen der Gewaltfrage so oft ein Grund gewesen, das linke Lager schlicht zu verlassen und – unter welchem Etikett auch immer – in die romantische Rhetorik oder die Verzweiflung der Praxis der grenzüberschreitenden Gewalt überzuwechseln. Nur selten steht der anderen, weit häufigeren Flucht in den bequemen Opportunismus eines liberalen Verbalpazifismus der Versuch gegenüber, eine Begründung eines linken radikalen Pazifismus auszuarbeiten.

So besteht innerhalb der Linken zwar oft viel Einigkeit in der Kritik der Gewalt der Macht, des Staates und der Ökonomie des Kapitalismus. Hier gibt es eine

vielfach beeindruckende Bilanz eines politischen Konsenses. Doch der Widerspruch bricht auf, wenn es um das Umgehen mit solcher Gewalt geht oder um die Bewertung »eigener« revolutionärer Gewaltpraxen, sei es mit oder ohne Staatsapparat. Zudem reicht die Rückgabe des Gewaltvorwurfs an die Linke selbst etwa durch liberale Medien fast immer vollständig aus, um deren inhaltlich-politischen Ziele und die ihnen zugrunde liegenden Interessen unsichtbar zu machen oder abzuwerten.

Die Linke hat auf diese komplizierte Situation mit der Entwicklung verschiedener Verfahrensprinzipien zu reagieren versucht:

- die in der Vergangenheit häufig anzutreffende Ausklammerung der Gewaltfrage, um beispielsweise für politische Positionen oder Demonstrationen zusätzliche Mitstreiter zu bekommen, wird als kontraproduktive Tabuisierung abgelehnt;
- das Moment der öffentlichen Kritik wird stark gemacht, ob dies nun um die Kritik der Kultur militärischer Sprache und entsprechender politischer Stile oder um die Auseinandersetzung mit illusionären Elementen der Plädoyers für Dialog und Friedfertigkeit und von Formen der prekären Zusammenarbeit mit den machtvollen politischen Gegnern geht;
- die Prinzipien der Zusammenarbeit unterschiedlicher linker Strömungen und Kulturen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen sollen möglichst weitgehend offen gelegt und die Vielfalt der Akteure (auch auf der Gegenseite) und ihre Haltungen zur Gewaltproblematik nicht nur gemeinsam herausgearbeitet werden; es sollen auch gemeinsame Regeln und Praxen der Bearbeitung von Konflikten und Eskalationssituationen entwickelt und befolgt werden.

Verfahren haben freilich Grenzen spätestens dann, wenn es zu grundsätzlichen Interessenkonfrontationen kommt, die mit den genannten Identitäten zusammenhängen – erst recht dann, wenn die Gewaltverhältnisse so überwältigende Formen wie heute angenommen haben.

Unter solchen Bedingungen noch eine politisch praktikable Übereinstimmung zu bewerkstelligen verlangt eine politische Kunst, die an jene »*antagonistische Kooperation*« erinnert, die eine der spannendsten Formeln der Friedensforschung der 60er und 70er Jahre war. Da wird dann versucht, gemeinsam akzeptable, noch gewichtigere Werte (Gattungsfragen, Freiheit, Menschenrechte o. ä.) oder Verfahren (Dialog) ins Spiel zu bringen, aber auch unterschiedliche politische Rollen (Widerstand/Opposition/Machtinhaberschaft) sowie die damit verknüpften Gewaltpotentiale und -sichten abzugleichen und auszutarieren. Zu den wenigen »neuen« Momenten der »Neuen Linken« gehört dieses Moment der Kooperation *beträchtlich* widersprüchlich agierender und denkender Akteure, das versucht, in der traditionellen politischen Kultur der Linken mehr oder weniger unvereinbare Werte, Ziele und Methoden politischen Handelns zusammen- und auszuhalten. Diese Kultur einer bedingungsvollen *Politik kritischer Anerkennung* ist in der Linken immer wieder stark geworden und zerfallen, niedergekämpft und zerrissen worden. Traditierte Formeln wie *Autonomie, Selbstorganisation, Bündnis, Volksfront*

etc. aus der Bewegungsgeschichte der historischen Linken, die oft völlig unterschiedliche politische Richtungen repräsentierten, haben sich meist implizit in solchen Praxen wechselseitiger kritischer Anerkennung als *links* erkannt und Wege zu einer gemeinsamen Erarbeitung eigener Identität und ihrer Grenzen gefunden. *Üblich* ist das aber bekanntlich nicht gewesen: der Fortschritt identitätspolitische Reflexionen in den letzten drei Jahrzehnten vollzog sich wesentlich außerhalb der Linken oder in peripheren links-radikalen Gruppen, es ging um *race, sex, class*, nicht aber um *left politics*.

Grundsätzlich notwendig ist es, die Seite der Kritik gegen die Kultur der Tabuisierung zu schärfen. Die Linke hat keine beeindruckende Geschichte einer Auseinandersetzung mit den politikpraktischen, theoretischen und auch philosophischen Fragen der Gewaltlosigkeit – obwohl die Tradition der Linken schrecklichste Formen der Gewalttätigkeit gepflegt hat und die radikale Kritik an dieser Geschichte in der Linken selbst keineswegs präsent oder gar hegemonial ist; ihre Kriegskritik ist weithin taktisch und radikaler Pazifismus ist ganz offenbar keine starke Option der Linken. Sie ist betroffen vom »Elend der Welt«, arbeitet aber kaum analytisch und diskursiv über die »Gewalt in der Welt« und nimmt professionelle Gewaltkritik und effiziente Strategien der Gewaltfreiheit und -prävention nur randständig zur Kenntnis. Wenig Klarheit gibt es zum Verhältnis von Gewalt und Militanz.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Teil der Linken ist von dieser Kritik nicht ausgenommen. Ob sie es vermag, zu politisch bestandsfähigen Antworten auf die Frage der Gewalt beizutragen, ist offen. Ein Versuch ist die Dokumentation sehr kontroverser Beiträge zu einer Debatte, welche die RLS im Sommer 2007 in Berlin im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel durchführte. Es debattierten Menschen, die nicht so einfach zusammenkommen. Ihre Kulturen und Vorschläge sind radikal, gehen also weit und machen nicht halt.

Die Gewalt der Demonstrationen – Nachträgliche Bedenken zum heiligen Damm-Ereignis vom 2. bis zum 8. Juni 2007

Vorbemerkung

Mit knapp 30 Beobachterinnen und Beobachtern war das Komitee für Grundrechte und Demokratie rund um Heiligendamm zwischen dem 2. und 8. Juni 2007 präsent. Ich gehörte zu diesen Sehlustigen. Der zu einem schmalen Buch geratene Beobachtungsbericht erschien im Eigenverlag des Komitees noch im Jahr 2007. Ohne ihn wörtlich zu zitieren, zehren meine Beobachtungen und Schlussfolgerungen weitgehend von ihm, soweit sie dem demonstrativen Geschehen im Juni 2007 gelten.

Der Julidiskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemäß und dem ein halbes Jahr später komponierten Sammelband mit Beiträgen etlicher seinerzeit Beteiligter liegt der besondere Akzent auf der dauernd rumorenden »Gewaltfrage«, richtiger dem »Gewaltkomplex«. Weil das Komitee den demokratischen Stellenwert von Demonstrationen von seinem Anfang an hoch rangierte, viele Demonstrationen aufgrund einseitiger Berichte jedoch in ihrem politischen Sinn gewaltverdunkelt wurden und werden, installierte es Beobachtungen von Demonstrationen. Solche finden regelmäßig statt seit der nicht zuletzt infolge des darauf bezogenen Verfassungsgerichtsurteils (1985) bekannt gewordenen Brokdorf-Demonstration (1981). Ihr zentraler Sinn: Berichte über Demonstrationen, sei es diverser Medien, sei es der medientätigen Polizei – beide überschneiden sich häufig stark –, sollen nicht abgehoben, sondern aus eigener Beobachtung bestätigt oder kritisiert werden. Die eigene Beobachtung hat in der Regel den unschätzbaren Vorzug über viele Augenpaare zu verfügen und Partei nur insoweit zu sein, als es darum geht, das Bürgerrecht auf Demonstration nach allen Seiten hin emphatisch zu verteidigen. Alle Einschränkungen dieses Bürgerrechts sind öffentlich, nachvollziehbar und penibel zu rechtfertigen. Die juristische wie die politische Vermutung spricht durchgehend für dessen unbegrenzte Geltung.

Das, was sich im Kontext von Heiligendamm vom 2. bis 8. Juni 2007 demonstrativ zugetragen hat, einschließlich der Vor- und Nachgeschichte, soweit sie relevant ist, um die Geschehnisse verstehen zu können, soll demokratisch-grundrechtlich, methodisch, ereignisanalytisch und gegenwärtige (staatliche) Politik spiegelnd gemischt eher thesenförmig vorgestellt werden. Systematisch sind diese Bemerkungen, indem sie konkretes Geschehen zusammen mit den eher hinter-

gründigen Faktoren entwickeln und so verstehen lassen sollen. Der Kreisel der Beobachtungen und Argumente, die nie völlig von einander geschieden werden können, dreht seine sich verengenden Runden um die beiden gekoppelten Fragen: welche »Gewalt« von den Demonstrationen ausgegangen sei; wie welche »Gewalt« auf die Demonstrationen eingewirkt habe. Nach dem Muster lateinischer Grammatik unterschieden geht es um den Genitivus subjectivus wie den Genitivus objectivus. Gewalt gegen und durch die Demonstration und ihre Teilnehmenden. Um den »amorphen«, sprich mit vielen Gestalten versehenen Gewaltbegriff nicht im einzelnen erörtern zu müssen, sei dieser für den hauptsächlichen Gebrauch in diesem Artikelchen auf drei nie sauber scheidbare Aspekte hin pointiert: primär den Aspekt der unmittelbaren physischen Gewalt von Menschen gegen Menschen; den Aspekt der strukturellen Gewalt, der in signifikant verschiedenen Lebenschancen, hier politisch-mitbestimmenden Möglichkeiten zum Ausdruck kommt; den Aspekt der institutionell-habituellen Gewalt, der sich in verschiedenen zuhandenen Gewaltinstrumenten und andere beeinflussenden Verhaltensweisen von einzelnen und Gruppen äußert.

Riesendemonstration am 2. Juni 2007 zu Rostock – einige phänomenologische Tupfer

Früh am Nachmittag. Die beiden Züge der Demonstration kamen zu einer ca. 80 000 Personen umfassenden Kundgebung an der Ostsee zusammen. Die kaum übersehbare Zahl der Demonstrierenden war der erste Eindruck. Die Polizei, der unmittelbar präsent ambivalente Partner aller Demonstrationen, hielt sich am Bahnhof, an dem die meisten Teilnehmenden ankamen, ebenso zurück wie im Verlauf der Märsche zum Ostseeplatz. Hier oder dort wurden Demonstrierende allem Anschein nach willkürlich kontrolliert. Wechselseitig aufgeregtes Agieren blieb rar.

Als die Züge kaum am Kundgebungsort angelangt waren, zuweilen schon auf dem Weg dorthin, gab es so etwas wie erste, eher harmlose »Gewaltkracher« (die Formulierung versucht, die üblichen Silvesterkracher Jugendlicher assoziieren zu lassen).

Ich hatte es versäumt, wie ich das anlässlich von beobachteten großen Demonstrationen seit den frühen 80ern fast durchgehend tue, mit dem »Block« von jungen Leuten zum Platz zu wandern, der seit Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts mit den scheinbestimmten Namen »Die Autonomen« oder »Der Schwarze Block«, als handele es sich um ein »gewaltbereites« Subjekt etikettiert wird (das Adjektiv »gewaltbereit« ist eine Lieblingspauschaldiskriminierung polizeilicher Verlautbarungen). Andere Beobachtende unserer Gruppe waren jedoch diesem vorurteilsfixierten »Block« nahe.

Sofort, nachdem ich die ersten Laute und Zeichen polizeilich-demonstrativen Gemenges wahrgenommen hatte, machte ich mich mitten ins Gewühl, genauer an

dessen nahen Rand, möglichst ohne um- oder mitgerissen werden zu können. Sofort fiel mir Viererlei auf und erwies sich als eine Konstante der Beobachtung. Zum einen: Die Polizeileute waren vielfach verummmt. Bunt in ihren Uniformen gemischt, individuell nicht auszumachen. Im »ruhenden« Zustand weithin ahnbar viele Polizeibeamte in Zivil. Zugleich als abgehobene Polizei in fliegenden Hubschrauberhöhen. Zum Zweiten: Die Polizei war nicht primär vor den Häuserreihen schützend postiert, die den großen Platz abschlossen bzw. mit denen das bewohnte Rostock begann. Zum Dritten: Stattdessen befanden sich 20 oder 30 Leute umfassende Gruppen der Polizei, in ihrer Schutzkleidung und ihren aggressiven Schlagwerkzeugen massig, in ihren Helmen zusätzlich verummmt, in und zwischen die Demonstrierenden eingestreut. Zum Vierten: Hubschrauber kreisten über der Versammlung. Sie standen mit den Gruppen der Polizei offenkundig als luftige Fahnder in dauernder Verbindung.

Diese Konstellation von Polizeigruppen mitten unter den Demonstrierenden funktionierte als dauernde Aggressionsmischmaschine. Sie dürfte schon dazu beigetragen haben, das potentiell aggressive Klima zu erwärmen, zu erhitzen und bald mit wechselseitigen Gewaltakten klein explodieren zu lassen. Wer den ersten Stein in die Hand nahm und warf – von den Demonstrierenden oder von polizeilichen Provokateuren – solange die Polizei nicht auf alle Zivilbeamte im Einsatz strikt verzichtet, ist der Verdacht nie auszuräumen –, wer von den Polizeibeamten zuerst auf Teilnehmende der Demonstration zugriff, um sie festzunehmen, ist stimmig von niemandem auszusagen. Gerade wer wie der Schreiber über eine bald 30jährige Erfahrung von Demonstrationsbeobachtung verfügt, weiß, dass lineare Kausalitäten kaum je auszumachen sind. Konstellationen sind festzustellen, die gewalttätige Äußerungen bedingen. Beobachtbar ist mit mehrfachen verlässlichen Augenpaaren, die über eine Demonstration verteilt sind, welche Gruppierung primär dafür verantwortlich ist, dass Demonstrationen mehr oder minder von Gewalt durchzogen und verstellt werden. Nachdem am mittleren und späten Nachmittag die ersten Gewalteruptionen beider Gruppierungen ein Ende gefunden hatten, trat seit dem frühen Abend – und zog sich an den Rändern der längst abgeschlossenen Kundgebung in die Nacht – eine Art Kreuzberger »Operettengewalt« in die Szene. Wasserwerfer spritzten Bahnen frei. Die Demonstrierenden entwichen. Den entleerten Wasserwerfern folgten Demonstrierende. Der Steinhagel fiel jedoch insgesamt gering aus. Clowns waren überall präsent. Warum Polizeigruppen zugegen blieben, die nichts zu schützen hatten, blieb ein Rätsel. Das wurde allenfalls ab und an dadurch teilweise gelöst, dass erkennbar auf Anweisungen von Hubschraubern aus der Höhe zum Boden Polizeibeamte die Versammelten teilten, um irgendeinen angeblich erkannten »Gewalttäter« herauszugreifen. Dadurch leisteten sie in jedem Fall ihrerseits handfeste Aggressionshilfe.

Am Abend hallten durch die Medien hohe Zahlen von demonstrativ verletzten PolizeibeamtInnen. »Gewalttäter« hätten die Auftaktkundgebung aufgemischt. Selbst etliche organisierende Spitzenvertreter der Auftaktveranstaltung fielen in

den polizeilich-medialen Chorgesang mit kräftigen Tönen ein. »Gewalttäter« hätten die friedliche Globalisierungskritik pervertiert. Sie hätten den Zielen der Demonstrierenden infolge einseitig demonstrativ geübter Gewalt schlimm geschadet. Man werde sie in Zukunft vorweg von vornherein isolieren. Man werde sie von garantiert friedlichen Demonstrationen demonstrativ aussperren.

Wie ist das Geschehen am 2. Juni und danach zu erklären, wie zu beurteilen?

Physische Gewalt zeichnet ihre Unmittelbarkeit aus. Jemand wird geschlagen, verletzt, blutet, wird lebensgefährdet, wird festgenommen, freiheitsberaubt ... Will man dieser Unmittelbarkeit nicht im Sinne eines »unmittelbaren« Vorurteils aufsitzen – von Erfordernissen unmittelbarer Hilfe an dieser Stelle zu schweigen –, dann müssen die Entstehungsbedingungen so genau, umfangreich und differenziert wie möglich beachtet werden. Sie bilden die Gebärmutter und leisten die Gebärhilfe von Gewaltakten. In Sachen Demonstrationen sind beide direkt beteiligten Seiten als Wechselwirkungseinheit zu berücksichtigen: Demonstrierende und Polizeibeamte. Sie sind außerdem im politisch-gesellschaftlichen Kontext des demonstrativen Geschehens zu sehen. Wie es vorbereitet worden ist. Wie es nachbereitet wird.

Vorgeschichte

Selbstredend wusste ich um die politisch »verantwortliche« und polizeiliche Einstimmung auf Heiligendamm und sein demonstratives Drumherum. Unmittelbar drohende Gewalt wurde erwartet. Sie sollte zwar von einer Minderheit der Demonstrierenden ausgehen, einer Minderheit »gewaltbereiter Gruppen« aber. Sie wäre in der Lage, das demonstrative Geschehen gewaltsam zu durchdringen, die acht Gipfelstürmer an Leib und Leben zu gefährden und das politische Hotelgeschehen zum Nachteil der internationalen Stellung der BRD zu überschatten. Bevor andere und ich aus dem Komitee uns jedoch intensiver und dokumentebesessen der präventiven Präparation des Gipfels widmeten, der staatlichen Sorge, dass »über allen Gipfeln Ruh« herrsche, wusste ich zwar um den Sicherheitsaufwand, der in kein demonstrativ-demokratisches Verhältnis zu bringen war. Meine geschulte Vorstellungskraft wurde von der amtlichen Gefahrenwitterung und ihren Konsequenzen indes bei weitem übertroffen.

Seit dem 1. September 2005, fast zwei Jahre vor dem Gipfelereignis, wurde eine Sonderbehörde mit Sondervollmachten in Rostock mit dem selbst gegebenen Namen Kavala geschaffen. Die polizeiliche Sonderbehörde, das machtvolle Polizeiauge im erwarteten demonstrativen Taifun, entwickelte taifunentsprechend ein Gefährdungsszenario. In ihm fehlte fast nur noch ein angenommener Atomschlag. Liest man neben anderen Dokumenten die im Mai 2007 veröffentlichte Begründung der Allgemeinverfügung, die prinzipiell alle Demonstrationen ausschloss,

bleibt kein Auge gefährdungstrocken und trübt die Sicht ein. Im Kern der erwarteten »gewaltbereiten« Kollektivsubjekte lauert »der islamistische Terrorismus«. Gipfelmenschen gefährdende Anschläge sind zu befürchten. Der 11.9. droht am 6. und 7. Juni dem Kempinski Gipfel.

Die seicht oder nicht belegte Gefahrenprognose rechtfertigte den bis heute nur zum Teil offen gelegten Sicherheitsaufwand. Polizeien aus allen bundesdeutschen Landen. Mehr als je zuvor in der Geschichte der BRD (und ihres vereinigend aufgehobenen DDR-Zweiges). Militärhilfe, versteht sich, jenseits aller Legitimation. Wenigstens acht Geheimdienste, die bundesdeutschen eingeschlossen. Sie stellen eine bekannt-unbekannte Größe dar, Teil der neualten Geheimnisse des Herrschens. Hinzukamen polizeiliche Überwachungen und Aktionen im Vorfeld, am meisten spektakulär in Hamburg. Der Bevölkerung in und um Rostock wurde eingetrichtert, sie müsse eine demonstrative Zerstörung befürchten. Darum verdienten Schreiner und andere Sicherheitswerker am Ladenschutz und anderen Vorkehrungen. Rostock erschien am 2. Juni fast wie eine halbtote Stadt. Die Vandalen, die Hunnen, viel schlimmer, die international organisierten Terroristen vor den Toren!

Der Verlauf der Demonstrationen – ein Witz (leider) ohne Gelächter

Einschließlich des 2. Juni, vollends ab Sonntag, den 3. Juni, bestand die überraschende Erfahrung des demonstrativen Geschehens in einer zuweilen schier bedenklich selbstdisziplinierten Friedsamkeit. All die terroristisch rüchigen Prognosen der aus überfüllig geheimen und aus offen zugänglichen Quellen informierten »verantwortlichen« Politik und ihrer Polizei platzten wie exzessiv aufgeblasene Luftballons. Die Fallhöhe zwischen dem, was offiziell erwartet wurde und dem, was tatsächlich demonstrativ der Fall war, war so groß, dass ein Dauergelächter die sechs Tage hätte durchkichern müssen (die »Fallhöhe« zwischen Erwartetem und Eingetretendem, sei es auch nur sprachlich umgesetzt, stellt eine Erklärung dessen dar, was als Witz bezeichnet wird). So es in diesen Tagen am Rande zu »Unstimmigkeiten« zwischen »Schützern« und (angeblich) »Geschützten« kam, waren sie meist auf nervöse Polizeibeamte zurückzuführen oder auf deren falsches Posieren als »normale« Bürger mit ihrem Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« mitten in ihrer emphatisch öffentlichen Amtstätigkeit. Nie aber wurde die prognostiziert gewusste »Gewaltbereitschaft« auch nur in einem Gewalthauch akut. Auch und gerade dort, wo Aggressionen von Demonstrierenden verständlich gewesen wären – lange polizeilich bewirkte Wartezeiten, Auflösung einer genehmigten Demonstration, Hubschrauberdauerlärm und Rochaden am Rande von Demonstrationszügen ohne erkenntlichen, es sei denn verunsichernden Sinn –, auch dort herrschte geradezu »sanfte Stille und ruhige Gelassenheit« (aus Händels deutschen Arien). Der Höhepunkt alles demonstrativen Geschehens, der Fünffingergang durch die dennoch möglichst geschonten Felder war ein Spaß der Anschauung, als hätte Breughel ein Riesenbild gemalt. Steine zuhauf am Rande wie bei den Schienen der Molli-Bahn – niemand kümmerte sich ihrer.

Bornierte »verantwortliche« Politik, bornierte Leitung der Polizei

Wären diese »machtvollen« Politiker à la Schäuble und Caffier (Innenminister des »gast«-gebenden Landes Mecklenburg-Vorpommern) und ihre Ämter, soweit erkenntlich, im geringsten lernfähig, sie hätten wenigstens hinterher, nachdem die sieben Herrn umweltverschmutzend wieder abgeflogen waren, und auch Frau Merkel nachhause/ins Amt zurückgekehrt war, in »verantwortlichen« Maßen versteht sich, ihre Prognose- und teuren Sicherungsirrtümer einräumen müssen. Nichts dergleichen. Parlamentarier die danach insistierend hätten fragen müssen, blieben ohnehin ein frustrationsreiches Suchbild. Stattdessen nachträglich umso festeres Aufstampfen. Politisch-polizeilich sei alles richtig gewesen und mit »Augenmaß« für Verhältnismäßigkeiten geschehen. So etwa durch Herrn Caffier in einem als VS-Verschlußsache dem Parlament zugeleiteten Bericht vom September, der – von der saumäßigen Sprache und mangelnden Disposition nicht zu reden – von einer Art prätentios leeren Metaphysik der Sicherheit geprägt ist. Alles war bestens: von der Vorhersicht einer »gewaltbereiten« Demonstrantenwelle, manche mit Sprengkörpern versehen, ihrer »islamistisch« terroristischen Fermentierung bis hin zu den von der darum gebetenen Bundeswehr großzügig zur Verfügung gestellten Tornadoflügen. Ansonsten darf, ja muss, innenministeriell weiter präventiv gefahrenspekuliert werden. Wie wäre sonst die Aufhebung von Art. 2 GG zu rechtfertigen, soweit dieser zentral die Integrität jedes Menschen normiert. Wie anders könnte jederzeit mitten in der also veränderten »Normalität« mit Hilfe des § 129 a und b StGB und anderen wundersamen »catch-somebody«-Instrumenten okkasionell ein wenig Ausnahmezustand inszeniert werden. Eine Lehre ist jedenfalls für alle lesenden Bürgerinnen und Bürger dringend zu ziehen: keiner, aber *keiner* Gefahrenbehauptung »verantwortlicher« Politiker und sonstiger Vertreter von staatlichen Gewaltapparaten zu trauen. Es sei denn, man habe Mittel und Wege, sie zu überprüfen. Besäßen wir nur entsprechend recherchierende Medienvertreter! Der »ungläubige Thomas« wird zum säkularen Vorbild aller verantwortlichen BürgerInnen. Problematischer noch, als die Unfähigkeit zu lernen, ist der repräsentative Realitätsverlust, der politische Vertreter und solche der Sicherheitsbehörden auszeichnet. Wer so wenig Gefahren einschätzen kann, wer sich so unfähig darstellt, Informationen auf ihre Verlässlichkeit zu überprüfen und angemessen zu interpretieren, wie dies für all die erkenntnisdummen »Erkenntnisse« von »Verfassungsschutz«, BKA und anderen polizeilichen informationsgierigen Stellen gilt, der kann so »Gesicherten« nur mehrfache Ängste einjagen. Es sei denn, sie genossen spekulativ produzierte Ausnahmezustände! Dass weder von der polizeilichen Pressestelle noch von den damit befassten Staatsanwälten und Gerichten zum einen die Zahl und Schwere der angeblich verletzten PolizeibeamtInnen, noch zum anderen die Zahl der in Haft genommenen und angeklagten Mitglieder der Demonstrationen korrigiert worden ist und auf den Schaucharakter vieler Anklagen hingewiesen wurde, demonstriert, wie leise man von rechtsstaatlichen Minimalerfordernissen allenfalls reden kann.

Kurze Erinnerung: Demokratie und Demonstration

Art. 8 GG, die Freiheit aller Bürgerinnen, kollektiv ihre Meinungen zu bekunden, indem sie zu ihrer Meinung öffentlich stehen und sie demonstrativ bekunden, ist ein zentrales Grundrecht. Es ist mit guten Gründen vom Bundesverfassungsgericht 1985, seiner sogenannten Brokdorf-Entscheidung, besonders hervorgehoben worden. Alle Beschränkungen sind zeitlich und räumlich genau zu spezifizieren und im Einzelnen zu begründen. Im Rahmen der ansonsten geschlossenen »Repräsentativen Demokratie« bietet nur das Demonstrationsrecht BürgerInnen eine Chance, sich politisch direkt zu beteiligen. Wenigstens indem sie ihre Meinung aktiv ausdrücken (»Politik« hebt bekanntlich damit an, dass mehrere Menschen etwas miteinander tun).

Demonstrationen enthalten unvermeidlich Konfliktpotentiale.

Zuerst: Demonstrationen sind wie bewegliche Inseln im streng kanalisierten Land Repräsentativer Demokratie. BürgerInnen zählen in diesem nur vermittelt und durch ihr individualisiertes, pauschal alle sonstige »Politik« delegierendes Wahlrecht. Dadurch können Demonstrationen an repräsentativ demokratisch getroffenen Entscheidungen entlang schrammen oder sich gegen solche kehren.

Zum Zweiten: grundrechtgemäß ist das staatliche Gewaltmonopol, hier in der Regel vertreten durch Polizeien daran gehalten, an erster Stelle die Grundrechte der BürgerInnen zu schützen. Zugleich ist die Polizei Teil der Exekutive. Sie ist deren erster Monopolarm mit Gewaltmuskeln. Die Polizei muss exekutiven Entscheidungen zum Erfolg verhelfen. Solche erfolgen meist in Formen von Gesetzen oder von solchen ermächtigt. Aus der doppelten Schutzaufgabe und der einseitig exekutiven Verortung der Polizei können erhebliche Konflikte entstehen. Sie sind nie so diskutiert, rechtlich und in polizeilicher Implementation geregelt worden, dass die bürgerrechtlich-demonstrative Seite nicht systematisch unterlegen wäre. Am Großfall Gorleben von den 70er Jahren des 20. bis zu den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts kann eingesehen werden, wie einmal getroffene exekutive Entscheidungen gegen BürgerInnen und ihr Grundrecht auf Demonstration notfalls durchgeprügelt werden. Damit eine vorab getroffene Entscheidung durchgesetzt werde.

Zwischen dem herrschenden Verständnis, der ihm folgenden Handhabung repräsentativer Demokratie und dem Grundrecht auf Freiheit zu demonstrieren bestehen Spannungen.

Ihr entsprechen bürgerliche und polizeiliche Verhaltensweisen, die leicht eskalieren können. Auf der einen Seite können Demonstrierende das polizeiliche Gegenüber als ihren Gegner, wenn nicht »Feind« erkennen. PolizeibeamtInnen sind es schließlich, die ihnen gegenübertreten, ihre demonstrativen Aktionen auf vielfache Weise behindern und ihnen unter Umständen Gewalt antun. Die »eigent-

lich« verantwortliche Politik, gegen die sich die Demonstrierenden wenden mögen, bleibt abstrakt. Auf der anderen Seite wird die Polizei, unbeschadet aller grundrechtlichen Wortsäuseleien als der Gewaltarm exekutivisch gebraucht, um getroffene Entscheidungen notfalls rücksichtslos durchzusetzen. Oder sie geht darauf aus, von ihr selbst spekulativ erkannte, gemeindienstlich mit Verdachts- watte »untermauerte« Gefahren abzuwehren. Siehe Heiligendamm. Die Art, wie die Polizei ihrerseits bürgerfern organisiert ist, sorgt zusätzlich dafür, dass die eingesetzten Polizeileute Demonstrierende nicht mehr als BürgerInnen ansehen. Sie gehen mit ihnen wie potentiell/aktuellen Störern und Gewalttätern um. Strafen, Personen dingfest machen, steht im Vordergrund. Hinzukommt, dass die eingesetzten Polizeibeamten – auch dafür ist Heiligendamm ein Exempel – ihrerseits meist von den Einsatzleitungen nicht wie selbstbewusste Bürger behandelt werden. Wie bloße Gewaltinstrumente mit einem verummten, begrenzt beweglichen Leib. Das, was neuerdings von den polizeilichen Leitungen im Sinne polizeilicher »Konfliktmanager« eingesetzt wird, ist bestenfalls eine leere Public-Relations- Geste.

Ist man bestrebt, die Chance zu verringern, dass Demonstrationen als potentielles Wechselgewaltkondensat wirken, dann sind drei Vorkehrungen bedeutsam, die hier nur schlagsatzartig angedeutet werden.

Zum Ersten gibt mit Ausschlag, wie Demonstrationen vorab politisch und polizeilich wahrgenommen, vorgeformt und/oder verschrien werden. Heiligendamm bietet ein Exempel dafür. Von »verantwortlich« politischer und polizeilich leitender Seite aus ist nahezu alles getan worden, das spekulativ vorhergesehene demonstrative Geschehen auf die Riesen- und Verzerrleinwand terroristisch bereiter Gewalt zu malen. Das geschah nicht zuletzt, um auf Organisatoren der Demonstrationen, der Eröffnungsveranstaltung, der Camps u. ä. m. repressiv pazifizierend einzuwirken. Eine solche politisch-polizeiliche Gewalteinstimmung ist jenseits der materiellen Konsequenzen der Demonstrationsverbote und des riesigen polizeilichen Mobilisierungsaufwands grundrechtswidrig. Ihre politisch-demokratischen Nah- und Fernwirkungen sind negativ. Die Demonstrierenden und nur die Demonstrierenden waren es in all ihren Gruppen, die das demokratische Politikum rund um Heiligendamm gerettet haben. Die schon im Ausdruck widersprüchliche »Deeskalationsstrategie« die die polizeiliche Leitung geübt haben will, Kavalala bis Juli mit griechischem Deck-Namen, folgte einer politisch-polizeilich interessierten Gewalteskalation im Vorfeld. Ihr mangelte jede zureichende Information und jedes nötige Maß.

Zum Zweiten: Das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit wird seit dem ersten Versammlungsgesetz von 1953, das den Gesetzesvorbehalt spezial normierte, durch eine beträchtliche Anzahl einschränkender Vorschriften verstellt. Sie werden durch die meisten, von den Ländern erlassenen Polizeigesetze verdichtet: entgegen der Freiheit zu demonstrieren. Die meisten dieser Regelungen, so zum Bei-

spiel das »Vermummungsverbot«, erlauben behördliche Auflagen und polizeiliche Eingriffe, die das demokratische »Urrecht« auf Demonstration, die politisch kollektive Übersetzung der Meinungsfreiheit unter dem Schein des »Legalitätssprinzips« je nach polizeilich-politischer Opportunität beschränken, antipolitisch gewalthaft aufmischen und schon im Vorfeld aufheben lassen. Wer gewaltfreie Demonstrationen aktiver BürgerInnen will, ist darum gehalten, den Spiegel des Grundrechts von kontraproduktiven Normen blank zu putzen. In diesem Sinn muss nicht zuletzt für das Grundrecht auf Demonstration demonstriert werden.

Zum Dritten: Aggressionen stauen sich auch darum, weil die Chancen demokratisch unmittelbarer Beteiligung außerhalb der Kanalsysteme und ihrer Organisationen vor- oder nachdemokratisch gering sind. Will man den Aggressionsstau in vielen gesellschaftlichen Bereichen über die demonstrativen Ventile hinaus demokratisch und grundrechtlich abbauen, also nicht präventive Repression steigern, dann gilt die Devise »Mehr Demokratie wagen!« in allen gesellschaftlichen Feldern mehr denn je. Um nötige Formen der Beteiligung einzurichten, ist es mit an erster Stelle erforderlich, die repräsentativ-demokratischen Verstocktheiten und institutionalisierten Vorurteile zu lösen. Dann hauchte ausgeweitete Demokratisierung an allen möglichen »Basen« auch den abgehobenen, unter realitäts- = bürgerverlust leidenden Einrichtungen und ihren VertreterInnen neues Leben ein.

Gewaltfrage prinzipiell(er)

Zur eigenen Position

Menschenrechtlich-demokratisch ist heute allein gewaltfreies Verhalten individuell und kollektiv zu begründen. Jede Sortierung von Gewaltlizenzen führt in die Irre. Die einen Menschen zu schützen, indem man die anderen (kriegs-)gewaltopfert, hat nur zur Folge, dass sich die Spirale der Gewalt dreht und dreht und dreht. Wer geschichtlich erfahren und des Kontextes ungleicher Globalisierung bewusst, diese Option wählt, wird strikt gewaltfrei gegen eine Fülle von Einrichtungen und gesetzliche Bestimmungen kämpfen, die strukturelle und aktuelle Gewalt bewirken, die den angeblich selbst verschuldeten Tod von Menschen fremd verschulden. Das was in dieser Hinsicht in der EU, also von der BRD aktiv herbeigeführt und fortdauernd bewirkt wird, allein in Sachen Flüchtlingslager in den Grenzen der EU und vor deren polizeimilitärverschlossenen Toren, spottet jeder menschenrechtlich demokratischen Beschreibung. Wer sich europäischer »Zivilisation«, schon kolonialgeschichtlich höchst fragwürdig, weiterhin stolz brüstet, muss über eine mörderische Tragsamkeit verfügen.

Staatsgewalt ist auch Gewalt

Man kann, man muss, so wie sich die gegenwärtigen Umstände historisch entwickelt haben, aktuell am Staat und seinem Anspruch aufs »Monopol legitimer

physischer Gewaltsamkeit« festhalten (das heißt gewiss nicht, dass er im Sinne des »nation-building« musterhaft und kriegerisch weiter zu exportieren wäre). Daher versteht sich zuerst der Anspruch staatlich verabschiedeter Gesetze, allgemein zu gelten. Diese Feststellung darf jedoch nicht dazu führen – und das tut sie in der Regel –, die staatlich institutionalisierten, staatlich zuhandenen und staatlich eingesetzten Gewaltressourcen zu entproblematisieren. Vielmehr besteht jenseits aller Legitimationsprobleme in durchstaateten Gesellschaften wie der BRD ein doppeltes Dauerproblem. Zum einen bedeutet das staatliche Gewaltmonopol nicht, Gewalt sei abwesend. Sie ist vielmehr wenigstens überall dort präsent, wo »Staat« ist. Die Legitimation ist wichtig, hebt aber den Charakter von Gewalt nicht auf. Zum anderen besteht allemal die Gefahr, dass gesellschaftliche Probleme interesseneinseitig mit Hilfe staatlicher Gewalt traktiert werden, statt zu versuchen, ihre Ursachen wenigstens zu minimieren. Menschenrechtlich-demokratisch ist alle Gewalt, auch die staatlich legitimierte, gerade wenn es sich um einen demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat handelt, abzulehnen bzw. aufs Äußerste zu beschränken. Sie ist allenfalls hochgradig voraussetzungsvoll und anwendungssorgsam zu tolerieren. Das heißt unter anderem: die staatlichen Institutionen, deren Vertreter Gewalt ausüben dürfen, sind mit möglichst präzisen, grund- und menschenrechtlich informierten Gesetzen zu vertäuen. Damit die bürgerliche Rechtssicherheit besonders hoch sei (a). Die Organisierung der Monopoleinrichtungen ist in hohem Masse transparent und mit wirksamen Elementen der Mitbestimmung zu versehen. Nur zum Zwecke der Illustration. Wenn schon in Sachen Heiligendamm eine Sonderbehörde, warum arbeitete diese teilweise klandestin; warum wurden dem mecklenburg-vorpommerschen Innenausschuss qua geheimen Sitzungen und Vorlagen seinerseits alle Kontrollkrallen beschnitten, warum... Fragen über Fragen ohne zureichende Antwort. Es sei denn der G8-Gipfel wie die meisten sogenannten Fragen innerer und äußerer Sicherheit werde menschenrechtlich demokratisch ausgenommen (exempt) (b). Im Kontext von Demonstrationen sind Beschränkungen und Einsatzformen öffentlich zu rechtfertigen. Die eingesetzte Polizei muss in jeder Kleidungsvariante einzeln identifizierbar sein. Geheimdienste haben nichts verloren. Sie sind nur Herrschaftskapuzen. Das polizeiliche Konzept ist darauf zu beschränken, eine Demonstration zu gewährleisten und angesichts spezifisch nachweisbarer Gefahr im Verzuge demonstrierende und nicht demonstrierende BürgerInnen vor allen Verletzungen zu schützen (c). All das, was hier angedeutet worden ist, ist aktuell nicht einmal konkret utopisch. Es ist illusionär. Der Ausbau dessen, was unter Innerer Sicherheit verstanden wird, die schier restlose informationelle, Integrität verletzende Erfassung aller Bürgerinnen, die sich verschleifenden Grenzen zur äußeren, primär militärisch erbrachten Sicherheit und ähnliche Merkmale mehr zusammen mit dem, was man als »präventive Kehre« der Sicherungen im voraus bezeichnen kann, macht die menschenrechtlich demokratisch ansetzende Kontrolle immer wichtiger. Sie verbleibt jedoch aktuell ohnmächtiger denn je.

Gewalt, die von Demonstrierenden (oder bei anderen Gelegenheiten) ausgeübt wird, ist nicht zu verharmlosen

Auch wenn nur wenige Polizeibeamte und Demonstrierende von wem auch immer verletzt worden wären, wären solche Verletzungen keine Bagatelle. Diese Feststellung gilt. Bevor jedoch Urteile gesprochen, Strafen ausgeübt werden, sind die Fragen danach, wie Übergriffe zustande gekommen sind, in welchem Kontext, durch wen in welche Situation und warum, so genau wie möglich zu beantworten. Vorab und pauschal bezeichnete »gewaltbereite« Gruppen und einzelne taugen nicht als Verrechnungsgröße. Gewaltakte entspringen in aller Regel nicht aus dem Nichts. Weil staatliche Gewalt omnipräsent ist, ist sie prinzipiell in allen Analysen und Bewertungen zu berücksichtigen, in denen Gewaltakte in ihrer Entstehung und in ihrer Bedeutung zur Disposition stehen. So politische Ziele zählen, sollten Teilnehmende an Demonstrationen tunlichst darauf achten, nicht ins eigene und polizeilich vorhandene »Gewaltmesser« zu laufen. Wie schwierig das sein kann, weiß ich aus eigener Erfahrung. Der Umgang mit Asyl Suchenden, Sans Papiers (in der BRD »Illegale«), mit flüchtigen Menschen allgemein möchte einen manchmal »drein schlagen« lassen, erfährt man. Wie behördlich indolent mit solchen Menschen umgegangen wird. Da führen sie offiziell die Menschenrechte auf den Lippen, weihen Denkmale an vergangene deutsche Untaten ein und schieben zur selben Stunde Menschen ab, setzen sie in Abschiebeknästen gefangen oder sorgen dafür, dass sie beispielsweise im authentisch demokratischen Land Libyen in Lagern aufgefangen werden. Um deutschen Vorurteilen nicht zur Last zu fallen. Oder einer wie ich ist an einer gewaltfreien Sitzblockade beteiligt, einer extremen Form der Demonstration, einer Demonstration aber immer noch. Dann greifen plötzlich harte behandschuhte Polizeifäuste grob zu. Soll man sich das gefallen lassen? Meine erste, früh gelernte Reaktion ist, mich zu wehren. Kurzum, um nicht weiter auszuholen: Gewaltfreiheit ist nicht durchgehend leicht zu praktizieren. Sie erfordert Reflexion, Mut und Durchhaltekraft. Für Demonstrierende aber, die politisch für sich selbst und andere etwas wollen, und sei es nur ein Zeichen zu setzen, stellt sie die einzige in Substanz und Form mögliche Wahl dar.

Wenige hilfsarme Konsequenzen in Sachen demonstrierende Aktionen und darüber hinaus

Die sparsamen Überlegungen sind eher kurzfristig gedacht. Es handelt sich um Ratschläge an die eigene Adresse wie an die anderer, nicht darum, an Stelle von Demonstrationen und eigenen Aktionen anderen Ratschläge zu erteilen.

- Heiligendamm und zahlreiche andere Erfahrungen zeigen, dass wenigstens die älteren unter denen, die sich an Demonstrationen beteiligen, sich »Soldat Schweijk« gleich und entgegen eigenen Gewohnheiten schwarz anziehen und verummten sollten, primär um der Entmummung der Polizei willen.

- Demonstrationen in Sachen EU und der Folge weiterer Gipfel wird es geben. Sie sind auch, um selbst Erfahrungen zu machen, wichtig. Die Grenzen demonstrierenden Anrennens gegen global abstrakte Herrschaftsformen und Funktionen sollten jedoch nicht übersehen werden. Die acht Charaktermasken im Fünfsternehotel zu Heiligendamm, deren Personen davon fast aufgesogen wurden, haben als Masken und Vertreter anderer Funktionen durch das demonstrative Geschehen rundum mehr an Bedeutung gewonnen, als sie haben. Sie könnten nicht viel anders, selbst wenn sie wollten (Eigenes zu wollen haben sie meist schon beim aufhaltsamen Aufstieg zu höheren Positionen verloren).

- Neben dem Demonstrieren ist das, was bei Heiligendamm teilweise versucht worden ist, verstärkt zu betreiben. Eigene Konzeptionen einer »anderen Welt« führen eine solche nicht herbei. Sie sind aber eine der Bedingungen ohne die alle änderungserpichten Ansprüche ins Leere zeigen. Dann wird auch erkannt werden können, dass Globalisierungskritik, so wichtig sie auf allen Ebenen bleibt, nicht auf der Ebene von G8-Gipfeln u. ä. primär anzubringen ist. Vielmehr ist sie an der Art zu üben, wie alle politischen Bereiche in der BRD beispielsweise – von der EU nicht zu reden – auf die Logik kapitalistischer Globalisierung ausgerichtet werden. Deswegen ist kritisch, alternativ gilt dies ohnehin, zuerst lokal und regional anzusetzen.

Die Ohnmacht überwinden

Der globalisierungskritischen Bewegung gelang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ein großer Erfolg. Zum ersten Mal konnte sie einen G8-Gipfel massenhaft und gewaltfrei blockieren. Der Alternativgipfel und zahlreiche lokale Veranstaltungen zogen viele Menschen aus dem ganzen Land an. Zum Auftakt der Proteste, am 2. Juni, reisten 80 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Rostock. Eine so große globalisierungskritische Demonstration hatte es in Deutschland noch nicht gegeben.

Grund genug, selbstbewusst die Stimme gegen die Politik der G8 zu erheben. Stattdessen überfielen die Bewegung tiefe Selbstzweifel. Anlass: Am Rande der Abschlusskundgebung war es zu einer Straßenschlacht zwischen einigen hundert Autonomen des so genannten »Schwarzen Blocks« und der Polizei gekommen. Wie bei vielen Gipfelprotesten bisher, dominierten diese Bilder sofort die Medien, übertriebene Verletzungszahlen machten die Runde und aufgrund einer falschen Übersetzung wurde verbreitet, Walden Bello, Träger des alternativen Nobelpreises, hätte die Steinwerfer bei der Abschlusskundgebung mit den Worten »Wir müssen den Krieg in diese Demonstration tragen« angeheizt.

In einer solchen Situation kommt den anerkannten Wortführerinnen und Wortführern der Bewegung eine große Verantwortung zu. Die meisten Äußerungen aus dem Demonstrationsbündnis erkannten die Steinwürfe als das entscheidende Ereignis und die Demonstration als Misserfolg an. In anderen Äußerungen wurde der Polizei bescheinigt, sie hätte sich an den Kurs der Deeskalation gehalten. Es gab sogar Entschuldigungen an die Adresse der Rostocker im Namen des Demonstrationsbündnisses. Medienöffentlichkeit für diese Selbstkritik war gesichert. Die Kritik an den G8 musste dabei untergehen. »Nie wieder Rostock« kommentierte die TAZ. Dies war demotivierend für die angereisten Gipfelstürmer, hielt andere von der Anreise ab und dämpfte die öffentliche Ausstrahlungskraft der bemerkenswert großen Demonstration.

Die zentrale öffentliche Botschaft war die Distanzierung vom »Schwarzen Block«. Distanzierung ist etwas anderes als berechtigte bewegungsinterne Kritik, Distanzierung heißt Forderung nach Ausschluss anderer aus der Bewegung. In der Konsequenz bedeutet Distanzierung den eigenen Rückzug aus der Bewegung, solange die Teilnahme von autonomen Strömungen nicht ausgeschlossen werden kann.

Ähnlich äußerten sich Michael Brie und Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihrem Papier »In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele«¹ forder-

1 rls-Standpunkte 9/2007

ten sie wenige Tage nach der Demonstration, »Grenzen zu ziehen«, und schlussfolgerten: »Eine gemeinsame Demonstration ist nicht mehr möglich.« Brie und Brangsch fordern nicht nur den »Bruch« des Aktionsbündnisses mit den Autonomen. Sie gehen soweit, den Ausgang der Demonstration als einen »Sieg der Unvernunft und Inhumanität« zu bezeichnen, und fragen: »Wo liegt der Unterschied zu dem, wogegen demonstriert wird?«

DIE LINKE, die mit zehntausend Mitgliedern an den Protesten beteiligt war, äußerte sich anders. In einer Erklärung vom 3. Juli heißt es: »G8-Demo großer Erfolg – Die Gewalt geht von den G8 aus.«² Die Erklärung kritisiert das Vorgehen der Polizei und ruft dazu auf, sich an weiteren Protesten zu beteiligen. Auch wichtige internationale Vertreter wie Walden Bello und Jean Ziegler behielten ein Gespür für die Verhältnismäßigkeit, klagten die Brutalität der Armut- und Kriegspolitik der G8 an und reagierten unaufgeregt auf die Anwesenheit einiger Steine schmeißender Jugendlicher auf der Demonstration.

Inzwischen sind viele Details über das Vorgehen der Staatsorgane ans Tageslicht gekommen. Nach der Auswertung von Videoaufnahmen des Polizeieinsatzes am Rostocker Hafen kam zum Beispiel der Richter Horstmann am Amtsgericht Rostock zu dem Urteil, die Polizei sei »auf einen bis dahin völlig friedlichen Teil – den internationalen Block der Anti-G8- Demonstration in Rostock – losgestürzt und hat dabei mit einem massiven Knüppelinsatz wahllos auf Demonstranten eingeschlagen und mehrere von ihnen verletzt. Einen Angriff auf Polizisten hat es in dieser Situation dabei nicht gegeben. Das gab es erst in späterer Folge des Polizeieinsatzes.« Und selbst die Rostocker Staatsanwaltschaft, die als Anklägerin gegen beschuldigte Demonstrationsteilnehmer auftrat, musste einräumen, dass die Polizei »eine bis dahin friedliche Menschenmenge« angegriffen habe.³ Ebenso betonte das Grundrechtekomitee in seinem Resümee der G8-Proteste, dass »das polizeiliche Vorgehen auf Eskalation angelegt war und nur aufgrund des deeskalierenden und besonnenen Verhaltens des weitaus größten Teils der Demonstrierenden auf wenig Resonanz stieß.«⁴

Die Gewaltdebatte begleitet die globalisierungskritische Bewegung, wie die Linke insgesamt, seit ihrem Entstehen.

Schon beim EU-Gipfel in Göteborg im Juni 2001 kam es nach Repressionen der Polizei gegen einen Teil der Protestierer zu Auseinandersetzungen zwischen 200 jugendlichen Demonstranten und der Polizei. Ein Polizist schoss scharf und ver-

2 Pressemitteilung von Christine Buchholz, Wolfgang Gehrcke und Katja Kipping vom 3. Juli 2007 http://gipfelproteste-dielinke.de/gipfelproteste/informationen/view_html?zid=35850&bs=1&n=11

3 http://www.rote-hilfe.de/publikationen/die_rote_hilfe_zeitung/2007/3/prozess_gegen_g8_gegner_endet_mit_freilassung

4 http://www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=243

letzte einen Demonstranten schwer. Damals distanzierte sich Susan George von attac Frankreich von »diesen tyrannischen Typen«⁵, die die Bewegung zerstörten, und meinte damit die Randalierer, nicht die Polizei. Auch Gerhard Schröder forderte harte Maßnahmen gegen die »Verbrecher«, die Demonstranten. Unter den prominenten Stimmen schlug damals Christophe Aguiton, der internationale Sekretär von *attac* Frankreich, eine andere Linie ein: »Nichts rechtfertigt den Einsatz von Schusswaffen, so wie es in Schweden passiert ist. Eine Premiere seit der EU-Gründung, bei einer Demonstration in einem EU-Land«. Aguiton erklärte die Wut eines Teils der zumeist jungen Demonstranten mit der Ignoranz der Regierungen und internationalen Institutionen: »Man muss daher die Ungeduld und die Frustration von hunderttausenden Menschen begreifen, die immer noch kein Einlenken in der Politik sehen.«⁶ Einen Monat nach dem Präzedenzfall von Göteborg trieb der italienische Staat die Eskalation der Gewalt mit dem Mord an Carlo Giuliani auf die Spitze. Fausto Bertinotti, Vorsitzender der Rifondazione Comunista, rief in der Situation der Verunsicherung und der Angst nach dem Mord dazu auf, am nächsten Tag erst recht zu demonstrieren. 300 000 kamen und sorgten dafür, dass Genua keine Niederlage, sondern trotz allem ein Erfolg für die Bewegung wurde.

Für die globalisierungskritische Bewegung ist die Gewaltfrage Kernanliegen und Herausforderung zugleich. Kernanliegen, weil die Ablehnung von Gewalt für viele den Ausschlag gab, aktiv zu werden. Die »andere Welt« soll eine friedliche sein. Die weltweiten Massendemonstrationen gegen den Irak-Krieg waren der bisherige Höhepunkt der Protestbewegung. Herausforderung, weil Kriminalisierung und Polizeigewalt die Proteste von Seattle über Genua bis zu den Razzien im Vorfeld von Heiligendamm begleiten. Seit ihrer Geburtsstunde versuchen ihre politischen Gegner, die globalisierungskritische Bewegung mit dem Vorwurf der Gewaltbereitschaft zu spalten. Ziel ist dabei nicht die Spaltung in Gewaltlose und Gewalttätige, sondern in jene, die bereit sind, sich auf Abruf von Gewalt in der Bewegung zu distanzieren, und jene, die dies nicht sind. Die Maßlatte für eine glaubwürdige Distanzierung kann dafür beliebig erhöht werden. Wer ist bereit, eine friedliche Massendemonstration zum Misserfolg zu erklären, weil am Rande Steine geflogen sind? Wer ist bereit, seine Unterstützung Protesten zu versagen, wenn nicht auszuschließen ist, dass Steine geworfen werden könnten? Sind friedliche Blockaden bereits Gewalt?

Die Gewaltfrage ist immer auch eine Frage der politischen Strategie und damit eine nach dem Ziel der globalisierungskritischen Bewegung. Gemeinsamer Ausgangspunkt ist die Frage, wie der Kapitalismus, der uns heute mit seinen zwei Gesichtern als neoliberale Globalisierung und als neuer Imperialismus entgegentritt, überwunden werden kann. Dazu einige Thesen:

5 Susan George: Ich war in Göteborg, 2000; http://www.attac.de/themen/debatten/sgeorge_goeteborg.pdf

6 http://www.attac.de/themen/debatten/aguiton_goeteborg.html

Die Gewalt geht von den G8 aus.

Die polemische Frage, die Brie und Brangsch aufwerfen, wo denn noch der Unterschied zu unseren Gegnern hinter dem Zaun liege, wenn aus unseren Reihen Polizisten mit Steinen beworfen würden, ist schnell beantwortet. Die G8, allen voran die USA, aber in wachsendem Maße auch die EU-Staaten, sind zu einem »Sicherheitsproblem« für die Menschheit geworden. Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, hat Recht, wenn er die Steine von Rostock ins Verhältnis zu dem täglichen Massaker des Hungers setzt. Die G8 stützen den Erhalt und die Verschärfung einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Weltordnung, der täglich Zehntausende zum Opfer fallen, denen medizinische Versorgung, Nahrung, soziale und politische Sicherheit versagt werden.

Jean Jaurès hat gesagt, der Kapitalismus trage den Krieg in sich wie die Wolken den Regen. Der permanente »Krieg gegen den Terror« macht dies deutlich. Allein im Zuge der US-Invasion des Irak sind bislang 700 000 Menschen umgebracht und 1,5 Millionen zur Flucht gezwungen worden. Die G8 stützen Diktaturen und notfalls Staatsstriche, um den Weltmarkt für ihre Konzerne zu öffnen. Innenpolitisch beschneiden sie demokratische Rechte, weil sie ihre Politik gegen das Interesse der Mehrheit durchsetzen müssen. Dies zeigen weiträumige Demonstrationsverbote, Razzien und die fortschreitende Überwachung der Bevölkerung. Die wirklichen Terroristen, die Gewalt in großem Stile zur Durchsetzung politischer Ziele anwenden, saßen hinter dem Zaun von Heiligendamm. Die Krieg führenden Staatschefs haben kein Recht, mit dem moralischen Zeigefinger auf die Rostocker Demonstranten zu zeigen.

Steinwürfe drücken Ohnmacht aus.

Viele der Steinewerfer glauben, sie würden durch Randalen unmittelbare Siege gegen die Hauptverantwortlichen der Gewaltverhältnisse in der Welt erringen. Der so genannte Schwarze Block ist eine Spielart einer wichtigen Strömung in der globalisierungskritischen Bewegung, des Autonomismus. Diese Strömung erstarkte in einer Zeit, als die reformistische Linke durch die neoliberale Wende der Sozialdemokratie diskreditiert war, die Gewerkschaften in der Defensive und der marxistische Teil der radikalen Linken in einem Zustand theoretischer Verunsicherung war, ausgelöst durch den Niedergang der stalinistischen Regimes. Autonome Politik zeichnet sich durch besondere Skepsis gegenüber Parteien und Gewerkschaften aus und bezweifelt die Möglichkeit, die Mehrheit der Menschen in Industriestaaten, speziell unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für eine antikapitalistische Perspektive zu gewinnen.

An die Stelle der Perspektive einer antikapitalistischen Massenbewegung unter Einschluss der Gewerkschaften und linker Parteien treten in der autonomen Theorie Vorstellungen von lokaler Befreiung im Hier und Jetzt. Diese Inseln im Kapitalismus sollen spontan zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung zusammenfinden, ohne Vermittlung über politische Organisationen, da diese zwangsläufig

zur Herausbildung neuer Machtverhältnisse führten und ohne den Anspruch zu erheben, eine Gegenmacht zum Kapital und seinem Staat aufzubauen.⁷ Protestformen werden in dieser Vorstellung zum Selbstzweck und nicht mehr als Mittel verstanden, um eine möglichst breite gesellschaftliche Bewegung auszulösen. Diese Haltung erklärt das Verhalten autonomer Jugendlicher, das von der Staatsmacht auch gerne provoziert wird.

Auch wenn die organisierte autonome Linke in Deutschland nicht stark ist und autonom beeinflusste Teile der Linken, zum Beispiel in der Interventionistischen Linken, bereits Schlüsse aus vergangenen Fehlern gezogen haben und mit linken Organisationen konstruktiv zusammenarbeiten, entspricht diese Tendenz dem Lebensgefühl vieler Jugendlicher, die individuell zu den Rostocker Protesten gereist sind und in den Camps eine andere Kultur gelebt haben.

Wer sich von Steinewerfern distanziert, gefährdet die Bewegung.

Die Leute, die Steine geworfen haben, waren nie offizieller Teil des Bündnisses. Sie haben keine Vorsitzenden und keine Geschäftsstelle, wo Beschwerden vorgetragen werden könnten. Wenn sich die globalisierungskritische Bewegung erst für Steinwürfe verantwortlich machen lässt und dann beansprucht, sie in Zukunft zu verhindern, besteht der einzig sichere Ausweg darin, gar nicht mehr zu demonstrieren. Und genau das ist das Ziel der eifernden Ordnungspolitiker und vieler Kommentatoren in den Massenmedien: diese Bewegung zu zerstören. Über die Stöckchen, die sie ihr hinhalten, darf die Protestbewegung nicht springen. Sie sollte die Steinewerfer kritisieren, aber sich nicht von ihnen distanzieren. Solange sie ihnen keinen Ausweg zeigen kann, ist deren Ohnmacht auch ihre eigene Ohnmacht.

Die Distanzierung von den Steinewerfern ist Ausdruck einer falschen Strategie im Kampf gegen die Konzernherrschaft.

Ein großer Teil der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und andere politische Organisationen beabsichtigen, durch bessere Argumente die Politik der G8 und der internationalen Organisationen zu verändern. Angesichts des Drucks der internationalen Konkurrenz und der globalen Kräfteverhältnisse entpuppt sich diese Hoffnung zumeist als Illusion. Aber nicht nur, dass die Einbindung in die Politik der G8 wenig Erfolgchancen hat. Sie birgt auch die Gefahr der Demoralisierung in sich. Ein Beispiel der Vereinnahmung durch Dialog war der G8-Gipfel in Gleneagles 2005. Tony Blair stellte sich Arm in Arm mit Bob Geldof und Vertretern von NGO an die Spitze der Bewegung. Die G8 konnten sich unberechtigterweise als Teil der Lösung der Probleme der Welt aufspielen und damit eines ihrer größten Verbrechen, den Krieg gegen den Terror, völlig ausblenden. Das frustrierte viele der Aktivisten der Anti-G8-Bewegung.

⁷ Vertreter dieser Theorie sind Toni Negri und Michael Hardt (u. a. »Empire«) oder John Holloway. Holloway hat seine zentralen diesbezüglichen Aussagen 2002 auch unter »Twelve Theses on Changing the World without taking Power« zusammengefasst.

Der Druck zur Distanzierung trifft dabei jene NGO besonders stark, die auf öffentliche Gelder angewiesen sind oder deren Strategie auf Lobbyarbeit und ein enges Verhältnis zu staatlichen Institutionen ausgerichtet ist.

Nur eine Strategie, die auf die Aktivität der breiten Bevölkerung setzt, kann einen Ausweg aus der Unmenschlichkeit der herrschenden Verhältnisse eröffnen.

Viele gesellschaftliche Gruppen, deren Zukunft genauso vom globalen Kapitalismus bedroht wird wie die autonomer Jugendlicher, fehlten. Die Gewerkschaften sind nicht in ausreichendem Maße für die Proteste gewonnen und mobilisiert worden. Die Ungeduld der Autonomen, ihr losgelöstes und perspektivloses Losprechen drückt daher nicht nur eine falsche politische Strategie aus, sondern auch das Unvermögen der Bewegung praktisch zu beweisen, dass die breiten Massen bereit sind, gegen die Auswüchse des globalen Kapitalismus zu protestieren. Noch ist das Bündnis zwischen globalisierungskritischer Bewegung und Gewerkschaften schwach. Dabei brauchen die Gewerkschaften die globalisierungskritische Bewegung, um der Logik der Standortkonkurrenz einen neuen Internationalismus und eine alternative Strategie für die gewerkschaftliche Gegenwehr entgegenzusetzen und den Kampf gegen die Profitmaximierung zu einer Frage des Allgemeinwohls zu machen, das über Einzelinteressen hinausgeht. Die globalisierungskritische Bewegung braucht die organisierte Arbeiterklasse, weil sie sonst – trotz erfolgreicher Blockaden, phantasievoller Proteste und kluger Köpfe – kein Potential hat, Gegenmacht zu entwickeln.

Als die Hafentarbeiter in Strassburg gegen das »Port Package II« demonstrieren und dabei auch Steine warfen, kam es niemandem ernsthaft in den Sinn, diese Gewalt auf eine Stufe zu stellen mit der strukturellen, stummen Gewalt der Europäischen Kommission und der Konzerne, die mit ihrem neoliberalen Feldzug Löhne und Arbeitsbedingungen in den europäischen Häfen ruinieren wollten. Der Straßenkampf in Strassburg stellte den Endpunkt eines erfolgreichen europaweiten Streiks in den Wochen zuvor dar. Der entscheidende Unterschied zwischen den Hafentarbeitern und den Rostocker Steinewerfern bestand darin, dass die Hafentarbeiter in der Lage waren, mit ihrem Streik realen Druck zu erzeugen.

Fazit

So falsch es wäre, die Ausschreitungen vom 2. Juni 2007 zu verherrlichen, so falsch ist es, die Steineschmeisser in den eigenen Reihen aus dem Kalkül heraus zu verdammen, man könne so die eigenen Forderungen besser mit den Interessen des Staates versöhnen. Angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen randalierenden Demonstranten und der »martialisch bewaffneten« und notwendigerweise überwältigenden Macht des bürgerlichen Staates und des Kapitals, dessen Interessen er vertritt, ist die Frage nach dem Unterschied zwischen den beiden rasch beantwortet.

Dabei muss sich der eher staatstragende Teil der Bewegung mit der Frage auseinandersetzen, wie – wenn nicht durch Militanz – der Kapitalismus überwunden werden kann. Die Einbindung von NGO durch den Dialog mit internationalen Institutionen und den G8 ist eine falsche Strategie. Eine zweite falsche Strategie ist die Übernahme von Regierungsverantwortung ohne eine Massenbewegung im Rücken. Je mehr ein Teil der Bewegung ins System integriert und nach rechts gedrückt wird, desto stärker wird die Ungeduld des autonomen Flügels. So bedingen sich diese beiden Formen der Stellvertreterpolitik einander stärker als es zunächst erscheint.

Zum Glück ging die Strategie der Regierung und der Medien nicht auf, die Proteste durch die unverhältnismäßige Betonung der Gewaltbilder zu diskreditieren, weil die Mehrheit der Protestbewegung besonnen und gewaltlos ihren Protest fortsetzte. Anders als nach Göteborg drückte Susan George auf dem Alternativkongress in Rostock ihre Hochachtung vor den Protesten und Blockaden aus. Sie kritisierte, dass die Regierung die Steinwürfe nutze, um die Proteste zu diskreditieren, und sagte: »Ich werde nicht die Kids verurteilen, die die Steine geworfen haben.«⁸ Das war die Quelle des Erfolges von Rostock. Nicht ein »anderer Protest« (Brie/Brangsch) ist nötig, sondern eine Ausweitung der Bündnisse, des Protestes und eine bessere Verzahnung mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, sowie eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit der Unzulänglichkeit sowohl autonomer als auch allein parlamentarischer Strategie und Taktik.

Nachbetrachtung: 40 Jahre nach dem 2. Juni 1967

Wie es der Zufall wollte, fand die große Demonstration in Rostock am 40. Jahrestages der großen Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin und die Ermordung Benno Ohnesorgs statt. Ein Blick auf die Gewaltdebatte in der 68er-Bewegung hilft den Blick für die heutigen Debatten zu klären. Drei Autoren wurden in der Studentenbewegung intensiv gelesen: Franz Fanon, Che Guevara und Herbert Marcuse. Alle drei beschäftigten sich mit dem Thema »Gewalt« und Politik. Franz Fanons großes Thema war die befreiende Wirkung des gewaltsamen oder bewaffneten Widerstands der antikolonialen Befreiungsbewegungen für das »Kolonialbewusstsein« der Algerier, Vietnamesen, Angolaner und anderer. Che Guevara wurde schon damals eher gefeiert als gelesen. Ches theoretischer Beitrag stand in keinem Verhältnis zu seinem »praktischen« als führender und siegreicher Partisan der kubanischen Guerilla. Herbert Marcuse wiederum lieferte 1966 ein wichtiges Stichwort zur Reflexion über die Formen des Widerstandes der Studentenbewegung. In seinem Aufsatz »Repressive Toleranz« argumentiert er, dass es ein einklagbares Recht der Unterdrückten auf »Widerstand« oder gar des Umstur-

8 http://marx21.de/images/mp3/070606_George_Schluss.mp3

zes des Kapitalismus nicht gebe, dafür aber eine Art »Naturrecht« auf Widerstand und auf die Anwendung »außergesetzlicher Mittel, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben.« Das sei aber früher oder später für jede ernsthafte Emanzipationsbewegung der Fall, denn »Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen«, und es sei »unsinnig«, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und kämpfen, weil sie Menschen sein wollen.« Marcuse kommt zu dem Ergebnis: »Wenn sie (die Unterdrückten) Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierten.« Marcuses Botschaft an die Studentenbewegung war: Gegengewalt ist gerechtfertigt, wer diese prinzipiell ablehnt, hat sich schon unterworfen.

Das Problem dieser Botschaft war, dass sie in ihrer Abstraktion sehr unterschiedlich gedeutet werden konnte und wurde. Rudi Dutschke leitete daraus das Recht auf kalkulierte Regelverletzungen und Gesetzesübertretungen auf Demonstrationen und Aktionen ab. Dabei verlor er nie die Perspektive einer Massenbewegung als Voraussetzung einer erfolgreichen Revolte aus dem Auge. Gewalt als Ersatz für die Macht der großen Massen hat er nie verfochten. Deshalb hat er sich – auch wenn Stefan Aust und andere ihm heute vorwerfen, geistiger Begründer der RAF gewesen zu sein – nie hinter Aktionen wie die der Kaufhausbrandstifter Baader und Ensslin und der späteren RAF gestellt.

An einem anderen Punkt täuschten sich viele 68er. 1968 war keine vorrevolutionäre Situation oder gar eine verpasste Revolution wie die von 1918. Geblendet von der unglaublichen Geschwindigkeit der Studentenrevolte waren die Führer der Studentenbewegung von damals der Überzeugung, der Weg zur revolutionären Überwindung durch eine breite Volkserhebung sei eine Sache von zwei bis drei Jahren. Die Enttäuschung, dass die Revolution nicht kam, hat dann eine Minderheit von ihnen in die RAF, die meisten von ihnen leider nach rechts in die Reihen der Grünen und damit zurück in die ruhigen Bahnen bürgerlicher Politik getrieben.

Die Gewaltfrage und DIE LINKE bei den Gipfelprotesten 2007

Die Gewalt-Frage¹

Bei ziemlich allen Pressegesprächen im Vorfeld tauchte sie über kurz oder lang immer auf – die Frage nach den Methoden des Protests, auch bekannt als die *Gewaltfrage*. So mancher Journalist machte sich nicht einmal die Mühe, wenigstens den Eindruck zu erwecken, ihn interessierten die inhaltlichen Botschaften, sondern fragte nur in diese Richtung nach. Nun war klar, dass die LINKE sich ausschließlich an friedlichen Aktionen beteiligen würde. Bezüglich der Frage jedoch, wie weit ziviler Ungehorsam gehen darf, gab es innerhalb der beiden Parteien unterschiedliche Auffassungen. Man hätte im Vorfeld viel Diskussionszeit damit verbringen können, dies theoretisch auszuloten und auch noch den Medien mitzuteilen. Wir waren jedoch der Auffassung, dass genau dies dem Interesse der meisten Medien, die Gipfelproteste schon im Vorfeld allein auf die Gewaltfrage zu reduzieren, nur entgegen gekommen wäre. Insofern zielte unsere Öffentlichkeitsstrategie vor allem darauf, die inhaltliche Kritik in den Mittelpunkt zu stellen und zu unterstreichen, dass die Parteien zu unterschiedlichen Aktionen aufrufen, wobei im Mittelpunkt für uns die Großdemonstration und der Alternativgipfel standen.

Die meisten Beteiligten rechneten damit, dass es während der Woche, vor allem während der Blockaden, zu schwierigen Situationen in Hinblick auf die Militanzfrage kommen würde. Dass sich diese Frage schon während der Kundgebung am Samstag stellen würde, damit hatte kaum jemand gerechnet. Für eine Weile schien es, als würden die Bilder der Gewalt die gesamten Proteste überschatten. Nach einigen Tagen stellte sich heraus, dass es den Protesten in ihrer Vielfalt gelungen war, andere Bilder sprechen zu lassen. Dass das Bündnis diese Bewährungsprobe überstand, dass die Proteste in ihrer Vielfalt weitergingen und somit am Ende die Bilder der Gewalt in den Hintergrund drängten – all das war keine Selbstverständlichkeit.

1 In ihrem Artikel »Gipfelproteste 2007 – ein gelungener Start für DIE LINKE« (in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt, Meinhard Meuche-Mäker (Hrsg.): DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Berlin 2007, S. 90-108) bilanziert Katja Kipping, G8-Verantwortliche der damaligen Linkspartei.PDS, die Beteiligung der sich derzeit erst neu bildenden Partei DIE LINKE an den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: »Die Etablierung des Themas bei Linkspartei.PDS und WASG war kein Selbstläufer. Umso mehr kann DIE LINKE stolz sein, dass sie letztlich als organischer Bestandteil der Proteste in Erscheinung trat und die Gipfelproteste zu einem guten Startschuss für die neue LINKE wurden.« Die Auseinandersetzung um die so genannte »Gewaltfrage« spielte bereits in dem etwa zweijährigen Vorbereitungsprozess der G8-Proteste sowohl innerhalb der beiden Parteien als auch bei den verschiedenen Bündnistreffen eine nicht unerhebliche Rolle. Im Folgenden ein überarbeiteter Ausschnitt zum Thema aus dem oben zitierten Buchbeitrag.

Bei Auswertungsrunden im Nachhinein wurde die Gewaltfrage vorrangig aus zwei Gesichtspunkten erörtert: *erstens* aus einer moralischen Perspektive (Ist Gewalt generell gerechtfertigt?) und *zweitens* aus einer strategischen Perspektive (Können Ausschreitungen unser Anliegen befördern?). Beide Fragen sind klar zu verneinen. Man muss nicht einmal Pazifistin sein, um die erste Frage zu verneinen. Bei dieser Demonstration kam noch verstärkend hinzu, dass es eine klare Verständigung aller Beteiligten gegeben hatte, dass diese Demonstration gewaltfrei ablaufen sollte. Es gibt Menschen, für deren Teilnahme ein solches Signal ausschlaggebend ist, z. B. für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sowie für MigrantInnen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Letztere müssen immerhin mit existenziellen Konsequenzen rechnen, falls sie im Zuge eines Polizeieinsatzes bei Ausschreitungen festgenommen werden, selbst schon als Unbeteiligte. Schon aus diesem Grund ist es unentschuldig, dass Einzelne durch Steinwürde aus der Kundgebung heraus den Einsatzkräften einen Vorwand zum Eingreifen geliefert haben.

Auch aus strategischer Sicht sind solche Steinwürfe abzulehnen. Sicherlich, es gibt auch Diskussionen, dass erst Randalen der Kritik das Feld der Sichtbarkeit eröffnen und Aufmerksamkeit die Währung ist, in der sich Anerkennung berechnet.² (Ich selbst als Pazifistin würde Gewalt, bei der nur die Gefahr besteht, dass Menschen in Gefahr kommen, auch dann ablehnen, selbst wenn sie strategisch gerechtfertigt wäre.) Doch für die Großdemonstration in Rostock trifft dies nicht zu. Es gab auch ohne die Ausschreitungen ein entsprechendes Medienaufgebot. Vielmehr verstellten die Bilder der Gewalt für viele Stunden komplett den Blick auf die Argumente der G8-Kritiker/-innen und stellten das Bündnis auf eine harte Zerreißprobe. Ohne das überlegte Handeln Einzelner wäre das Bündnis womöglich an diesem Punkt zerbrochen. In diesem Fall hätte für den Rest der Woche die Berichterstattung nur noch das Zerwürfnis innerhalb der G8-Kritiker/-innen eine Rolle gespielt und das argumentative Rüstzeug gegen den angeblichen Sachzwang Globalisierung wäre komplett unter dem Tisch gefallen. Zudem lieferten die Ausschreitungen genau die Bilder, die Schäuble, Beckstein und Co. sich sicherlich gewünscht hatten, um ihre massiven Repressionen im Vorfeld zu rechtfertigen. Die wenigen Steinwerfer/-innen haben ergo all denjenigen, die zum Sturm auf demokratische Grundrechte blasen wollen, einen großen Dienst getan.

Das Verhältnis der LINKEN zur Gewalt sollte kein taktisches, sondern ein prinzipielles, und von einer klaren Bejahung der Gewaltfreiheit geprägt sein. Die Frage ist jedoch: Wie reagiert man, wenn es zu Ausschreitungen kommt? Ist es klug und hilfreich, sofort unter dem Eindruck der ersten spektakulären, empörten Presseberichte mit pauschalen Distanzierungen gegenüber dem Schwarzen Block in die Öffentlichkeit zu gehen? Ist es im Sinne der Aufklärung, sofort und ohne

2 Vgl. dazu Robert Misik: Genial Dagegen – Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore, Berlin 2006, S. 30.

genaue Kenntnis der Ereignisse vor Ort als Ferndiagnose eine Beurteilung und Schuldzuschreibung zu verfassen?³ Ist es sinnvoll, die Polizei in einer Phase der Ausschreitungen für Ihren Einsatz zu loben und damit den Schwarzen Peter für die Ausschreitungen ohne gründliche Untersuchung und kollektiv dem so genannten Schwarzen Block zuzuschreiben? Die gründliche Aufarbeitung hat mich darin bestärkt, all diese Fragen verneinen.

Die ersten Angaben zur Zahl der verletzten Polizist/-innen erwiesen sich hochgradig übertrieben. Die Pressearbeit der Polizeieinheit Kavala war von vielen haltlosen Unterstellungen geprägt. Es verdichten sich die Indizien, wonach Steinwürfe von eingeschleusten Polizeiprovokateuren ausgegangen sind. Fakt ist – und davon habe ich mich selbst direkt vor Ort bei stundenlangen und letztlich erfolgreichen Deeskalationsversuchen überzeugen können – der überwiegende Teil des so genannten Schwarzen Blocks verhielt sich während der Kundgebung friedlich und hat an der Deeskalation mitgewirkt. Das Vorgehen von Teilen der Polizei hingegen trug nicht immer dazu bei, die Ausschreitungen zu beenden, sondern heizte im Gegenteil die Stimmung noch an. So stießen beispielsweise immer wieder kleine Stoßtrupps der Polizei in die inzwischen beruhigte Kundgebung vor, um einzelne Personen herauszuzerren und festzunehmen.

Wir als LINKE haben gut daran getan, in dieser Phase besonnen zu reagieren. Die Akteur/-innen der LINKEN vor Ort haben sich auch in für sie persönlichen gefährlichen Situationen aktiv um Deeskalation bemüht. DIE LINKE hat sich nicht dazu hinreißen lassen, sich von der Protestbewegung zu distanzieren. Es gibt Situationen, da ist die Presselage erdrückend und hegemonial im Sinne eines Distanzierungsgebotes. So gerechtfertigt die klare Verurteilung von Gewalt gerade bei dieser Kundgebung war, linke Politik muss sich gerade in schwierigen Situationen die Freiheit nehmen, ihr Urteil unabhängig von wie auch immer gearteten Distanzierungsgebotes der Presse zu fällen. Innere Freiheit von Erpressbarkeit durch Stimmungsmache in den Medien ist eine Frage der inneren Einstellung. Für eine LINKE, die auf eine andere Gesellschaft hinwirkt, ist diese innere Freiheit von Medienhetze eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches Agieren auch in konfliktreichen Situationen. Im Gegenteil. Sie hat aktiv deeskalierend und das Bündnis stabilisierend gewirkt und politisch auf die wahren Gewaltverhältnisse verwiesen. Wir haben zudem darauf hingewiesen, dass die Gewalt genutzt wird, um weiter demokratische Rechte abzubauen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein interessantes Phänomen festzuhalten: Unter dem akuten Eindruck der Ausschreitungen forderten einzelne Vertreter von *attac* im Bündnis, die geplanten Blockaden zu rein symbolischen Aktionen herabzustufen. Nur die Intervention der *attac*-Basis auf dem Camp verhinderte den offiziellen Rückzug von den Blockaden, den eine Mehrheit der *attac*-Führung angestrebt hatte. Und auch hier bewies sich, dass man gut beraten ist, besonnen zu

3 So geschehen in dem Papier »In der Sackgasse«, rls-Standpunkte 9/2007 von Lutz Brangsch und Michael Brie.

reagieren und sich nicht komplett von der Presselage erpressbar zu machen. Die Blockaden wurden zu einem politischen Erfolg. Interessanterweise waren diejenigen von *attac*, die nach dem Ausschreitungen am Samstag am intensivsten die Absetzung der Blockade betrieben hatten, diejenigen, die dann stolz vor den Kameras die erfolgreiche Fünffingertaktik der Blockaden erläuterten. Spätestens an dieser Stelle wurde deutlich, dass die Gefahr der Vereinnahmung einer Bewegung nicht nur von Seiten der Parteien droht.

Jenseits der Gewaltfrage – Erfahrungen aus Block G8

Die Massenblockaden des G8-Gipfels 2007, namentlich die Kampagne Block G8, werden oft als Gegenbild zu den Auseinandersetzungen bei der Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock bemüht. In diesem Bild stehen dann die schwarzen, gewalttätigen Autonomen gegen die bunten friedlichen BlockiererInnen. Der Erfolg der Blockadeaktionen, die den G8-Gipfel in Heiligendamm landseitig für lange Zeit vollständig einschlossen, wird so gegen militante politische Kräfte und Aktionsformen in Stellung gebracht. Diesem Ansinnen ist die Kampagne Block G8 bereits im Vorwege deutlich entgegen getreten, zumal es mit fundamentalen Missverständnissen über den Charakter und die Erfolgsbedingungen von Block G8 einhergeht.

Wenn von Gewalt die Rede ist, dann ist zunächst auf die Gewalt des Staates und in diesem Fall besonders auf die Gewalt der G8 zu verweisen. In Heiligendamm trafen sich die Chefs der führenden kapitalistischen Staaten, die verantwortlich zeichnen für Kriege und militärische Besatzungen, für Folter in Lagern und Spezialgefängnissen, vor allem aber für eine Weltwirtschaftsordnung, die für Millionen von Menschen tatsächlich mörderische Konsequenzen hat, weil sie ihnen den Zugang zu ausreichender Nahrung, zu sauberem Trinkwasser oder zu notwendigen Medikamenten vorenthält. Zum Schutz dieses Gipfels wurde eine Bürgerkriegsarmee von fast 18 000 PolizistInnen mobilisiert, die mit allem ausgerüstet war, was zur modernen Aufstandsbekämpfung gehört. Während der Gipfeltage haben Polizeieinheiten Menschen verprügelt, mit Hochdruckwasserwerfern schwerste Augenverletzungen zugefügt, ihnen medizinische Hilfe verweigert, sie in Käfige gesperrt und auf zahllose weitere Weisen Gewalt ausgeübt. Wer über Gewalt spricht, sollte immer zuerst über diese (Staats-)Gewalt sprechen, um die Verhältnisse nicht aus dem Blick zu verlieren und um schlechte Aktionen, wie es sie bei der Großdemonstration am 2. Juni gegeben hat, nicht aus den falschen Gründen zu kritisieren.

Die Diskussion über Aktionsformen findet unter der Bedingung eines hegemonialen staatlichen Gewaltbegriffs statt, der ein Bekenntnis zur Friedlichkeit und zur Abgrenzung von sogenannten Gewalttätern verlangt. Auch bei linker Kritik ist nicht immer klar, ob sie diesem Distanzierungsdruck nachgibt und damit auf staatliche bzw. mediale Anerkennung abzielt, oder ob sie ein Beitrag zur solidarischen Diskussion über die besten und am meisten Erfolg versprechenden Mittel der Gesellschaftsveränderung sein sollen.

Wenn wir positiv vom letzteren ausgehen, dann müssen wir zunächst die Verschiedenheit der Auffassungen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung

und der Linken überhaupt akzeptieren. Ohne diese gegenseitige Akzeptanz, die trotz aller lauten und schrillen Töne in der Nachbereitung die überwiegende Haltung der TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen der Gipfelproteste gewesen ist, hätte es keine derart massenhaften und erfolgreichen Aktionen um Heiligendamm gegeben.

An der Vorbereitung von Block G8 waren sowohl explizit gewaltfreie Gruppen wie X-tausendmalquer beteiligt, wie auch zahlreiche Gruppen aus der undogmatischen radikalen Linken, die aus einer eher autonomen Aktionstradition kommen. Nicht zufällig hat Block G8 in seinen Aufrufen und Erklärungen den ideologisch aufgeladenen Begriff »gewaltfrei« nicht verwendet. Denn auch wenn in Block G8 von der Fünf-Finger-Taktik bis zum Zivilen Ungehorsam viele Konzepte und Erfahrungen aus einer gewaltfreien Aktionstradition G8 eingeflossen sind, so hätten die explizit Gewaltfreien alleine weder die Mobilisierungs- noch die Organisationskraft für Massenblockaden mit mehr als 10 000 Menschen gehabt. Und umgekehrt wären die in militanten Aktionen Erfahrenen und Risikobereiten bei aller Entschlossenheit und sorgfältiger Vorbereitung immer zu wenige gewesen, um den G8-Gipfel wirksam zu blockieren.

Nur das Zusammenbringen der verschiedenen Aktionserfahrungen und Kompetenzen, sowie der Mobilisierungs- und Organisationsfähigkeit aus den unterschiedlichen Spektren konnte Block G8 tragen. Für die Akzeptanz des Konzeptes von Block G8 in der Bewegung war es zudem entscheidend, ein bewusst und betont solidarisches Verhältnis auch zu anderen Blockadekonzepten, die etwa Materialblockaden oder aktive Gegenwehr gegen Polizeiangriffe beinhalteten, zu pflegen.

Als wir 2005 die ersten Ideen für ein spektrenübergreifendes Blockadekonzept diskutierten, geschah dies bereits in Erwartung eines massiven, einschüchternden Polizeieinsatzes. Gesucht wurde daher ein Konzept, das sehr viele Menschen zum Mitmachen einlädt, das integrationsfähig ist – und vor allem ein Konzept, das uns angesichts der polizeilichen Übermacht rund um Heiligendamm handlungsfähig machen würde.

Der strategische Ausgangspunkt für Avanti, ebenso wie für viele andere Beteiligte aus der radikalen Linken, war, die praktische Delegitimierung des G8-Gipfels zu organisieren: Aktionen, in denen ein symbolischer und praktischer Bruch mit dem globalen Kapitalismus vollzogen wird und in denen gleichzeitig viele Menschen positive Aktionserfahrungen machen, Ohnmacht überwinden und erkennen, dass kollektiver Widerstand möglich ist. Deshalb ging es uns nicht um die radikalste aller Aktionsformen, sondern um diejenige, die am besten geeignet ist, mit vielen Menschen gemeinsam einen bewussten Schritt vom Protest zum Widerstand zu gehen.

Dazu gehören immer auch Elemente der Selbstermächtigung und des Regelübertritts, weil sich darin die Erkenntnis spiegelt, dass der Kapitalismus nicht im Rahmen der Spielregeln des bürgerlichen Staates, sondern nur durch den Aufbau

einer gesellschaftlichen Gegenmacht zu überwinden sein wird. Das Bewusstsein für diesen Antagonismus kann nicht nur als theoretische Erkenntnis existieren und geschaffen werden, sondern entsteht und verfestigt sich in der gemeinsamen, grenzüberschreitenden Aktion. Die praktische Umsetzung dieser Gedanken war für uns das Konzept Block G8.

Ganz anders als die Erzählung von den autonomen Gewalttätern und den friedlichen BlockiererInnen glauben machen will, ist die Kampagne Block G8 gerade der Beleg dafür, wie viel Kreativität und Entschlossenheit freigesetzt werden können, wenn die lähmenden Debatten um Gewalt und Gewaltfreiheit beiseite geschoben werden und AktivistInnen aus verschiedenen Spektren anfangen, praktisch zusammenzuarbeiten. Das schlug sich übrigens auch in der direkten Beteiligung an den Blockaden nieder – denn tatsächlich war ein erheblicher Teil der bunten BlockiererInnen weniger Tage zuvor noch »schwarzer Block« gewesen.

Deshalb sollten wir weniger über Gewalt oder Nichtgewalt reden, sondern über Prinzipien, die gemeinsame, ermutigende und radikale Aktionen möglich machen. Hierzu rechnet z. B. ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und Solidarität, das immer die Auswirkungen der eigenen Aktionen auf andere in Rechnung stellt. Wenn dies am 2. Juni in Rostock alle beherzigt hätten, wären manches Scharmützel mit der Polizei und manche vorschnelle Distanzierung unterblieben. Zu solchen Prinzipien gehört ebenfalls Verantwortlichkeit und Organisation, denn vor allem fehlte es am 2. Juni ja an der kollektiven Fähigkeit, die Kundgebung vor den Polizeiangriffen zu beschützen und die Auseinandersetzungen schnell wieder zu beenden. All dies ist übrigens keine wohlfeile Kritik an anderen, sondern immer auch Selbstkritik an den eigenen Fehlern und Versäumnissen.

In den Auseinandersetzungen einen „radikalen Ausdruck unserer Unversöhnlichkeit mit dem System“ zu sehen, wie dies viele Debattenbeiträge zu den G8-Protesten aus autonomer Richtung formuliert haben, ist uns zu selbstbezogen und vielleicht radikal, aber nicht radikalisiert in dem Sinne, dass es anschlussfähig, ansprechbar und verstehbar ist, vor allem aber Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten aufzeigt. Diese Haltung ist für uns der Kern eines interventionistischen Politikverständnisses.

Was Solidarität, Verantwortlichkeit, Organisation und Radikalisierung angeht, lässt sich (bei aller nötigen Kritik im Detail) aus den Erfahrungen von Block G8 viel auf künftige Aktionen übertragen. Der konkrete Aktionsrahmen war für die konkrete Aktion, Massenblockaden der Zufahrtstraßen nach Heiligendamm, genau richtig. Für uns ist die Frage, ob künftige Aktionen ähnliche oder ganz andere Vereinbarungen brauchen, keine ideologische, sondern eine praktische Frage.

Bernd Hüttner

Ziviler Ungehorsam, Militanz und »Gewalt« – ein kleiner Rückblick

*Wir leben,
wie wir träumen
– allein*
Joseph Conrad¹

Die Debatten um Direkte Aktion, Zivilen Ungehorsam, Militanz und »Gewalt« haben in den neuen sozialen Bewegungen und in der westdeutschen Bewegungslinien eine lange und ausdifferenzierte Geschichte, die bis zur Sozialrevolte 1967/68 zurückreicht: Was ist »Gewalt«, wie lässt sich »Gewalt« und Militanz politisch bestimmen? Gibt es einen Unterschied zwischen »Gewalt gegen Sachen« und »Gewalt gegen Menschen«? Ist nicht der in der Regel als gewaltfrei verstandene, am besten massenhafte praktizierte »Zivile Ungehorsam« in Form von Sitzblockaden, der Überschreitung von polizeilich definierten Regelungen für Demonstrationsrouten oder ähnliches eine bessere Aktionsform, als der Strassenriot, an dem sich nur sportliche FighterInnen beteiligen können? Ist nicht »Direkte Aktion«, sprich das Besetzen von Häusern, Strassen oder Plätzen, das Blockieren von Verkehrswegen und auch die eine oder andere zielgerichtete Sachbeschädigung ein integraler Bestandteil oppositioneller Praxis und das seit es Aufruhr und Widerstand in der Geschichte gibt? Über all diese Definitionen und Praxen wurde nicht nur in der Bewegung gegen das Atomprogramm, sondern auch in anderen Teilbereichsbewegungen, nicht zuletzt in der antimilitaristischen Bewegung, ausführlich debattiert.

Da ist auch die langjährige Debatte über das Verhältnis der Grünen zum staatlichen Gewaltmonopol, die die Grünen bis Ende der 1980er Jahre begleitet hat, während es gleichzeitig realgeschichtlich eine Funktionalisierung von Straßenprotest durch die Grünen für ihre pazifizierende Politik gab. Was Theorie-Autonomie schon in den 1980er Jahren zu der (Selbst-)Kritik brachte, es sei politisch überhaupt nicht ausreichend, als militante Bewegung »den bewaffneten Arm der Grünen« zu geben, sprich den gesellschaftlichen Widerspruch zu organisieren, den dann die Grünen nach ihren Interessen benutzen.

Die Konflikte an einzelnen Standorten großtechnologischer Projekte der Bundesrepublik waren von einer Sympathie sehr vieler »normaler« BürgerInnen und

¹ Hier zitiert nach Ulrich Peltzer: Teil der Lösung, Zürich 2007, S. 5.

einer stellenweise breiten Beteiligung an militanten Auseinandersetzungen geprägt. Beispiele sind die Startbahn West in Frankfurt/Main, die Wiederaufbereitungsanlage im bayrischen Wackersdorf oder andere Projekte des Atomprogramms. Oft kam es zu von breiten Bündnissen getragenen Platzbesetzungen, die nach herrschender Logik »Gewalt« und einen Verstoß gegen Gesetze darstellten.

Die »Gewaltfrage« wurde von Medien und anderen interessierten Kreisen auch immer funktionalisiert, um von Inhalten abzulenken, und sie dient selbstverständlich dazu, AktivistInnen zu kriminalisieren, die Protestbewegungen zu delegitimieren und zu spalten. Soweit ich das beurteilen kann, wurden in Rostock in Kenntnis dieser Vorgeschichte in den Vorbereitungsbündnissen viele Diskussionen geführt. Die radikale Linke wurde dann später dafür kritisiert, dass sie »ihre Leute« nicht unter Kontrolle gehabt habe, und der ihr zugeschriebenen Kontrollfunktion nicht nachgekommen sei. Jenseits dessen, dass diese Funktionszuweisung und Kontrollmaßnahme politisch mehr als fragwürdig ist, ist sie auch unmöglich umzusetzen.

Die Fragen um Zivilen Ungehorsam, Direkte Aktion und Militanz wurden nie endgültig geklärt, was auch gar nicht möglich und nach meinem Dafürhalten politisch auch gar nicht wünschenswert wäre. Denn welche Aktionsformen gerade »richtig« sind, muss immer wieder neu diskutiert und bestimmt werden.

Selbstreflexion linksradikaler Militanz

Eine öffentliche und kollektive Selbstreflexion linksradikaler Militanz gibt es deutlich wahrnehmbar mindestens seit 1987, als bei Auseinandersetzungen anlässlich der revolutionären 1.-Mai-Demonstration im Berliner Stadtteil Kreuzberg wahllos Autos angezündet und kleine Läden geplündert werden. In diesen Debatten wurden die Wurzeln für die nachfolgende Ausfächerung der Autonomen gelegt: in autonome Autonome, die sozusagen die ursprünglichen Ansätze weiterfolgen, in zweitens die damals sogenannten »Reform-Autonomen«, die Kampagnenpolitik und mangelnde Vermittlung und Schulung kritisieren und in dogmatische autonome KommunistInnen, die leninistisch-autoritären Konzepten zuneigen. Diese Ausfächerung lässt sich bis heute nachzeichnen: Die Reformautonomen heißen heute *Interventionistische Linke (IL)*, die DogmatikerInnen *Anti-G8-Bündnis für eine revolutionäre Perspektive* und der große lebenswertere unübersichtliche Rest *DISSENT! Netzwerk des Widerstandes*.²

Es gibt in der Geschichte der radikalen Linken eine lange Debatte über die Bestimmung von kollektiver Militanz: Dass die Verwechslung von Mittel und Ziel weit verbreitet sei, dass »Gewalt« und Militanz patriarchale Aspekte innewohnen (in der Regel unter dem Stichwort »Mackermilitanz« verhandelt), dass sich Militanz der polizeilichen Logik der Gewaltfrage unterordne, statt den eigenen Uto-

2 www.interventionistische-linke.de, <http://dissentnetzwerk.org/>, www.antig8.tk/

prien sozialer Gegenmacht, all das wurde schon 1986 klar analysiert. Dass diese Fragen heute ebenfalls noch offen sind, zeigt zum einen, dass der linksradikalen Subkultur eine gewisse Innovationsresistenz innewohnt. Es zeigt aber auch, dass diese Fragen in der radikalen Linken immer wieder neu aufgeworfen und diskutiert werden.

Die Debatte in der RLS

Das von zwei Mitarbeitern der RLS publizierte Standpunkte-Papier 9/2007 ist von dem politischen Interesse durchdrungen, sich zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung – am Tag vor dem Beginn der Blockaden – wem gegenüber auch immer und unaufgefordert als verlässlicher Partner darzustellen³. Es ist auch von einer Unkenntnis der Debatten um Zivilen Ungehorsam, Militanz und »Gewalt« in den neuen sozialen Bewegungen gekennzeichnet. Selbstverständlich ist darüber hinaus jeder Sprechakt das Resultat biographischer Prägungen und damit auch eine »Generationenfrage«.

Der Text von Brie/Brangsch agiert nahezu völlig in einer institutionellen Logik und hat vermutlich vor allem organisationsinterne Bedeutung⁴. Er zeigt die ganze Widersprüchlichkeit antistalinistisch begründeter Kritik an »Gewalt«. Da ist zum einen das Beharren auf Gewaltfreiheit und demokratischem Diskurs, das von den negativen Erfahrungen mit dem Stalinismus, aber auch den positiven der Sozialforen herrührt, und mit einer sympathisch erscheinenden Parteien- und Institutionenkritik grundiert ist. Da ist aber auch die Naivität gegenüber dem präventiven Sicherheitsstaat samt seiner entwickelten Zivilgesellschaft. Denn es ist doch z. B. fraglich, ob es Sinn macht, einen herrschaftsfreien Diskurs einzufordern, den der Staat schon lange nicht mehr führt (oder dies noch nie tat). Und nebenbei die staatliche Militarisierung politischer Großdemonstrationen einfach völlig auszublenzen, die zehntausende von potentiellen TeilnehmerInnen – darunter zum Beispiel mich – davon abhält, überhaupt noch auf die Straße zu gehen.

Viele, die sich in der stiftungsinternen Debatte äußerten, hatten vermutlich nur Probleme mit dem Zeitpunkt der Publikation und/oder der seltsamen Verfahrensweise ihrer Erstellung, und weniger inhaltliche Kritik. Wirklich unklar ist, warum die beiden Autoren mit ihrem Text von der doch eigentlich komfortablen Position eines Grenzträgers der Macht ab und damit ein Stückchen näher an die »dunkle Seite« der Macht heranrücken. Wäre doch gar nicht nötig gewesen! Stößt man damit doch die aninstitutionelle Intelligenz, die noch als Innovationsreserve gebraucht wird, unnötig vor den Kopf und verlässt damit die politische Position, die die Grünen zumindest in der ersten Hälfte ihrer bisherigen Existenz ganz gut beherrschten und die auch DIE LINKE. und die RLS heute innehat. Die Dialektik

³ Zur Kritik siehe Sing/Trinity 2007 oder die Stellungnahme der Rosa Luxemburg Initiative Bremen.

⁴ Die Kritik der Bewegung am Brangsch/Brie Papier blieb nahezu aus. Die Bewegung sah dieses Papier als für sich irrelevant an. Diese Einschätzung führte dazu, die Stellungnahme der RLI nur organisationsöffentlich zu verbreiten, um das Brangsch-Brie Papier nicht noch aufzuwerten oder gar zu bewerben.

zumindest der historischen BRD von außerparlamentarischem Kampf und parlamentarischer Politik: Die draußen sorgen für Dampf auf den Strassen und in den Betrieben und die drinnen müssen dann, nachdem sie sich davon – reflektiert natürlich – verabschiedet haben, Regierungshandeln draus machen.

Selbstverständlich ist es schwierig in einer Institution wie der RLS das zu sagen, was Thomas Seibert wie selbstverständlich in dem gelungenen Porträt in der ZEIT vom 31. Mai 2007 gesagt hat: »Als Linker mache ich kein Aufhebens um eine kleine Zündelei am Rande. Ich bin zwar zu alt dafür und habe da nie mitgemacht, aber wie hieß das 68: ›Menschen sterben, und ihr schweigt. Scheiben klirren, und ihr schreit‹.« Das ist unsagbar.

Sagbar wäre aber gewesen, wie dreist die Polizei und die Medien gelogen, schikaniert oder geknüppelt haben, und das noch bevor man von den dann gut 10 000 BlockiererInnen Kenntnis hatte, was von Haftstrafen für das Werfen von Steinen auf hochgerüstete und ausgebildete PolizistInnen zu halten ist und so weiter. Nein stattdessen hat man nichts Besseres zu tun, als sich zu distanzieren.

Nebenbei: Was wäre eigentlich passiert, wenn die Polizei während der Blockaden eine eher »chinesische Lösung« gewählt hätte und die RLS dann auch durch diese Stellungnahme öffentlich präsent gewesen wäre?

... und jetzt?

Neben einzelnen Stimmen, die die Ereignisse anlässlich der Demonstration in Rostock hochjubeln, ist in der linksradikalen Nachbereitung zu Heiligendamm auch viel Selbstkritik zu lesen: So seien interne Strukturen und Aktionsfähigkeit in der Woche nach dem 2. Juni weggebrochen. Auch der Riot vom 2. Juni in Rostock war symbolische Politik, das ist den allermeisten Militanten auch bewusst, er ist Symbol der Kritik an der weltwirtschaftlichen Ordnung des Empire, die fundamental abgelehnt wird, und er ist auch Ausdruck von Langeweile und Unmut. Wie ja das gesamte öffentliche Agieren der Gipfelproteste erstaunlich professionell auf deren mediale Darstell- und Verarbeitbarkeit ausgerichtet war.

Die jungen, aktivistischen und hoch politisierten (post-) autonomen Gruppen sind, um den Poptheoretiker Mark Terkessidis zu zitieren, näher dran an den TeilnehmerInnen der G-8-Proteste als die Plattitüden der RednerInnen auf den Demonstrationsbühnen am 2. Juni. Die Inhalte waren dann, so der Kreuzberger ideelle Gesamt-Autonome John Doe, oftmals »staatsfetischistischer Quark von attac oder antiimperialistischer Firlufanz«. Die Berliner Autorin Mercedes Bunz schreibt in ihrem Blog, dass sich die Themen, die auf dem G8-Gipfel verhandelt wurden, wie ein Forderungskatalog von Bürgerinitiativen der 1980er Jahre anhörten: Abbau der globalen Ungleichgewichte, Transparenz der Kapitalmärkte, nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, Klimaschutz, Probleme Afrikas. Das hat die Arbeit der Kritik sicher nicht erleichtert.

Positiv stimmt der Eigen-Sinn der vielen tausend AktivistInnen, sie waren die Multitude. Derjenigen, die die Camps und die Blockaden als Form des kollektiven Zivilen Ungehorsam trugen, und die die attac-Führung dazu zwangen, die Blockaden dann trotzdem zu unterstützen. Dies ist übrigens eine interessante historische Parallele zu den Protesten gegen die Tagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank 1988 in Berlin, wo sich, für alle Engagierten überraschend, Tausende von Menschen am legendären Trommeln am Breitscheidplatz beteiligten.

Das spektrenübergreifende Problem jeder Kampagne ist jedoch, dass sie wenig Auswirkungen auf das lokale politische Feld oder den Alltag der Beteiligten hat. Beim zugegeben nicht gerade supersexy anmutenden dritten Bremer Sozialforum zehn Wochen nach Rostock waren dann weder (Post-) Autonome noch DIE LINKE anzutreffen. Diese mangelhafte Verankerung linker und linksradikaler im Alltag hat viele Ursachen. Einer ist sicher, dass der Zwang zur Existenzsicherung und die dafür aufzuwendende Zeit gestiegen sind. Wer nicht dafür bezahlt wird, Politik zu machen, wie vermutlich die allermeisten AutorInnen in diesem Band, hat, erst recht, wenn die soziale Praxis und Alltagskultur nicht gut gefällt, sehr schnell keine Kraft mehr für verqualmte autonome Plena oder langweilige Parteiversammlungen. Die interne soziale Ausdifferenzierung der Linken, und dies betrifft sowohl die linke Partei wie auch die Autonomen, erfordert neues politisches Handeln, denn die soziale Spannbreite was Einkommen und Habitus angeht ist sehr breit. Schämen sich die einen »arm« zu sein, und resignieren, werden andere so abgefemt und korrumpiert, dass einem ganz schwindlig werden kann, wieder andere schämen sich permanent dafür, dass sie überhaupt einen Beruf ergriffen oder gar Karriere gemacht haben. Das erste noch mehr als das zweite führt zu politischer Lähmung, die dringend bearbeitet werden muss.

Warum bitte schön, um alles in der Welt, soll man und frau an einer Bewegung teilnehmen, wenn man und frau nicht aus den depressiven Sortierungen und den patriarchalen Zurichtungen des gelegentlich trostlosen Alltagslebens ausbrechen will? Wenn man nicht ausdrücken will, dass die Katastrophe ist, dass es immerzu so weitergeht. Ein »Nein« ausdrücken will, anstatt über die bessere Verwaltung der herrschenden Welt nachzudenken? Eine kämpferische soziale Bewegung muss dieses »Nein« ausdrücken, sonst ist sie keine. Sie muss selbstverständlich auch Alternativen anbieten, sie muss aber vor allem selbst über ihre Mittel und Aktionsformen entscheiden. Es geht um Verweigerung: Die Verweigerung der Einübung in den Konsens und um die Kritik am Aufbau neuer Ordnungsmodelle. Das Brie/Brangsch-Papier ist das Gegenteil davon.

(Stiftungsinterne) Stellungnahme von Vorstand und Beirat der Rosa Luxemburg Initiative Bremen

Das Standpunkte Papier 9/2007 war eine übereilte, dabei vorauseilende, politisch schädliche und unnötige Distanzierung von bestimmten politischen Spektren und

Personen. Eine Distanzierung von Personen und Gruppen, mit denen wir als RLS in Bremen und bundesweit produktiv zusammengearbeitet haben (durch Veranstaltungen, Publikationen, in der Projektförderung, ja selbst auf der Ebene des Studienwerkes/der StipendiatInnen). Es ist ein Kniefall vor dem absichtsvoll medial produzierten Bild der »sinnlosen Gewalt« und der »unkontrollierbaren Horden«, den wir für politisch falsch halten.

Es steht dem martialischen Verhalten der Polizei zu unkritisch und relativierend gegenüber (Zitat aus dem Papier von Peter Strutynski: »Eine einseitige Schuldzuweisung für die eingetretene Situation in Rostock an die Adresse des »schwarzen Blocks« halte ich (...) für verkürzt« [<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/g8-2007/gewalt.html>]).

Es war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung (und es war mehr als offensichtlich, dass es ganz schnell veröffentlicht werden sollte) eine aktive Aufkündigung des bis dahin bestehenden Konsenses der gemeinsamen Aktion und trug so bewusst zur Isolierung »der Autonomen«, aber auch – und dies ist gravierender – des Spektrums von »Block G 8« und all derer, die sich nicht auf das Abhalten von Kongressen im Saale konzentrieren wollten, bei. Ähnlich sieht es auch der BUKO, wenn er schreibt: Was der Staat im Vorfeld nicht geschafft hat – die Spaltung der Bewegung – sollten wir nun im Nachhinein nicht selbst vollstrecken« [<http://www.buko.info/aktuell/gewaltdebatte.htm>]

Bremen 22. Juni 2007

Literatur

- »Den Anspruch haben, nicht blöd zu werden«, Interview mit Geronimo. In: junge Welt, 16. Juni 2007.
- autonome I.u.p.u.s gruppe: Lichterketten und andere Irrlichter. Texte gegen finstere Zeiten; Berlin/Amsterdam 1994.
- Lutz Brangsch/Michael Brie: »In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele. Eine gescheiterte Strategie«, rls-Standpunkte 9/2007.
- John Doe: Ins Schwarze treffen! In: jungle world, 13. Juni 2007.
- Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen. Berlin/Amsterdam 1995 (4. überarb. Auflage).
- Graue Zellen Westberlin: Die Verkehrung des Subjekts von der Klasse auf die Partei und autonome Bewegung, in: Kraushaar 1983, S. 47-56.
- Bernd Hüttner: Pfeifen im Keller. Stand, Bewegung, Differenzen und Aussichten linksradikaler Politik In: Forum Wissenschaft, Heft 4/1998, S. 44-49.
- Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Was sollen die Grünen im Parlament?, Frankfurt/Main 1983.
- Redaktion atomexpress (Hrsg.): ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen 1997.
- Hop Sing & Trinity: In der Sackgasse. In: junge welt, 11. Juni 2007 (www.gipfelsoli.org/Presse/Heiligendamm_2007/Texte_danach/2911.html; 20.10.2007).
- Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Hamburg/Berlin 2002.
- Elke Steven: Ziviler Ungehorsam. In: Ulrich Brand u. a. (Hrsg.): ABC der Alternativen, Hamburg 2007.
- Mark Terkessidis: Inhalte? Welche Inhalte? In: taz, 7. Juni 2007.
- Klaus Viehmann: Militanz. In: Ulrich Brand u. a. (Hrsg.): ABC der Alternativen, Hamburg 2007.

Einige autonome (ex-)StipendiatInnen

»Oops! We did it again.« Demo und Riots in Rostock am 2. Juni 2007 aus autonomer Sicht

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung streitet sich zuweilen. Das finden einige von uns interessant, weil auch wir nicht im luftleeren Raum Politik machen, sondern uns mit unseren Aktionen, Kämpfen und Versuchen, ein anderes Leben auch unter den beschissenen hiesigen Verhältnissen schon mal anzufangen, natürlich an anderen linken Ansätzen orientieren oder gar punktuell, kampagnenförmig, persönlich und sonstwie mit anderen Linken zusammenzuarbeiten. Wir sind unterschiedliche Menschen aus der radikalen Linken, die wie viele, auch unterschiedliche Meinungen und Ansichten zu den Rostocker Ereignissen haben. Eines haben wir aber alle gemeinsam: den Willen zum Widerstand, der in seiner praktischen Ausführung mit den unterschiedlichen Ausdrucksformen von uns allen respektiert wird. Öffentliche Denunziation und einseitige Schuldzuweisung sind nicht unsere Mittel. Wir fanden die Diskussionsveranstaltung der RLS daher als Reaktion auf und Umgang mit dem Brie/Brangsch-Papier interessant. Wir saßen im Publikum, und einzelne haben sich beteiligt. Daher steuern wir auch einen Text¹ zur Dokumentation dieser Veranstaltung bei, um die Leute und ihre Position zu repräsentieren, die die Auseinandersetzungen am 2. Juni getragen haben. Damit nicht *wieder* nur *über* etwas *verhandelt* wird.

»I wear the black for the poor and beaten down...
(And) for the prisoner who has long since served his time.« – Johnny Cash

Die Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock

Die Demo am 2. Juni in Rostock war ein Erfolg. Nicht trotz, sondern wegen des schwarzen Blocks und der massiven Gegenwehr aus den unterschiedlichen Blöcken der Demonstration. Die massenhafte Vermummtheit, die Auseinandersetzungen mit den Bullen, die Vertreibung polizeilicher Kamera-Schnüffler und der Angriff auf die Sparkasse etc. brachten unsere Kritik an den herrschenden Verhältnissen und unsere Ablehnung des offiziellen G8-Treffens unmissverständlich

1 Der vorliegende Text geht auf einen Debattenbeitrag von August 2007 zurück, unser sogenanntes »Cash-Papier«. Wir haben es für die RLS-Debatte leicht überarbeitet. Vor allem haben wir dort gekürzt, wo es uns um Kritik an Positionen und Statements ging, die inhaltlich kaum etwas mit denen des Brie-Brangsch-Papiers und der Debatte in der RLS zu tun haben.

zum Ausdruck. Hier ging es einer ganzen Menge Menschen nicht darum, mit den Herrschenden »in Dialog zu treten«, »gehört zu werden« oder um »konstruktive Kritik« (d. h. mitmachenwollen bei der Organisation der Kapitalverwertung). Die Riots von Rostock waren eines der wenigen nicht integrierbaren oder irgendwie umdeutbaren Zeichen gegen das Treffen der selbsternannten Herrscher der Welt. Hier wurden Symbole des kapitalistischen Systems angegriffen, ob es nun Banken oder Bullen sind, um »Nein« zu sagen, »Nein« zu einem ungerechten und unterdrückenden Weltwirtschaftssystem, das mit Staats-Gewalt durchgesetzt und aufrechterhalten wird. »Den Kapitalismus angreifen« – dieses Motto wurde am 2. Juni 2007 tatkräftig umgesetzt – als unversöhnliches Zeichen, getragen von vielen internationalen, autonomen, linksradikalen und anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen. Dabei waren »wir« nicht *nur* die Menschen aus organisierten kleinen oder größeren Zusammenhängen, am Samstag haben *viele* Leute wütend zum Stein gegriffen.

Der Riot war nicht nur als Ausdruck von Wut gegen die Arroganz der Macht, die vor dem Hintergrund zunehmender staatlicher Repression, wie der Razzien am 9. Mai 2007, massiven Eingriffen in das Demonstrationsrecht vergangener Jahre wie Vermummungsverbot, Videoüberwachung, Polizei-Sonderkommandos zur Festnahme, Seitentransparent-Auflagen, Vorkontrollen, Wanderkessel, usw. zu sehen ist, sondern machte den Widerstand unkalkulierbarer für den Polizei- und Staatsapparat. Dieses Zeichen verfolgte das strategische Ziel, große Zusammenkünfte der Herrschenden (WTO, G8, IWF) zu behindern, effektiv zu blockieren und letztendlich zu verunmöglichen. Als unmittelbares Ergebnis, bzw. auch aufgrund der militanten Auseinandersetzungen bei der WTO-Konferenz in Seattle 1999, der IWF/Weltbank-Tagung in Praha 2000 und dem G8-Gipfel in Genova 2001, entschieden die G8-Staaten unserer Meinung nach, die weiteren G8-Gipfel fernab großer Städte und Metropolen abzuhalten, in ländlichen Regionen mit vermeintlich schwächer ausgeprägten Widerstandspotenzialen. Können wir den Widerstand an Massivität und Intensität in den nächsten Jahren aufrechterhalten, werden G8-Treffen vielleicht nur noch im Hochgebirge, in der Antarktis oder virtuell stattfinden können.

Massenmilitanz, bürgerliche und sozial-demokratische Distanzierungsreflexe

Viele Militante haben sich dem von der »Interventionistischen Linken« (IL) organisierten »make capitalism history«-Block angeschlossen. Dieser Block war als »geschlossener« Schwarzer Block organisiert, für alle autonomen und anarchistischen Gruppen offen. Das Konzept hat im Nachhinein das spätere militante gemeinsame Vorgehen erleichtert bzw. ermöglicht. Zum deutlichen Charakter trugen auch Mobilisierungs-Plakate aus dem IL-Spektrum mit vermummten und behelm-

ten DemonstrantInnen als Plakatmotiv bei. Schon während und vor allem nach den Angriffen auf Polizei und Banken gab es verzweifelte Distanzierungsversuche von Vertretern unterschiedlicher Organisationen, die teils die Großdemonstration mit organisiert haben, teils die Blockaden für die kommenden Tage vorbereitet haben. Zusammen mit der offiziellen Presse strengten sich viele an, die militante Widerstandform zu entpolitisieren. Als Resultat der Distanzierungen berichteten die offiziellen Medien ausschließlich über »Gewalt« und die ist selbstverständlich nur legitim, wenn sie vom Staat ausgeht. Letztendlich ist das ein altbekanntes Spiel und von Spiegel, FAZ und TAZ ist auch nichts anderes zu erwarten. So wurde die inhaltliche Aussage »make capitalism history« in den folgenden Tagen medial völlig verschwiegen. Der Distanzierungswahn von einigen Attac SprecherInnen war für uns nicht weiter verwunderlich. Viel wichtiger für die Debatte ist, dass die Attac-Basis den Spaltungs-Versuch von Peter Wahl, Pedram Shahyar und Sabine Leidig vom Attac-Koordinierungskreis am Montag beim Attac-Plenum auf dem Rostock-Camp zurückwies, die eine eigene Attac-Blockade in Abgrenzung zu Block G8 und in völliger Absprache mit der Polizei durchzusetzen versuchten. Diese Spaltung wurde von den BasisaktivistInnen verhindert. Ähnliche Kräfteverhältnisse sehen wir auch in der RLS: Spitzenfunktionäre distanzieren sich, bei der Basis und der einfachen Mitarbeiterschaft rumort es und es findet eine Diskussionsveranstaltung statt, in der die Meinungen sich wesentlich differenzierter darstellen als in der Erklärung von oben. Was auf den ersten Blick wie eine Basis-Führungs-Problem aussieht, ist komplizierter. Die RLS ist nun mal kein linksradikaler Organisationsansatz. Zunächst hat ein Teil der RLS-Basis viel rechttere Positionen als die meisten »Spitzenfunktionäre«, vielleicht ging der politische Riss quer durch die Bereiche, politischen Richtungen und Statusgruppen. Vor allem Letztere haben offensichtlich unterschiedliche Möglichkeiten sich zu artikulieren. Ein Großteil der MitarbeiterInnen incl. der Leitungen haben die Samstags-Ereignisse wohl nicht als legitime oder (zum gegebenen Zeitpunkt) geeignete Widerstandsform gesehen. Einige (bei über 90 Beschäftigten vielleicht ein Dutzend?) wenige kritisier(ten) diese Position, wie sie eben im Brie/Brangsch-Papier prominent und zugespitzt formuliert wurde und kümmerten sich in der Konsequenz um die Veranstaltung. Unter den Veranstaltungsbesuchern befanden sich dann nach unserem subjektiven Eindruck überdurchschnittlich viele mit diffus autonom/linksradikalem Hintergrund und unterschiedlichen Verbindungen zur Stiftung, die vielleicht einfach mal sehen wollten, ob und wie solidarisch die Stiftung in einer derart polarisierenden Frage agiert – womit wir bei der nächsten nicht haltbaren Vereinfachung wären: Stiftungsumfeld vs. -beschäftigte.

Gezeigt hat sich auf jeden Fall, dass das Vermeiden der Militanzdebatte im Orgakreis der Großdemonstration und darüber hinaus nicht geschickt war. Dies gilt insbesondere auch für uns Autonome. Das Ringen um ein Minimum an gesellschaftlicher Akzeptanz für militante Widerstandsformen ist ein wichtiges diskurs-

politisches Feld für eine herrschaftskritische Bewegung, die in ihrem Kampf auch über Diskurspolitik hinaus praktisch werden will. Und der Kampf um die Anerkennung militanten Widerstands ist immer gleichzeitig auch der Kampf um die Anerkennung der brutalen Gewaltförmigkeit der Verhältnisse selbst. Ein sich selbst ernst Nehmen im Gerede um das rassistische Grenzregime, die gnadenlose Kapitalverwertungslogik und die Angriffskriege bedeutet eben auch militanten Widerstand – dort wo dieser symbolisch oder praktisch wirksam und vermittelbar ist. Im konkreten Fall der Rostocker Riots geht es wohlgemerkt immer noch um einen symbolischen Kampf. Steine auf Schaufensterscheiben oder schwer gepanzerte Bullen bedeutet nicht, den Kapitalismus zu zerschmettern. Es ist ein unveröhnliches Zeichen an ein menschenverachtendes System. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Besser gemeint, aber letztlich auch distanzierend ist »die Bullen haben angefangen«

Wir wissen, dass die Polizei viele Möglichkeiten zur Manipulation besitzt und diese auch einsetzt: Agents Provocateurs, direkte Angriffe wegen Lappalien (schwarzes Basecap, oder schwarzes Tuch) oder irgendwelche konstruierten Vorgänge. Alles so geschehen in Rostock. Dazu kommen noch Medien, die zunächst fast ausnahmslos jede noch so dummdreiste Bullenlüge sofort verbreiten: Auf der Großdemo hätte es 400 verletzte Bullen, davon 30 Schwerverletzte gegeben – später stellte sich heraus: es waren 30, davon 2 Schwerverletzte, angebliche Säureattentate von der Rebel Clowns Army auf einzelne Bullen, in Wahrheit war es Seifenwasserlösung, mit denen Seifenblasen gepustet wurden. Auch dementierte die Polizeileitung den Einsatz von Agents Provocateurs während des Gipfels, Zitat vom Pressesprecher der Polizei »es gibt keine BeamtInnen in Zivil auf Demonstrationen«, schon am gleichen Tag tauchten mehrere Videos auf, die einen Bremer Polizeibeamten ganz in Schwarz als Zivilbullen enttarnten. Es gibt noch mehr Beispiele, doch dass die Bullen uns oft angreifen, darf jedoch nicht bei jeder Demo als (alleinige) Begründung für militanten Widerstand herangezogen werden.

Wir müssen uns nicht entschuldigen, wenn wir das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen. Wir wollten angreifen und haben es in Rostock auch getan, auch wenn Ort und Zeit so nicht von uns gedacht waren. Wir wären auch nicht die ersten, die gute Gründe für einen solchen Angriff liefern. Sie bleiben hier nur angedeutet, nicht zuletzt aus Platzmangel. Bereits bei den Protesten gegen die WTO-Tagung 1999 in Seattle, auf die sich ja so viele aus der anti-globalisierungskritischen Bewegung beziehen, hat eine anarchistische Gruppe, das ACME Collective, am 4.12.1999 in einem so genannten »Black Block Communiqué« unter dem Titel »Peasant Revolt« detailliert dargelegt, warum es notwendig und legitim war (und ist - können wir ergänzen), in (nicht nur in) Seattle kapitalistische Symbole anzu-

greifen und Scheiben multinationaler Konzerne wie etwa Bank of America, US Bancorp, GAP, Starbucks, Mc Donalds, Nike Town und Levis etc. einzuschmeißen.

Endlich mal konstruktive Kritik

Wichtiger als die Distanzierungswelle müssen für uns andere Kritikpunkte sein. Ja, es lief nicht alles gut in Rostock. Schön wäre es zum Beispiel gewesen, wenn sich der »make capitalism history«-Block nicht am Ende der Demonstration und noch vor dem Angriff der Berliner Einsatzhundertertschaften aufgelöst hätte, sondern sich geschlossen, und vor allem entschlossen, in Richtung Innenstadt bewegt hätte. Hier hätte es ausreichend Ziele und Angriffspunkte, Repräsentationen und Stützen der herrschenden Verhältnisse, gegeben und andererseits wären »Unbeteiligte« weniger gefährdet worden. Aber anscheinend war das nicht geplant oder gewollt. Viel später gab es dann den erneuten Versuch von einigen hundert Vermummten in die Innenstadt zu ziehen, was allerdings nur bis zur ersten Bank geklappt hat, die dann auch gemasht wurde. Hier fehlte im Nachhinein ein erneuter Treffpunkt, um weiter zu ziehen.

Der Angriff auf das einzelne Polizeifahrzeug ist in dieser Form zu hinterfragen (<http://www.youtube.com/watch?v=yDqThVpu1AM>). Viele Militante kritisieren, dass, nachdem die Scheiben des Bullis eingeschlagen wurden, mit Steinen und Stangen die beiden unbehelmten und ungeschützten Polizisten, die vorne im Fahrzeug saßen, angegriffen wurden. Zumindest ein Teil von uns vertritt die Auffassung, dass mit der Inkaufnahme schwerer körperlicher Verletzungen eine Grenze legitimer Militanz überschritten worden ist, weil es nicht unser Ziel sei, Polizeibeamte (schwerer) zu verletzen.

Beim anschließenden Riot im Stadthafen von Rostock wurden viel zu viele GenossInnen und zum Teil auch Unbeteiligte von eigenen Flaschen und Steinen getroffen und verletzt. Wir müssen Wege finden, Leute nicht durch Würfe aus den hinteren Reihen zu verletzen. Alles andere zeugt nicht eben für die »kollektive Intelligenz der Straße«. Für Leute, die keinen Bock auf diese Konfrontationen haben, muss ein geordneter Rückzug möglich sein. Zu einer verantwortlichen Militanz gehört aber auch, die Flaschen am Vorabend auszutrinken und nicht erst auf der Demo.

Berechtigte Kritiken (ob in der Form solidarisch oder diffamierend ist da fast egal) müssen wir ernst nehmen. Aber wir sollten sie als Anlass für eine bessere militante Organisation nehmen. Wir müssen uns eingestehen, dass wir noch nicht weit genug sind mit der Organisation wirklich verantwortlicher Militanz. Dies ist schwer und war in Rostock umso schwerer, waren wir doch alle ziemlich überrascht, wie viele wir auf einmal waren. Mangelnde Erfahrung soll aber kein

Grund sein, militante Demos ganz zu lassen. Vielmehr ist eine neue Demokultur nötig, um Militanz 1. akzeptierter, 2. sicherer für alle und 3. erfolgreicher zu machen. Und dies kann nur geschehen, wenn sich nachher nicht nur gebrüstet wird »ich war dabei und dann hab ich dem Bullen...«, sondern es braucht eine Auseinandersetzung über Militanz und die kann zum Beispiel durch solche Texte, bei der Vorbereitung der nächsten Demo, etc. geschehen. In Berlin hat sich im zweiten Halbjahr 2007 ein autonomes Plenum zusammengefunden, das sich u. a. das Thema Demokultur als zentrale Aufgabe vorgenommen hat.

Schwerter zu Pflugscharen, Steine zu Botschaften ...

Nicht nur die Aktionen selber müssen besser organisiert werden, sondern auch deren Vermittlung. Das Dictum von der »Propaganda der Tat« mag stimmen, wenn es gelingt Symbole kapitalistischer Herrschaft anzugreifen. Manchmal, so auch in Rostock, stimmt es nicht. Wir haben es nach Samstag nicht geschafft, die Legitimität von militantem Widerstand gegen die gewalttätigen, staatlichen und kapitalistischen Verhältnisse zu vermitteln. Dies hat mit Sicherheit auch viel mit möglicher Repression zu tun.

So gab es zahlreiche Interview-Anfragen, eine/n am Riot Beteiligte/n vor die Kamera zu bekommen. Die Möglichkeit, über die Medien unsere Beweggründe und Inhalte zu vermitteln, hat bestanden, aber es fehlten im Allgemeinen die Leute, die sich das entweder getraut oder gar gewollt hätten.

Letztendlich tauchen nur die alt-bekanntesten Gesichter in den Medien auf, deren Stellungnahme zwar eine Wohltat nach der Medienhetze war, die allerdings nur allein und ohne einen Gruppenzusammenhang abgegeben wurde. Wir halten es prinzipiell für sinnvoller, kollektiv diskutierte Meinungen von Gruppen und Zusammenhängen zu verbreiten anstatt dass sich Einzelne, zumeist auch noch Männer, mit ihren eigenen Einschätzungen profilieren. Das ist zumindest unser Ansatz einer antagonistischen Bewegung. Das Ziel ist es gemeinsam die Ereignisse von Rostock auszuwerten und zu veröffentlichen und dies nicht einigen selbsternannten oder auch ernannten Sprechern zu überlassen.

Das ist leider sehr durchgängig geschehen. Selbst das interventionistische Zentralorgan »analyse und kritik« hat meist nur männlichen Einzelpersonen Raum für Statements und Einschätzungen gegeben: über Sven Giegold (ATTAC), Olaf Bernau (no lager), Thomas Seibert (IL), Christoph Kleine (IL), Michael Kronawitter, Tim Laumeyer (ALB), Ulrich Brand (BUKO), Dario Azzellini (FELS) bis hin zu Raul Zelik u. Geronimo. Das ist für uns ein Rückschritt. Ebenso scheint die Tatsache, dass vornehmlich Männer sich äußern durften bzw. wollten, weder Zufall noch ein Ausdruck von reflektierten antipatriarchalen Diskussionen zu sein. Wir wollen das nicht pauschal allen unterstellen, denken jedoch, dass es an der nötigen Sensibilität diesbezüglich zumindest gemangelt hat.

Letztendlich müssen wir uns aber auch an die eigene Nase fassen. Dass es zu Riots kommen würde, haben wir nicht nur gehofft, sondern auch gewollt. Die mediale Reaktion war vorhersehbar. Mit unserem Nichtverhalten haben wir den Sprechern von NGOs, Attac und der IL das Feld überlassen, was zu Distanzierungen geführt hat. Diesem Dilemma müssen wir uns stellen, Diskussionen über Vermittlung von militanter Praxis auf Demonstrationen und den Umgang mit den Medien sind hier dringend notwendig.

Dress for the moment

Zum Schluß sei noch Ulrich Brands Vermutung bestätigt – auch wenn er es nicht wissen will: »Ich vermute (ich weiß es nicht und will es auch nicht wissen!), dass Menschen im Schwarzen Block mitlaufen und vielleicht sogar agieren, die sich ansonsten in ähnlichen politischen Zusammenhängen bewegen wie viele der anderen Demonstrations-TeilnehmerInnen«. Militant sein auf Demos begründet keine Identität – sollte es zumindest nicht – sondern ist eine Aktionsform mit Stärken und Schwächen wie jede andere Aktionsform auch. Manchmal ist sie nützlich, manchmal nicht. In Rostock war sie nützlich, um dem G8-Widerstand eine unversöhnliche Note zu geben.

Für einen emanzipatorischen militanten Widerstand.

Hegemonie statt Militanz. Zum Verhältnis von Gewalt und emanzipatorischer Politik

»Wir wollten angreifen und haben es in Rostock auch getan.«¹ So heißt es in einer Auswertung der Demonstration gegen den G8-Gipfel '07 aus dem autonomen Milieu. Hier wird öffentlich ausgesprochen, was Kennern der Szene ohnehin bekannt war. Aber mit der Klarstellung aus berufenem Munde ist das Wunschdenken, das die Gewalttätigkeiten bei der Rostocker Demo gern alkoholisierten Hooligans,² der Polizei oder Provokateuren zugerechnet hätte, gründlich blamiert. Die These, die Polizei habe angefangen, wird von jenen, die es wissen müssen, sogar als eine Variante von Distanzierung – in diesen Kreisen eine besondere Verwerflichkeit – zurückgewiesen: »Besser gemeint, aber letztlich auch distanzierend ist ›die Bullen haben angefangen‹.«³

Aber anders als bei jenen, die bagatellisiert, geleugnet oder verdruckst abgelenkt haben, gibt es in der autonomen Szene immerhin auch selbstkritische Stimmen: »Viele Militante kritisieren, dass, nachdem die Scheiben des Bullis eingeschlagen wurden, mit Steinen und Stangen die beiden unbehelmten und ungeschützten Polizisten, die vorne im Fahrzeug saßen, angegriffen wurden.«⁴

Die Identifikation mit den Gewaltakten in Rostock ist keine Einzelstimme, sondern findet sich quer durch die Szene, so z. B. auch bei der Antifaschistischen Linke Berlin (ALB), eine der einflussreichsten Gruppen im autonomen Lager: »Die militante Auseinandersetzung mit der Polizei am Ende der Demonstration war ein Moment, der für eine Botschaft des Dialogs nicht zu vereinnahmen war. Sie sorgte für eine unmissverständliche Absage an die Vorstellung von einer an die G8 appellierenden Bewegung.«⁵ Allerdings bleibt dabei unklar, ob die ALB

1 Demo 2.6. in Rostock aus autonomer Sicht; United Colors of Resistance, August 2007; <http://dissentnetzwerk.org/node/3784>

2 So z. B. Christoph Kleine, Sprecher der *Interventionistischen Linken* und von Block G8: »Es war eine wilde Mischung aus Hooligans, Jugendlichen aus der Gegend und Leuten aus dem Ausland« (Die Welt 4.6.07). Die »*Interventionistische Linke*« ist ein loses Netzwerk von autonomen und sich als linksradikal definierenden Gruppen und Personen. Die Initiatoren hatten die Absicht, nach dem Vorbild der italienischen *Postautonomia* die politische Isolation der anarchistisch-autonomen Strömungen zu überwinden, interventionsfähig zu werden und an soziale Bewegung und das offizielle Parteiensystem anzudocken. In Italien bezog sich letzteres auf die *Rifundazione Comunista* in Deutschland auf die *Linkspartei*. Allerdings zeigte sich nach der Demo in Rostock, dass die Mehrheit der IL nach wie vor den traditionell anarchistischen Politikmustern verhaftet ist.

3 Demo 2.6. in Rostock. A. a. O.

4 Ebenda.

5 The G8-Protest. // Der G8-Protest. Erste Bilanz der ALB. 27.06.2007. Antifaschistische Linke Berlin www.antifa.de/cms/content/view/586/32

als solche selbst ein Akteur des Angriffs war, oder nur nachträglich auf den Zug aufgesprungen ist.

Die Steinwürfe, die in Rostock die Gewaltspirale in Gang setzen, waren also kein Zufall. Sie waren auch kein singuläres Ereignis, sondern Bestandteil einer langfristigen, durchdachten und zielgerichteten Strategie, deren Ziel es ist, Akzeptanz für Militanz in der Linken zu schaffen und politischen Protest und soziale Bewegung für einen Einstieg in eine Strategie der Militanz zu instrumentalisieren.

Aber bevor wir auf diese Strategie näher eingehen, zunächst einige Anmerkungen zum Gewaltbegriff.

Keine abstrakte Gewaltdiskussion

Im Folgenden wollen wir uns auf die Frage konzentrieren, ob eine solche Strategie emanzipatorischer Politik in Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts nutzt oder schadet. Das heißt, es geht ausdrücklich nicht um eine unhistorische Gewaltdiskussion, losgelöst von unseren Zeitumständen, in denen einzig wir politisch handeln können. Das heißt, es geht nicht um die moralische und politische Legitimität der Bombenattentate des Grafen Stauffenberg und Georg Elser auf Hitler, weder um Verteidigungskriege noch um den Sklavenaufstand des Spartakus oder den Sturm auf die Bastille. Ebenso wenig geht es um Randalen in den Pariser Vorstädten, um Hungerrevolten in einem Entwicklungsland, um Che Guevara, individuelle Notwehr oder Art. 20. Absatz 4 des Grundgesetzes.⁶ Und es geht auch nicht um eine imaginäre Situation, in der 50 Millionen Deutsche gegen die herrschenden Verhältnisse revoltieren. Was hier interessiert, ist die Frage, ob der Einsatz von Gewalt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine rationale, planvolle Strategie der Linken sein kann.

Dabei wird ein enger Gewaltbegriff zugrunde gelegt, der physische Gewalt gegen Personen und/oder Sachen meint. Dabei ist klar, dass Gewalt gegen Personen – juristisch formuliert: Freiheitsberaubung, Geiselnahme, Raub, Körperverletzung, Totschlag oder Mord – sowohl aus ethischen wie aus politischen Gründen unvergleichlich schwerer wiegt als gegen Sachen. Diese Unterscheidung findet sich auch im juristischen Umgang mit Gewalt, wo dann von *Sachbeschädigung*, *Vandalismus*, *Brandstiftung* etc. die Rede ist.

Physische Gewalt ist auch klar abzugrenzen von struktureller Gewalt. Zwar ist es unabdingbar für emanzipatorische Politik, den Zwangscharakter des Kapitalismus und anderer Strukturen von Herrschaft aufzudecken. Schon Marx sprach von der »stummen Gewalt der ökonomischen Verhältnisse« und Brecht hat den gleichen Gedanken in eine schöne Metapher gegossen: »Der reißende Fluss wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig.«

6 »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«

Gewalt *auch* als gesellschaftliches Verhältnis zu fassen, ist legitim und sinnvoll. Aber eben auch, d. h. als etwas Unterschiedenes, etwas qualitativ anderes als physische Gewalt.

Denn es ist nun einmal ein erheblicher Unterschied, ob sich patriarchale Gewalt darin äußert, dass Eltern ihr Kind mit Belohnungen und nicht-physischen Bestrafungen zu Gehorsam bringen, oder ob sie das mit Prügel erzwingen. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ein Ehemann die traditionelle Rollenteilung lebt, oder ob er seine Frau schlägt oder vergewaltigt. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ich als *working poor* bei *Lidl* an der Kasse sitze, oder ob ich mit dem Bajonett im Kreuz Zwangsarbeit verrichte.

Diese Differenz gilt auch für »strukturelle Gegengewalt«. Es ist ein gewaltiger (!) Unterschied, ob Lokführer streiken, um ihre Forderungen durchzusetzen, oder ob sie Mehdorn zur Geisel nehmen und entführen. Es führt theoretisch, moralisch und politisch in eine Sackgasse, wenn in der Nacht eines uferlosen Gewaltbegriffs alle Katzen grau werden und die Kürzung von Taschengeld mit der Tötung von Menschen in einen Topf geworfen wird.

Wegen der existentiellen Bedeutung physischer Gewalt stand der Schutz vor dieser Gewalt auch immer an der Spitze der Programmatik emanzipatorischer Bewegungen. Und findet sich in allen demokratischen Verfassungen. Die Würde des Menschen besteht an erster Stelle in der Unverletzlichkeit seiner Person. Von der Erklärung der Menschenrechte der französischen Revolution über die UN-Menschenrechtserklärung bis zum Grundgesetz finden wir das Prinzip: »*Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.*« (Art. 2,2 GG) In Zeiten, in denen selbst Folter wieder salonfähig zu werden droht, sollte uns die Kostbarkeit dieses Prinzips besonders bewusst sein.

Was ist Militanz?

Der Begriff *Militanz* kommt aus dem Lateinischen *militaris*, d. h. das *Militärische betreffend, soldatisch, kriegerisch*. In der aktuellen deutschen⁷ Diskussion unter Befürworten von Militanz wird der Begriff allerdings deutlich vom Militärischen abgegrenzt. »*Eine militante Praxis ist von der einer bewaffneten Struktur – wie einer Guerilla oder Miliz – zu unterscheiden*« heißt es in einer Art theoretischem Text einer Gruppe aus der militanten Szene, der *RAB (Revolutionärer Aufbau Berlin)*, der im Januar vor dem G8 erschien.⁸

Dabei werden verschiedene Kriterien entwickelt, anhand derer man Militanz von militärischem Kampf unterscheidet, so z. B. durch:

7 Im Französischen und anderen romanischen Sprachen, bedeutet *militantisme* lediglich aktives politisches Engagement, z. B. die Mitarbeit in einer Partei oder einem Verband. Ein *militant* ist ein Aktivist.

8 Militanz und G8 Gipfel in Heiligendamm 2007. *Interim Nr. 648 – 18. Januar 2007* In: protest.wide Militanz und G8 Gipfel in Heiligendamm 2007 <http://home.arcor.de/g8-broschuere/brosch.html>

- unterschiedliche Instrumente, d. h. bei Militanz ist das z. B. der Brandsatz, beim bewaffneten Kampf kommen Schusswaffen zum Einsatz, oder
- unterschiedliche Organisierung der »Kämpfer«. Während die Militanten in ihrem familiären, sozialen und politischen Zusammenhängen bleiben und nur ihre militante Aktion klandestin (geheim, im Untergrund) durchführen, setzt der militärische Kampf das vollständige Abtauchen in den Untergrund und die Illegalität sowie eine entsprechende Logistik (Wohnungen, Rückzugsgebiete etc.) voraus.⁹

Für die militärische Organisierung wird die Zeit als noch nicht reif angesehen. Aber mit der Entwicklung von militanter Praxis wird die Grundlage dafür gelegt, dass Militanz ggf. ins Militärische übergehen kann.

Als Beispiele für militante Aktionen werden u. a. der Anschlag mit Steinen und Farbbeuteln auf das Haus des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern und ein Brandanschlag auf den Hamburger Sitz der *Deutschen Afrika Linien* (DAL) zitiert.

In einer anderen Aufstellung finden sich weitere 26 Aktionen, die als Teil der militanten G8-Kampagne dort dargestellt werden. Sie reichen vom Werfen von Farbeiern bis zu Brandanschlägen. Die Ziele waren u. a. die *Arbeiterwohlfahrt*, das Reihenhaus eines Hartz IV-Kontrolleurs, mehrere Konzernzentralen, das Arbeitsamt Rostock und Brandanschläge auf einen Fiathändler in Berlin (Begründung: Todestages von Carlo Giuliani, der bei den Auseinandersetzungen beim G 8 in Genua von einem Polizisten erschossen worden war), sowie das Gästehaus des Auswärtigen Amtes und das Auto des Staatssekretärs im Finanzministerium, Mirow.¹⁰

Den Brandanschlag auf zwei Fahrzeuge der Bundespolizei in Oranienburg am 15. Januar 2007 betrachten die Autoren der Zusammenstellung als »*militanten Beitrag für eine antirassistische Mobilisierung gegen den G8-Gipfel. ... Die Bundespolizei ist das zentrale ausführende Verfolgungs- und Abschiebeorgan von MigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD. Durch das gezielte Unbrauchbarmachen von Infrastruktur der Bundespolizei kann militante Politik real in die Verfolgungs- und Abschiebemaschinerie der Bundespolizei eingreifen.*«¹¹

Als Akteur für militante Praxis werden die Militante Gruppe (MG) und »*Die Autonomen Gruppen*«¹² angeführt. Die genannten Aktionen seien Teil einer »*militanten Kampagne*«, die zum G8 hinführe. Nach Ansicht der Autoren sei bei dem Anschlag auf das Haus des Ministerpräsidenten der staatliche Rassismus thematisiert worden, bei dem gegen die DAL »*die kolonialistisch-imperialistische Kontinuität in diesem Land.*«

9 Ebenda.

10 Keine Gewalt ist auch keine Lösung. <http://home.arcor.de/g8-broschuere/brosch.html>

11 Ebenda.

12 Damit sind nicht die Autonomen schlechthin gemeint, sondern eine Gruppierung, die sich diese Bezeichnung zugelegt hat.

Neben den inhaltlichen Botschaften verfolgen die militanten Aktionen die Absicht, »einen ›Nachahmungseffekt‹ [zu] befördern und Motivationsschub in der Reihen der revolutionären Linken auslösen.«

In einem anderen, als Interview mit zwei Militanten aufgemachten Text mit ausgesprochen katechetischem Duktus, wird die Kette der Anschläge mit G8-Bezug als Beginn einer weiterführenden Praxis dargestellt. »Einige Gruppen bundesweit haben insgesamt schon Dutzende Anschläge und Aktionen zum G8-Gipfel durchgeführt. Dies ist sicher eine Möglichkeit, außerhalb der direkten Reichweite der Repressionsorgane eigenständig aktiv werden zu können. Daran kann, denke ich, durchaus in der Zukunft angeknüpft werden.«¹³

Wir haben es also nicht mit alkoholisierten Jugendlichen zu tun, mit Hooligans, die Randalen mit der Polizei suchen, um sich einen affektiven Kick zu verschaffen,¹⁴ sondern um eine bewusste, rational kalkulierende Strategie.

Die Wiedergeburt der »Propaganda der Tat« im Medienzeitalter

Deren Protagonisten glauben, mit ihren Aktionen emanzipatorische Ziele, Aufklärung, Gerechtigkeit und Demokratie(sierung) zu erreichen. Und sie wollen Akzeptanz, Nachahmer und Sympathisanten für den Einsatz von Gewalt als legitime Aktionsform emanzipatorischer Politik. Dabei greifen sie Grundgedanken des politischen Anarchismus auf, die im 19. Jahrhundert von Bakunin, Kropotkin, u. a. formuliert wurden.

Der Anarchismus reklamiert für sich, den Kapitalismus konsequent bekämpfen zu wollen. Darin unterscheidet er sich zunächst nicht von sozialistischen, kommunistischen oder anderen linken Strömungen. Auch die heutigen Adepten des Anarchismus – im deutschen Kontext entsprechen ihnen am ehesten die sog. *Autonomen* – sehen sich als besonders konsequente Kämpfer gegen den Kapitalismus. Die entscheidende Differenz zu nicht-militanten Kritikern des Kapitalismus besteht darin, dass der Anarchismus die Anwendung von Gewalt, z. B. Attentate, durch Einzelne und Minderheiten und praktisch zu jedem Zeitpunkt für legitim und sinnvoll hält. Die »Propaganda der Tat« wie Bakunin diese Praxis euphemistisch nannte, sei die wirkungsvollste Form, die bestehenden Verhältnisse anzugreifen. Denn »Nur eine dieser Taten erzielt in nur wenigen Tagen einen wesentlich höheren Propagandaeffekt als tausend Pamphlete«. Militante Autonome würden heute sagen: »Nur ein Steinwurf erzielt eine wesentlich höhere Medienwirkung als tausend Latschdemos.«¹⁵

13 Politische Militanz gestern und heute. Interview zu Perspektiven militanter politischer Praxis und ihrem Verhältnis zur revolutionären Organisierung. In: protest.widerstand.perspektive. <https://dissentnetzwerk.org/node/3858>

14 Obwohl es diese Komponente ebenfalls gibt, so auch in Rostock beim G 8.

15 Gerade beim G8 2007 war diese These allerdings auch empirisch falsch. Wie bei keinem Gipfel auf deutschem Boden zuvor gab es in den meisten Medien eine starke Präsenz der kritischen Stimmen. Attac und andere Gipfelkritiker wurden zur Prime Time gesendet und selbst Vertreter des linksradikalen Spektrums kamen mit wohlwollenden Porträts zum Zuge, so C. Kleine im Springerblatt *Welt am Sonntag* und T. Seibert in der *ZEIT*.

Als Leitmotiv anarchistischer Politik zieht sich dieser Gedanke durch die Geschichte des späten 19. und des 20. Jahrhunderts. In der Bundesrepublik war die RAF die Verkörperung dieses Politiktyps. Auf sie beziehen sich auch die heutigen Militanten: »*Ein wichtiger Bezugspunkt dabei – und bis heute wohl die bekannteste kämpfende Organisation in der BRD – ist die RAF.*«¹⁶ Was damals unter der Parole »*Was sind ein paar verbrannte Matratzen gegen ein von Napalm verbranntes Kind*« zunächst mit Gewalt gegen Sachen, d. h. mit Militanz im oben definierten Sinne begann, wie die Brandstiftung in zwei Frankfurter Kaufhäusern – eskalierte zu einer blutigen Gewaltspirale mit Dutzenden von Toten.

Heute glauben wieder einige Leute in der linksradikalen Szene, die Zeit sei reif, zu derartigen Methoden zu greifen. Dabei gehen sie davon aus, wir stünden vor einer revolutionären Situation: »*Eine objektiv revolutionäre Situation, das heißt, etwas verkürzt gesagt, eine Situation in der sich die Widersprüche zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten stark und nur durch den Sieg der einen oder der anderen Seite überwindbar zuspitzen, ist heute nicht nur im weltweiten Maßstab betrachtet vorhanden. Sie entwickelt sich zunehmend auch in den kapitalistischen Metropolen, dem bisher noch ›ruhigen Hinterland‹ des Kapitals.*«¹⁷

Die Realitätsferne solcher Einschätzung ähnelt auf fatale Weise den grotesken Lagebeurteilungen der RAF.

Die Antiquiertheit der prä-gramscianischen Linken

Politisch konnte die RAF von ihren Zielen nicht nur nichts erreichen, sondern hat, ganz im Gegenteil, einen Rechtsruck in der Gesellschaft provoziert. Sie lieferte den herrschenden Eliten die Vorwände frei Haus, Bürgerrechte einzuschränken und die Bevölkerung im Sicherheitswahn gegen den Terror hinter sich zu einen. Biermann sang 1977 – damals noch durchaus hellsichtig: »*Die Unteren wie die Oberen/Begraben der alte Streit/Es macht sich breit eine dumpfe/Gefährliche Brüderlichkeit.*«

Die politische Wirkung der RAF für emanzipatorische Politik in diesem Lande war eine einzige Katastrophe. Und das gilt auch für vergleichbare Versuche jener Zeit in anderen Industrieländern, wie die Black Panther und die Weathermen in den USA oder die Roten Brigaden in Italien. Auf die Frage »*War die Bewaffnung der Bewegung eine realistische Alternative?*« antwortet einer, der es wissen muss: »*Sie war ein Wahnsinn.*«¹⁸

Überhaupt hat historisch die mit linken Motiven gerechtfertigte Gewalt von Minderheiten nie eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten von Emanzipation erreicht, sondern immer die Gegenseite gestärkt.

16 Politische Militanz gestern und heute, A. a. O.

17 Ebenda.

18 Antonio Negri. *Die Avantgarde gibt es nicht mehr*. Interview im *Freitag*, Nr. 45, 9.1.2007.

Verortet man das anarchistisch-autonome-militante Politikverständnis in der Ideengeschichte der Linken, kommt man zu dem Schluss, dass es in prä-gramscianischen Denken verhaftet ist. Ein Denken, das Herrschaft auf pure Repression reduziert. Tatsächlich geht Herrschaft zumindest im modernen Kapitalismus primär durch die Köpfe der Beherrschten. Sie realisiert sich als Konsens, nicht durch Peitsche und Bajonett.¹⁹ Gramsci hat dafür den Begriff der *Hegemonie* etabliert. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muss daher im Zentrum linker Politik stehen, diese Hegemonie zu brechen, und an deren Stelle emanzipatorische Leitbilder, Wertorientierungen und Alternativen hegemonial zu machen.

Das hat weitreichende Konsequenzen für die Strategie und Praxis, auf die im Einzelnen einzugehen hier nicht der Raum ist. Feststeht aber auf alle Fälle, dass sich die Massen durch Steine auf die Polizei oder das Inbrandsetzen von Autos gewiss nicht dazu aufrütteln lassen, die Ketten des herrschenden Konsenses zu sprengen. Der Schlüssel zum Erfolg bei der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse liegt im Kampf um die Köpfe und die Herzen der Menschen. Militanz ist kein Beitrag dazu, sondern schadet ihm nur.

Die neuen Protagonisten von Militanz haben das noch nicht registriert. Stattdessen sind sie auf die klassischen Formen der Unterdrückung – *Repression* wie es im Jargon heißt – durch Polizei und Geheimdienste fixiert. Sicher gibt es den Druck von Ultras à la Schäuble zum Abbau der Bürgerrechte – von Vorratsspeicherung von Daten über polizeilichen Zugriff auf Computer bis zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Und dieser Druck wächst proportional zum Akzeptanzverlust der herrschenden Politik. Daher ist der Kampf um Demokratie und Bürgerrechte eine permanente Aufgabe emanzipatorischer Politik. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist aber keineswegs entschieden. Dass es dabei auch Erfolge gibt, zeigt der Spruch des Bundesgerichtshofes, der es der Exekutive untersagt hat, die o. g. Brandanschläge auf LKWs der Bundespolizei als Terrorismus nach Paragraph 129a zu verfolgen.²⁰ Wenn man nicht der Vorstellung anhängt, dass das Abfackeln dieser LKWs als »*praktischer Antimilitarismus*«²¹ straffrei zu bleiben habe, wird man das Urteil als Erfolg für Demokratie und Bürgerrechte bewerten müssen.

19 Es ist nicht völlig auszuschließen, dass sich das in einer veränderten historischen Konstellation wieder ändern könnte, und traditionelle Zwangsmittel bis hin zum Militär gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Aber eine historische Gesetzmäßigkeit ist das nicht. Wie die Umbrüche im real existierenden Sozialismus oder das Ende der Apartheid in Südafrika zeigen, sind tiefgreifende gesellschaftliche Umschwünge auch auf friedliche Weise möglich.

20 Auch dass über 1 000 Verfahren gegen G8-Demonstranten eingestellt wurden zeugt davon, dass der Exekutive noch immer rechtsstaatliche Grenzen gesetzt sind.

21 So die *Interventionistische Linke* in ihre abschließenden Auswertung der G8-Kampagne, in der es heißt: »*Zum Schluss ein herzlicher Gruß der Solidarität an die vier verhafteten Genossen, die der .militanten gruppe. (mg) angehören sollen; praktischer Antimilitarismus ist prinzipiell eine gute Sache, erst recht in Zeiten deutscher Bundeswehreinsätze.*« Wenn der Staub sich legt oder: Der richtige Zeitpunkt ist entscheidend. Die Interventionistische Linke zu einigen Aspekten der Anti-G8-Mobilisierung. www.interventionistische-linke.de

Militante und Bewegungsdemokratie

Eine Strategie der Militanz hat nicht nur eine abschreckende Wirkung auf die Menschen, die für emanzipatorische Politik gewonnen werden sollen, sie ist auch bewegungsintern ein Anachronismus. Denn mit dem Hineintragen von Militanz in eine soziale Bewegung diktiert man dieser den Charakter der Aktionsformen, ohne sich der Mühe demokratischer Überzeugungsarbeit unterziehen zu müssen. Eine offene Demonstration, wie die in Rostock, kann sich praktisch nicht gegen die Kaperung durch eine militante Minderheit wehren. Es sei denn, sie würde ihrerseits militant gegen Militante vorgehen, oder sich mit Hilfe der Polizei so abschirmen, dass sie zur Karikatur ihrer selbst würde.

Der Einfluss der Militanten auf die Bewegung ist dabei nicht das Resultat intellektueller, politischer oder zahlenmäßiger Stärke. Sondern so wie beim Judo auch ein Schwächerer mit guter Technik einen Stärkeren durch die geschickte Nutzung von dessen Stärke besiegen kann, so erzielen die Militanten in Wechselwirkung mit dem weitaus stärkeren Staat eine Wirkung, die in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Kraft steht. Militanz verhält sich parasitär zu jenem staatlichen Gewaltmonopol, das zugleich ihre Zielscheibe ist.

Ähnlich verhält sich Militanz zu den Medien, insbesondere dem Fernsehen. Dessen dramaturgischen Bedürfnisse nach Action, Schwarz-Weiß-Schemata von Gut und Böse und die Faszination von Gewalt werden mit spektakulären Bildern bedient, die dann öffentliche Wahrnehmung prägen. Denn Bilder sagen oft mehr als Worte. Auch hier also eine geschickte Judo-Technik. Mit wenig Aufwand viel Effekt. Freilich: anders als im Sport, legen die Militanten nicht den Staat und die Medien aufs Kreuz, sondern die Bewegungen und politischen Proteste, an die sie sich dranhängen.²²

Sie berauben deren Träger ihrer Souveränität über ihrer Aktionsform. Eine Instrumentalisierung und eine Art von Enteignung – durch und durch undemokratisch. Unter dem Vorwand der Pluralität der Aktionsformen wird anderen eine »Aktionsform« als *fait accompli* aufgezwungen, die sie nicht wollen. Steinewerfen, Brandstiftung etc. sind aber keine Aktionsform unter anderen, sondern eine politische und moralische Grenzüberschreitung, mit der man zwangsläufig in qualitativ andere Dimensionen gerät.

Die Anhänger militanter Strategien wissen das. Daher ist das Andocken an friedliche Proteste ausdrücklich Absicht. Angestrebt werden das Zusammenwirken und die gezielte Kombination von Militanz, bewaffnetem Kampf und legalen Aktions- und Organisationsformen. »Diese von der (MG) als *Widerstandsfelder*

22 Allerdings hat dieser Mechanismus beim G8 nicht recht funktioniert. Die Ablehnung von Gewalt bereits prophylaktisch im Vorfeld des Gipfels und deren unzweideutige Verurteilung bei der Demonstration hat die Militanten in der Öffentlichkeit isoliert. Auch die Verfechter von *Law and Order* um Schäuble, die die Proteste gern mit den Gewaltakten in einen Topf geworfen hätten, drangen nicht durch. In den meisten Medien hat sich die Differenzierung zwischen der großen Mehrheit der Demonstrierenden und der kleinen Minderheit von Militanten durchgesetzt.

(z. B. Basisbewegungen, militante Gruppen, Guerilla/Miliz, revolutionäre Partei-Form) bezeichneten (und aufzubauenden) Strukturen können nur in ihrer Dialektik von Eigenständigkeit und Zusammenwirken eine relevante politische Kraft unter bestimmten gesellschaftlichen Voraussetzungen entfalten.«²³

Dabei ist das Zusammenwirken zwischen Militanten und Basisbewegungen nicht nur politisch gedacht. Indem die Militanten sich in einer Aktion, z. B. eine Demonstration oder eine Aktion zivilen Ungehorsams unter die Teilnehmer mischen und dann, wie in Rostock, aus dieser Aktion heraus gewalttätig werden, benutzen sie die anderen als Schutzschild.

Die Reaktion der Polizei ist dann so vorhersehbar wie das Amen in der Kirche. Sie greift ein, oft unverhältnismäßig, Unbeteiligte werden Opfer polizeilicher Gewalt. Die Dramaturgie einer *self fulfilling prophecy*. Das Wesen des Systems ist Repression, heißt es, und jetzt sollen auch jene, die das bisher noch nicht so gesehen haben, per Gummiknüppel, Tränengas und vielleicht sogar Verhaftung diese Sicht der Dinge lernen. Dadurch entsteht, dank des existenziellen Charakters von Gewalterfahrung, vor allem für junge und politisch wenig erfahrene Menschen in wenigen Minuten ein prägendes Erlebnis. Die sich selbst erfüllende Prophezeiung scheint unwiderlegbar eingetroffen zu sein. Die Eskalation der Gewalt, die man selbst ausgelöst hat, bestätigt das autonome Weltbild. Das Manipulative an der ganzen Konstellation bleibt freilich ausgeblendet.

Alles nur ein Randphänomen?

Man könnte nun einwenden, es handle sich bei alledem um eine Randerscheinung, die Militanten seien eine Minderheit ohne politische Ausstrahlung und überhaupt sei doch noch nicht viel passiert. Richtig – aber genau da liegt ein Problem. Durch die Anwendung von Gewalt wird eine große Hebelwirkung erzielt, selbst aus einer extremen Minderheitenposition heraus. Auch die RAF bestand aus nur ein paar Dutzend Leuten, und auch ihr engeres Umfeld umfasste nie mehr als etwa Tausend Personen. Dennoch vermochte sie Schaden in historischer Größenordnung anzurichten. Von daher tut die emanzipatorische Bewegung gut daran, die historischen Lehren daraus zu ziehen und sich einer Neuaufgabe von Anfang an entgegenzustellen.

Dies ist umso notwendiger, als wir gegenwärtig eine erfreuliche Politisierungswelle unter jungen Leuten erleben. Allerdings ist für diese Generation 1968 und die nachfolgenden Auseinandersetzungen über die Gewaltfrage Geschichte. Ihre Politisierung ist Ausdruck des Akzeptanzverlusts des neoliberalen Modells. Die globalisierungskritische Bewegung, der Aufschwung sozialer Bewegungen, der Erfolg der Linkspartei – all das sind Symptome des gleichen Prozesses. Sie zeigen, dass die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich nach links verschieben.

23 Revolutionärer Aufbau Berlin, a. a. O. Interim Nr. 648 – 18. Januar 2007.

Die Machtverheißung von Gewalt

Allerdings: mit dem Triumph des Neoliberalismus ist auch eine Dehumanisierung und Brutalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse einhergegangen. Perspektivlosigkeit, Abstiegs- und Existenzangst greifen um sich und ergreifen selbst die Mittelschichten und junge Akademiker. Insofern ist es nachvollziehbar, dass Wut und Aggressivität zunehmen. Unter Bedingungen, die tagtäglich Ohnmachtserfahrungen produzieren, geht von Gewalt auch immer eine gewisse Faszination aus, weil sie eine Machtverheißung enthält. Gewalt nährt die Hoffnung, statt der langwierigen und oft frustrierenden Mühen der Ebene mit einem Hieb den gordischen Knoten zerhauen zu können, eine einfache Lösung zu finden anstelle der komplizierten Bemühungen Mehrheiten für die eigene Position zu organisieren. In dem Text *Politische Militanz gestern und heute* wird dieser Zusammenhang auch deutlich formuliert: »Das Ohnmachtsgefühl, das man auf so vielen Demos erlebt und ja auch erleben soll, wenn es nach den Cops geht, die Langeweile und empfundene Perspektivlosigkeit der immer gleichen Aktionsformen, war auf einmal durchbrochen.«²⁴

Zwar pflegt das Machtgefühl sich über kurz oder lang als Selbsttäuschung zu erweisen, aber die Anziehungskraft des scheinbar einfachen Weges ist zunächst einmal nicht zu leugnen. Das bestätigt auch eine Umfrage, die das *Zentrum für Kindheits- und Jugendforschung* der Uni Bielefeld unter 3 500 jugendlichen Demonstranten bis 25 Jahre in Rostock durchgeführt hat. Demnach befürworten z. B. 10 Prozent der Befragten Steine auf die Polizei zu werfen und 5,3 Prozent würden dies auch selbst tun.²⁵

Die Auseinandersetzung führen

Die Spielräume für emanzipatorische Politik haben sich deutlich erweitert, und es bestehen Chancen, dass dies in absehbarer Zeit so weiter geht. Es wäre dumm, sich in einer solchen Konstellation mit einem verschwommenen Umgang mit der Gewaltfrage angreifbar zu machen und seine Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung aufs Spiel zu setzen. Es wäre nicht das erste Mal, dass mit diesem Thema versucht würde, die Linke zu isolieren. Von daher ist die Diskussion über Gewalt notwendig, zumal die Strategen der Militanz selbst offensiv für ihr Konzept werben: »Das Ringen um die Akzeptanz militanten Widerstands ist ein wichtiger Hegemoniekampf in einer antistaatlichen Orientierung.«²⁶

24 *Politische Militanz gestern und heute*, A. a. O.

25 www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,493332,00.html

26 dissentnetzwerk.org/node/3784; Demo 2.6. in Rostock aus autonomer Sicht; *United Colors of Resistance*, August 2007.

Dabei setzt ihre Strategie vor allem auf folgende Punkte:

- die Ausnutzung der berechtigten Empörung über die Zustände in der Gesellschaft, vor allem unter jüngeren Leuten,
- die Verwischung der Differenz zwischen physischer und struktureller Gewalt, und die Rechtfertigung von physischer Gewalt als angebliche Verteidigung gegen den Zwangscharakter gesellschaftlicher Strukturen,
- die Instrumentalisierung der moralisch hochwertigen Rede von der Einheit der Linken, und umgekehrt die Stigmatisierung von Kritik und Abgrenzung gegenüber Militanz und Gewalt als *Spaltung*. Insbesondere jüngere Leute fallen immer wieder auf diese emotional süffige Argumentation herein.

Der Umgang mit Gewalt ist aber nicht irgendein Thema, sondern eine Grundfrage für emanzipatorische Politik. Einen Bündnisautomatismus, eine Verpflichtung oder gar ein Zwang zur Solidarisierung mit Militanz und Gewalt kann es nicht geben. Zumal umgekehrt die »freie Partnerwahl« auch für jenes Spektrum, das Militanz rechtfertigt, eine Selbstverständlichkeit ist. Um die *Einheit der Bewegung* schert es sich – wie bei der Demo in Rostock – nicht im geringsten. Absprachen werden ignoriert, oder man macht sich gar nicht erst die Mühe, sich daran zu beteiligen.

Eine Linke, die die Autonomie über ihre Politik und ihre Aktionsformen behalten will tut daher gut daran, sich offensiv mit der Befürwortung von Militanz auseinanderzusetzen.

Weil die Schlacht länger sein wird

*»nach der Schlacht warn die grünen wiesen rot,
nach der schlacht warn viel kameraden tot
und man stellt sich auf das verbliebene Bein
und man meint, das müsse der Sieg schon sein...«
(Kurt Demmler)*

Und der Sieg der Revolution von 1917 geht unter im Blutbad des russischen Bürgerkrieges der Roten Armee gegen Konservative, Demokraten, gemäßigte Sozialisten, Nationalisten und die Weiße Armee. Rote militärische Gewalt, später der rote Terror, werden zum Mittel der russischen Revolution und bleiben es im Kampf gegen Imperialismus und Krieg, der zunächst das rückständige Russland nach der Revolution in die Zwänge des Kriegskommunismus trieb. Der Raum für Demokratie schwand mit der Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung im Januar 1918 durch die Bolschewiki. »Dieselben Führer«, schreibt Rosa Luxemburg, »die die konstituierende Versammlung gefordert hatten, ließen sie am 6. Januar 1918 auflösen.« Militärrevolutionäre Komitees der späteren Tschecha betrieben die Auflösung aller nicht bolschewistisch dominierten Räte und schlossen Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus dem gesamtrussischen Exekutivkomitee aus. Die Bolschewiki beanspruchte den alleinigen Zugriff auf die Macht.

Das revolutionäre Subjekt war eingehüllt in die Soldatenmäntel der Rotgardisten, der Partisanen vom Armur, der Roten Armee und verblieb dort. Es ging um die Diktatur (nicht die Demokratie) des Proletariats, um die Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, um die historische Mission, die ihren ersten Ausdruck fand in dem »Dekret über den Frieden« und dem »Dekret über Grund und Boden« und dem »Dekret über die Rechte der Völker Russlands«. Mit diesen Dekreten vollzog die Bolschewiki einen radikalen Bruch mit der imperialistischen Politik des Zarismus nach innen und außen. Der Boden wurde zum Allgemeingut erklärt und entschädigungslos zur Nutzung an die Bauern übergeben und die Fabriken der Arbeiterkontrolle. Aber gleichzeitig entstand ein System der Unterdrückung von Widerstand und der Beseitigung Andersdenkender. In der Phase des »Kriegskommunismus« wurden die Bauern, die sich gegen die Beschlagnahmung ihrer bäuerlichen Produktion zur Sicherung der Versorgung der städtischen Bevölkerung zur Wehr setzten, blutig niedergeschlagen, ebenso der Widerstand der streikenden Arbeiter und Soldaten von Kronstadt. Nach dem Tod Lenins 1924 verfestigten sich die Tendenzen zur geschlossenen Diktatur der Machtelite (Nomenklatura) der kommunistischen Partei.

Ja, rot von Blut war die Fahne der Arbeiterklasse nicht nur durch Feindeshand imperialistischer Kriegstreiber. Die Diktatur des Proletariats blieb Diktatur – trotz ihrer unbestreitbaren kulturellen, sozialen und politischen Errungenschaften. Die Sowjetmacht, deren erstes Dekret »Das Dekret über den Frieden« »an alle, an alle, an alle ...« ging, brachte nicht den Frieden ins eigene Land, sondern Krieg gegen wirkliche und vermeintliche Feinde. Tausende von Todesurteilen wurden im Namen der Revolution zur Befreiung der Menschen von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg vollstreckt. Auch wer sich getreu dem Schwur der Rotgardisten als Kämpfer für den Kommunismus verstand, ihn aber menschlich und demokratisch forderte, wurde zum Kritiker, zum Andersdenkenden, zum Feind des stalinistisch werdenden Systems. Wen die Zweifel plagten, weil die wichtigste zivilisatorische Lebensader – die Demokratie – fehlte, musste erzogen, gejagt oder vernichtet werden. »Mit eiserner Hand jagen wir die Menschen zum Glück« stand am Eingangstor des Gulags auf dem Gelände des Solowetski-Klosters bei Archangelsk. Mehr als zwei Millionen Menschen waren Gefangene in den Lagern des Gulags von 1918 bis 1960, Zehntausende starben dort. 690 000 Menschen wurden Opfer der großen Säuberungen von 1936 bis 1938.¹ Es ging dabei nicht um den individuellen Fall, sondern um bestimmte Bevölkerungsgruppen, die als antikommunistisch, antisowjetisch oder als verdächtig eingestuft und verfolgt wurden. Im Namen des Kommunismus ging es um die ungeteilte Herrschaft einer bürokratischen Diktatur. Dieser war *jedes* Mittel recht. Kein Steinewerfer, kein Demonstrant gegen das Unrecht der Sowjetmacht hätte in diesen Jahren überlebt.

All das ist die Pervertierung einer Idee, im Namen eines Kommunismus, die nichts mit der ursprünglichen Marxschen Idee zu tun hatte – den Aufbau einer Gesellschaft in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Wie aber war die Umdeutung dieser Verbrechen, die als »außerordentliche Methoden zur Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität des Staates« als unerlässlich dargestellt wurden und selbst von den Betroffenen so empfunden wurden, möglich? Stand die historische Mission über allem, die jedes Opfer, auch die Selbstaufgabe rechtfertigte? Verurteilte der Moskauer Prozesse in den 1930er Jahren waren bereit – trotz des Wissens darum, dass einem Unrecht widerfuhr – sich der Partei zu opfern, damit diese das »große Werk« irgendwann vollenden konnte. »Jede Revolution braucht ihre Opfer«.

Der Verweis auf die komplizierte außenpolitische Situation, in der sich die UdSSR zur damaligen Zeit befand, kann zur Erklärung nicht ausreichen. Russland und später die Sowjetunion waren *das* Land der Hoffnung, das zunächst *einzig* Land, in dem die historische Mission der Arbeiterklasse sich erfüllen sollte. Alle anderen revolutionären Versuche der Arbeiterklasse in den Ländern West-

1 Jens Mecklenburg und Wolf Wippermann: Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuches des Kommunismus. Hamburg 1998, S. 53.

europas waren gescheitert. Es war eine Art Heilsgewissheit die kritisches, analytisch-dialektisches Denken verdrängte, so wie die Fragen zu den Widersprüchen dieser Entwicklung, zu den Tendenzen der Entdemokratisierung und der Abwendung von humanistischen Idealen wie die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Verdrängt wurden die massenhaften Deportationen der ländlichen Bevölkerung, die die Zwangskollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion ab 1930 begleiteten, um den forcierten Aufbau der Schwerindustrie zu ermöglichen, verdrängt die Auspressung der bäuerlichen Produktion, die 1932/33 zu einer katastrophalen Hungersnot führte. Man wollte nicht wahr haben, dass sich aus diesen Massenverhaftungen und Deportationen das berüchtigte Lagersystem entwickelte, deren System der Zwangsarbeit als Grundlage der beschleunigten Industrialisierung dienen sollte.

Viele haben vieles gerechtfertigt – auch die Moskauer Schauprozesse. Viele schwiegen, die von den Grausamkeiten des stalinistischen Systems erfuhren oder selbst betroffen waren. Jene, die schrieben, blieben verstrickt in Widersprüchen. Die Verwirklichung der »Großen Ordnung« liege »wie ein Alptraum auf dem Volk von Su«, schreibt Brecht in Me-ti, dem Buch der Wendungen. »Das Brot wird mit solcher Wucht ins Volk geworfen, dass es viele erschlägt. Die segensreichsten Einrichtungen werden von Schurken geschaffen, und nicht wenig tugendhafte Leute stehen dem Fortschritt im Wege.«

Das Ausmaß der Verbrechen des stalinistischen Systems begann erst Jahre nach seinem Tod bekannt zu werden. Aber weit, sehr weit war der Weg von der Geheimrede Chrustschows 1956 und ihrer Veröffentlichung im Westen bis hin zum unwiderruflichen Bruch mit dem stalinistischen System, auch für die Linken in Deutschland.

12 000 Menschen wurden bis zum XX. Parteitag der KPdSU 1956 rehabilitiert, und dennoch ahnten die Delegierten dieses Parteitages noch nicht das Ausmaß des Systems, über das jene informierten, die Teil des Systems waren. Folgerichtig beschloss der Parteitag die »Überwindung des Personenkultes und seine Folgen«, nicht die Aufarbeitung der Ursachen und Wurzeln der Entartung zum stalinistischen System. Nicht die Kritik am System, sondern die Kritik an der Person Stalins und *seine* Verbrechen standen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Es wurde nicht danach gefragt, *wie* dieser, dem Sozialismus wesensfremde Kult, sich durchsetzen konnte. Es blieb bei der Konzentration der Macht in den Händen einer bürokratisch-diktatorischen Führungsclique der Partei, der Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der politische Entmündigung der Bürger, der Kriminalisierung Andersdenkender, der Verhinderung von Presse- und Versammlungsfreiheit, der Ausgrenzung der Parteibasis aus den innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Als Objekte der Erziehungsdiktatur (Lukács) verloren die werktätigen Massen ihren Subjektcharakter.

Die Jahrzehnte andauernde systematische Enteignung und Entmündigung, die Deformationen stalinistischen Denkens, die vulgärmarxistische Aneignung des

Marxismus-Leninismus, die Geringschätzung der Würde des Einzelnen hatten Spuren hinterlassen und prägten. Nach Stalins Tod wurden Versuche, den Sozialismus zu reformieren, ihn menschlicher zu machen, brutal niedergeschlagen. Dafür stehen 1956 die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes durch die Rote Armee und die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 mit dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages. Und dazu zählt auch die Fortsetzung der Verfolgung Andersdenkender durch den KGB bzw. den jeweiligen Ministerien für Staatssicherheit als »Schild und Schwert der Partei« bis zum Zusammenbruch des Sozialismus. Bis 1989 wurden Andersdenkende zu Feinden erklärt und Kritik in den Reihen der kommunistischen und sozialistischen Parteien selbst an ihre Ränder oder aus ihr heraus gedrängt, auch in der DDR.

Die weitgehend unterlassene Aufarbeitung des Stalinismus in der DDR richtete sich lediglich auf die Überwindung des Personenkults. Immerhin war es im März 1956 möglich, dass Ernst Bloch auf einer Philosophenkonferenz der DDR zum »Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus« kritisches Verhalten gegenüber den »irrigen Maßnahmen« mit dem solidarischen Festhalten an der Sowjetunion und ihrem Anliegen verband, weil dieses das Anliegen der menschlichen Befreiung selber sei. Nicht viel später begann die Disziplinierung Blochs. Kritiker wie Robert Havemann und andere wurden mundtot gemacht oder ausgewiesen. Noch 1988 wurden über einhundert Menschen verhaftet, weil sie am Grab von Karl und Rosa das Luxemburg-Zitat von der Freiheit des Andersdenkenden trugen.

Andere schwiegen aus falschem Disziplinverständnis über eigene Erfahrungen, schrieben nicht oder wenig, sagte Christa Wolf im Herbst 1989, jenem Herbst, der zum Zusammenbruch eines ganzen Systems führen sollte. Die Bewegung dieses Herbstes stützte sich auf den Widerstand von Künstlern, Schriftstellern, Filmemachern, auf Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirchen (der einzigen, legitim nichtsozialistischen Organisationsmöglichkeit in der DDR), auf den wachsenden Widerstand in den Reihen der Partei, ermutigt durch die Prozesse von Glasnost und Perestroika. Der wachsende Widerstand ließ sich nicht mehr aufhalten, sichtbar in den Montagsdemonstrationen, den Friedensgebeten in der Leipziger Nicolaikirche. Er war überlegen, weil er gewaltfrei blieb – im Gegensatz zum letzten Aufbäumen und brutalen Eingreifen der Staatsapparate der DDR im Oktober 1989, letztmalig im Namen des Sozialismus der DDR.

Die Rede Michael Schumanns auf dem Gründungsparteitag der PDS 1989: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« war die Grundvoraussetzung für einen wirklichen Neubeginn. Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie. Dies war und blieb Grundkonsens der PDS und wurde deshalb zum Teil ihres Namens.

Alles nur Geschichte?

Werden diese Erfahrungen heute noch gebraucht, da es die neue politische Linke und neue soziale Bewegungen gibt?

Die Gefahr der Entdemokratisierung linker Parteien und Bewegungen bleibt Thema der Linken, nicht nur der Parteien. Bereits 1911 sprach Robert Michels im Zusammenhang mit Parteien vom »ehernen Gesetz der Oligarchie«, von Tendenzen des Bürokratismus und Zentralismus, vom Kampf zwischen den Führern um die Macht, vom allmählichen Verschwinden des revolutionären Ursprungs sozialistischer Parteien. Es ist keineswegs eine unbekannte Erscheinung der Parteilinken in Deutschland nach 1989, wenn von Entfremdung der Parteibasis von ihrer Landespolitik die Rede ist, wenn sie von Mitbestimmungs- und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen ist. Demokratie ist immer auch ein Herrschaftsverhältnis und beschreibt den Umgang mit Unterlegenen, auch in den eigenen Organisationen.

Aber auch sozialen Bewegungen sind diese Erscheinungen nicht fremd. Auch basisdemokratische Strukturen führen unter dem Gewicht des professionellen Agitators und charismatischen Führers leicht zur Verfestigung. Auch Netzwerke haben Demokratie-Defizite und die notorische Neigung, bestehende Machtverhältnisse auch innerhalb ihrer Mitgliedschaft abzubilden und zu verstärken, weil ihnen die Mechanismen von Gegenmacht und institutionalisierter Repräsentation fehlen. Auch den linken Bewegungen von 1968 waren Demokratiedefizite nicht fremd. Jene, die die Freiheit des Subjektes für alle Lebensbereiche, antiautoritäre Erziehung forderten, kultivierten nicht selten die eigenen, autoritären Verkehrsformen. Die gab es fast überall, wie bei den Kadern der ML-Gruppen, bei den Spontis. Auch der KBW hatte seine dogmatischen Strukturen, die manche(n) kaputt gemacht haben. Die Linken haben hier ihre eigenen Traditionslinien. Deshalb bleibt auch die Produktion von Demokratie Aufgabe der Linken, vor allem innerhalb ihrer Organisationen und Bündnisse.

Die Linke ist auch nicht gefeit vor populistischen Vereinfachungen, die oft genug auf überlebte Dogmen und Denkweisen zurückgreifen, gerade dann, wenn komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge so schwer zu vermitteln sind. Nicht zufällig wurde in den 1960ern wieder Lenin gelesen, dessen intellektuelles Hilfswerkzeug geeignet schien, in einer Situation der Konfrontation der Kräfte zu verorten im Kampf gegen einen drohenden, neu heraufziehenden Faschismus, gegen den Muff von 1000 Jahren unter den Talaren, gegen den Schahbesuch, gegen den Vietnamkrieg und natürlich gegen den Imperialismus. Losungen endeten viel zu leicht im »Nieder mit ...« und »Weg mit ...« in Straßenkämpfen mit gewaltsamen Auseinandersetzungen, in denen gegen prügelnde Polizisten Steine geworfen wurden, unter denen der Strand lag. »Macht kaputt, was euch kaputt macht!«

Es hat sich aus der 1968er Bewegung heraus eine ungeheuer leichsinnige Brutalisierung entwickelt, der weitgehend verbal blieb. Und dann, was kam dann?

Heute schlägt die Staatsmaschinerie zum Schutze imperialer Macht zu, wie in Heiligendamm, dem mit 20 000 Beamten bisher größten Polizeieinsatz in Deutschland. Bürger- und Menschenrechte wurden vor- und nachher mit Füßen getreten, die Kriminalisierung von Globalisierungskritikern schien keine Grenzen zu kennen. Unter Helmen anonymisierte Polizisten schlugen zu, gegen Demonstranten, die mit Steinen antworteten oder flüchteten. Bilder wie in Seattle 1999 bei der Demonstration gegen die WTO-Tagung, wie in Genua 2001, wo bei schweren Auseinandersetzungen zwischen der italienischen Polizei und Globalisierungskritikern ein Mensch starb und hunderte Demonstranten und Unbeteiligte verletzt wurden. Sind es wieder Straßenschlachten, die dazugehören, auch für die Linken, für die Globalisierungskritiker? Ist der bunte Feldwiesenblumenmarsch mit Fünf-Finger-Taktik nicht viel zu nett angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Staatsmaschinerie zum Schutz der G8-Imperien?

Was bedeuten da ein paar Steine, die zuerst von Demonstranten kommen, nachdem wochenlange Hysterie gegen globalisierungskritische Bewegungen und Organisationen das öffentliche Bild prägten? Was ist ein verletztes Auge gegen den sich wieder ausbreitenden Staatsterror? Was, wenn zum Schutz der Mächtigen wieder jedes Mittel recht erscheint und öffentlich legitimiert wird? Ist da nicht die Wahl des eigenen Mittels vor dem Hintergrund struktureller Unterlegenheit rechtmäßig?

Nachklang – nach einer Veranstaltung zu G8

Nach G8 bot die Stiftung einen Diskussionsraum über »Gewalt und G8« mit ausgesuchtem Podium, auf dem die Vertreter unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Positionen ihren Platz haben sollten. Über 100 Menschen sind gekommen, vor allem jene, die am 2. Juni 2007 dabei waren, am Tag der schweren Auseinandersetzungen zwischen einer bis an die Zähne bewaffneten und permanent provozierenden Polizeigarde und Steine werfenden Demonstranten teils in anonymer Schwärze. Ein Film zeigte sie wie auch die Bilder willkürlich Verhafteter und ohne Rechtsbeistand in Käfige gesperrte Demonstranten. Bilder, die offenbar gebraucht wurden, zur Selbstlegitimierung einer Staatsmaschinerie, die den Notstand probte. Aber nicht nur sie brauchte diese Bilder.

Jeder Gipfelprotest lebte bisher auch von Gewalt, von gewaltsamen Auseinandersetzungen. Carlo Giuliani, der in Genua 2001 in diesen Auseinandersetzungen starb, beginnt zum Märtyrer jener globalisierungskritischen Bewegung zu werden, die Gewalt als Teil ihres Anti-G8-Kampfes akzeptiert und ihn von Gipfel zu Gipfel trägt. Ja, Angst sollen sie haben, die Mächtigen dieser Welt vor Bewegungen, die eine andere Welt wollen. Angst vor Bildern, die den Kampf sichtbar machen. Das dachten auch viele, die im Raum saßen, die Mehrzahl der Diskutanten. Das geht nicht mit wandernden Demonstranten an Feldhainen und Mohnblüm-

chen vorbei. Auch das dachten viele. Wütend sollen die Bilder machen, wenn Staatsgewalt und Militär sich zum großen Manöver am Grundgesetz vorbei vereinen. Aufwecken sollen die Bilder endlich jene, die fassungslos, noch ohnmächtig zusehen. Raus aus der eigenen Zuschauerrolle, unter den Steinen liegt der Strand. Raus auf die Straßen, es sind auch unsere Straßen, wie 1968! riefen Diskutanten und wurden beklatscht. Also: Raus mit der Wut, auch auf dieser Veranstaltung nach G8. Was ist schon ein verletztes Auge gegen die Symbolkraft dieser Auseinandersetzung? Schade, dass kein Panzerwagen brannte, sagt eine Frau mittleren Alters ganz ruhig. Natürlich könne es bei solchen Kämpfen auch Opfer geben. Das war immer so bei revolutionären Kämpfen, denken manche Diskutanten. Wenige – zwei davon auf dem Podium – fragen nach Verantwortung, die man als Linke auch hätte. Verantwortung. Ja sicher, auch, aber vor allem geht es um Bilder – meinte ein Großteil der Diskutanten – und es geht um die Wahrheit, um die Hysterie der anderen schon Monate vor dem G8-Gipfel. Wer hat denn wen provoziert? Wer hat wen kriminalisiert, Wohnungen und Büros durchsucht, apokalyptische Szenarien für die Menschen von Heiligendamm beschworen? Und vor allem soll Gewalt von Demonstranten nicht legitim sein, *fragt* eigentlich die Mehrzahl der Diskutanten nicht mehr. Antikampf braucht Antiformen – zumindest sollen sie gebilligt werden, um nicht die kostbare Einheit zu spalten, wie »diese Distanzierer« es auch noch in Standpunkten taten. »Man muss doch sagen, was ist!«, forderten die Diskutanten. Was aber ist? Was ist mit uns selbst, was mit denen, die getroffen wurden oder getroffen haben?

Mitgefühl? Nein, nicht an diesem Tag in diesem Raum

Nein, ich möchte meiner Tochter nicht sagen müssen: »Bleib lieber fern der Demo, ich weiß nicht, ob wieder Steine fliegen, und außerdem bist Du mit dem Kinderwagen nicht so schnell.« Nein, ich möchte nicht solidarisch sein mit jenen, die kilometerweit ihre Steine mit sich tragen und denen der Rücken schmerzt, mit Steinewerfern, die den Rücken ihres Nachbarn zur Deckung nutzen. Nein, ich möchte nicht auf strukturelle oder staatliche Gewalt mit eigener, physischer Gewalt gegen andere reagieren. Ja, natürlich lehne ich diese staatliche Gewalt wie in Rostock praktiziert, schon lange vor Rostock aufgebaut und atmosphärisch geschürt, ja natürlich lehne ich diese ab, mit all den Bildern, die gebraucht wurden, um endlich auch Militär im Inland einzusetzen. Ganz unmissverständlich – auch das lehne ich ab. Ich möchte auch hinterher nicht erklären müssen, dass ich vor der Kamera nichts Kritisches über Steinewerfer sagen konnte, weil doch das Bündnis, die so schwer erkämpfte Einheit, nicht gefährdet werden darf.

Gerade das kenne ich schon. Das gab es schon mal – die Forderung nach solidarischem Handeln, als disziplinierte Gefolgschaft mit jenen, denen fast jedes Mittel recht war im Namen des Fortschritts. Nein, die Mittelfrage ist nicht irgend-

eine unter vielen, die mal kurz demokratiethoretisch zu diskutieren, aber beiseite zu legen ist, wenn Bündnisse zu platzen drohen. Was sollen das für Bündnisse sein, wofür?

Dort wo es im Namen der Sache – welcher auch immer – nicht so drauf ankommt, wo man von kleinen Steinchen, nicht aber von Steinewerfern spricht, wo die Gewalt der anderen gefilmt, aber die eigene Verantwortung nicht gesehen wird, da verwischen die Grenzen zwischen struktureller und eigener Gewalt. Gewalt – geduldet, toleriert, akzeptiert als Mittel gegen Gewalt verträgt sich nicht mit Menschenwürde, auch nicht der eigenen. Steine gegen Polizeihelme ziehen Polizeiknüppel nach sich, die wahllos zuschlagen, wer auch immer vor ihnen steht, selbst den Ahnungslosen treffen, den Pazifisten, der ganz sicher zwischen Gewalt und Widerstand zu unterscheiden weiß.

Und das soll ich tolerieren, damit soll ich solidarisch sein? Wieder einmal und wieder einmal kritiklos? Nein, nicht schon wieder. Weder will ich mir die Fragen, noch die Kritik, noch die Distanzierung nehmen lassen. Das meint die Kritik und Distanzierung gegenüber polizeilicher und militärischer Gewalt und das meint ebenso Kritik und Distanzierung von jenen, denen es nicht so drauf ankommt. Nein, ich möchte nicht, dass der Widerstand vieler durch Gewaltanwendung weniger delegitimiert wird. Nein, nicht schon wieder will ich den Blick auf Klassenkämpfe großer Massen richten und hinnehmen, dass neben mir ein Mensch fällt, wie auch Späne fallen. Auch nicht, wenn er Polizist ist.

Nein, so weit reicht meine Toleranz nicht. Schon gar nicht bei einem Bündnis gegen G8, für eine andere Welt. Was für eine Welt soll das sein? Eine bessere, friedliche? Woher soll der Frieden kommen, den ich selbst in mir nicht trage? Woher soll die Würde kommen, die ich mit Steinen von mir werfe.

»Ohne Mitgefühl taugt alle Politik nichts.« (Konstantin Wecker)

Patrick Bond

Gewalt-Fragen. Das Beispiel Südafrika – ein Gespräch

Was bedeutet »politischer Kampf« für Dich?

P. B.: Der langfristige dauerhafte Einsatz für gesellschaftliche Veränderung, der nicht nur ein oder zwei Momente der Auflehnung zulässt, sondern ein Leben lang. Wenn ich das Wort höre, fällt mir in unserer Gemeinschaft des »Zentrums für Zivilgesellschaft« (Centre for Civil Society) exemplarisch Dennis Brutus ein, ein 83-jähriger Literaturprofessor und Dichter (einer der größten in Afrika), dem 1963 im Kampf gegen weißen Rassismus in den Rücken geschossen wurde – fast tödlich –, der mit Mandela auf Robben Island inhaftiert war, international entscheidender Strategie für Anti-Apartheid-Sanktionen, und heute ein Anhänger von Aufklärung und Protest gegen das, was wir Globale Apartheid nennen. Niemand kann die Tradition des politischen Kampfes besser beanspruchen, und bei Dennis geschieht das außerdem im radikalsten »gewaltfreien Geist« (wobei anderen von uns ein bisschen Sachbeschädigung die Nerven stärkt), im Geist der Boston Tea Party während der US-Revolution. Dennis nimmt auch dies so ernst, dass er Kurse über Thoreau, Ghandi und King hier an der Universität von KwaZulu-Natal gibt.

Gibt es eine Debatte über das Konzept des politischen Kampfes in Südafrika? Existiert eine Debatte über die moralische und legale Legitimität des politischen Kampfes und wer sind die, die sich daran beteiligen?

P. B.: Wir haben insofern Glück, als sich der spaltende Kampf über »Taktik« in Südafrika nicht auf die Organisierung auswirkt. Es hat nicht so viele kontroverse Situationen gegeben wie die Streitereien rund um die Taktik des Schwarzen Blocks in Seattle 1999 oder Prag 2000 oder Göteborg 2001 oder Heiligendamm 2007 (nur eine, ein Kampf auf den Barrikaden bei der Weltkonferenz gegen Rassismus hier in Durban 2001, als 15 000 gegen Zionismus und das Fehlen einer Agenda für Reparationen demonstriert haben, und die Sache war angespannt, bis die OrganisatorInnen die Protestierenden in einen nahen Park zu einer Kundgebung bewegen konnten). Es gibt auf jeden Fall eine Debatte darüber, ob autonome oder sozialistische mittelfristige Strategien die richtigen sind, die auch weitergehen wird, während wir mehr von den entscheidenden Orten erfahren, an denen diese Debatte stattfindet, wie Chiapas, Buenos Aires, Montreal und Italien – und natürlich die Townships von Soweto und Durban.

Die Debatte über Formen des Widerstands – wie die Debatte über zivilen Ungehorsam und über Gewaltfreiheit – hat »in Deutschland« eine lange Tradition, vom Beginn der neuen Sozialen Bewegungen Ende der 60er Jahre über die Anti-Atombewegung in den 80er Jahren bis zum Auftauchen der Anti-Globalisierungsbewegung in den 90er Jahren. Tatsächlich ist die Diskussion über Gewaltfreiheit als kategorische Bedingung für linke Politik im Sommer 2007 entstanden im Kontext der Proteste gegen den G8-Gipfel. Wie bewertest Du diese Debatte?

P. B.: Obwohl eine unserer engagiertesten Mitarbeiterinnen am 2. Juni in Rostock war, beteiligt an den Aktionen des Schwarzen Blocks – und sie hat einem vollbesetzten Seminar in Durban einige Tage danach darüber berichtet – ist es, offen gesagt, schwierig, eine Beziehung dazu zu finden angesichts der riesigen Unterschiede zwischen den Traditionen. Politiken der Rebellion haben hier vor allem die Formen der Massenmobilisierungen und breiten Streiks angenommen, im Unterschied zur Guerilla-Aktivität, der sich einige wie die Baader-Meinhof-Gruppe zugewandt haben – und die für den bewaffneten Flügel des African National Congress Umkhonto we Sizwe von 1961-1964 nicht sehr wirksam war. In ihrer eigenen Zeit des Kampfes, von 1976 bis in die frühen 1990er Jahre konnten der African National Congress und seine Verbündeten regelmäßig zehntausende Demonstrierende – von denen die meisten den begeisternden »Toyi-toyi«-Kriegstanz gegen die Apartheid tanzten – zu Kundgebungen mobilisieren. Heutzutage zählt die Polizei allerdings mehr als 10 000 lokale Proteste im Jahr, »gegen die neoliberale Politik der Regierung des African National Congress«, was Südafrika gemessen an der Einwohnerschaft zur aktivsten Gesellschaft weltweit macht.

Diese Proteste thematisieren einfache Sachen wie den Wassermangel. Die Gewalt wird im allgemeinen gegen Wasser- und Stromuhren gerichtet, die zerstört werden, wenn sie den Menschen von der Regierung abgeklummt werden, und es ihren barfüßigen KlempnerInnen und ElektrikerInnen überlassen bleibt, die Rohre und Kabel illegal wieder anzuschließen, und die »Roten Ameisen«, die (outgesourcte) paramilitärische lokale Polizei-Abteilung der Regierung, zurückzuschlagen. Als Ergebnis hat es eine Handvoll Toter durch Polizeischüsse gegeben, wie Tebogo Mkhonza in Harrismith im August 2004 und Marcel King in Durban einige Wochen zuvor. Obwohl Ikonen heute nicht gern gesehen sind, ist uns ihr Tod im Kampf gegen Neoliberalismus genauso wichtig wie der von Hector Pieterse, der Erste, der im Juni 1976 während der Aufstände in Soweto von der Apartheid-Polizei getötet wurde.

Gibt es ähnliche Diskussionen in »Deiner« Organisation, in den politischen Debatten, die ihr führt? Wie gehst Du mit ihnen um?

P. B.: Im weiteren Umfeld der KollegInnen des »Zentrums für Zivilgesellschaft« versammeln wir eine Bandbreite an Ideologien des gesellschaftlichen Wandels,

darunter Schwarzes Bewusstsein (Black Consciousness), Autonomie und Anarchismus, Sozialismus (wo ich mich wohlfühle), revolutionärer Trotzkismus, Umweltschutz, radikaler Feminismus, Kommunistische Partei Südafrika und selbst NGOs. Und es kann sein, dass ich nicht alle vollständig erfasst habe. Wenn wir also zum Beispiel den zukünftigen Weg für das Weltsozialforum diskutieren – was auf heftige, aber gesunde Weise geschieht – lassen sich einige der seit langem bestehenden Konflikte zwischen diesen verschiedenen Lagern erkennen. Aber nur selten, wenn überhaupt, erleben wir Streit darüber, ob die Aktionen der KollegInnen unserer Gemeinschaft zu aggressiv auf der einen Seite oder nicht kämpferisch genug auf der anderen sind. Stattdessen ist eine der schmerzhaftesten und schwierigsten Lektionen, mit der wir uns auseinandergesetzt haben die, ob diejenigen mit Mittelklasse-Privilegien (ein nicht geringer Teil unserer Gemeinschaft) mit Integrität in Kämpfen operieren können, die von geringem Einkommen bestimmt werden, oder wo Rassen- und Gender-Machtbeziehungen eine Rolle spielen. Während also Militanz-Debatten im Norden oftmals eine Spaltung verursachen – was gewöhnlich auch mit Machismo zu tun hat –, die eine Diskussion zwischen den Lagern in der Linken blockiert, hoffe ich, dass es uns in Durban gelingt, konstruktive Diskussionen darüber zu erzeugen, wie andere, viel ernsthaftere Spaltungen zwischen organischen Massenbewegungen (etwa der Gemeinde oder Arbeitskämpfe) überbrückt werden können, ohne die alltäglichen Symptomaten der Linken zu erleiden: Avantgardismus und Substitutionismus durch puristische RevolutionärInnen, Egos und Karrierismus durch AkademikerInnen wie mich, Gatekeeping und Ressourcenkontrolle, NGO-Reformismus und ähnliches. Egal in welcher Form sie auch auftauchen, kannst Du sicher sein, dass sie wirkliche BasisaktivistInnen ablenken und abschrecken, die ganz allein meist nicht nur eine gesunde Form des Kampfes gefunden haben, sondern auch ausreichend Kraft um hin und wieder einige Siege zu erringen.

Die Fragen stellte *Silke Veth*, die Übersetzung besorgte *Anneke Halbroth*.

Die Linke und ein Tabu

Ein Tabubruch

»Keine Gewalt!« – in der demokratischen Linken ein unantastbarer, identitätsstiftender Wert – eben ein Tabu.

Gewalt bedeutet: das Brechen des Widerstandes eines Gegenübers mit Mitteln des Zwangs. Weil so ein zwangsweiser Widerstandsbruch nur zu einem zeitweisen Aussetzen des Widerstands, zu einer Neuformierung des Widerstands führt, der sich mit gewachsener Kraft auf anderen Wegen erneut der Konfrontation stellt, gilt Gewalt bei jeglicher Konfliktaustragung als untauglicher Weg. Die so in Gang gesetzte Gewaltspirale führt allenfalls bei höchster Eskalationsstufe zur Strategie »gemeinsam in den Untergang«. Martin Luther King beschrieb diesen Zusammenhang so: *»Die äußerste Schwäche der Gewalt ist, dass sie eine Spirale nach unten darstellt und genau das erzeugt, was sie zu zerstören sucht. Anstatt das Übel zu vermindern, vervielfältigt sie es. Du magst durch Gewalt einen Lügner ermorden, aber du kannst nicht die Lüge töten, noch weniger der Wahrheit Geltung verschaffen. Durch Gewalt mordest du den Hassenden, aber nicht den Hass. In der Tat, Gewalt vermehrt nur Hass. Gewalt mit Gewalt zu erwidern, vervielfältigt die Gewalt und fügt einer sternlosen Nacht noch tiefere Finsternis zu. Dunkelheit kann keine Dunkelheit vertreiben, nur Licht kann das tun. Hass kann nicht Hass vertreiben, nur Liebe kann das.«*

Gemeinhin stimmt das für physische Gewalt. Dennoch, der biblische Grundsatz »Wenn man nach Dir mit Steinen schmeißt, wirf mit Brot zurück«, scheint nicht nur für den politischen Alltag ein frommer Wunsch zu bleiben. Gewaltverzicht kann leicht zur Vernichtung des Brotverschwenders führen. Ein Dilemma, in dem sich auch friedliche, phantasievolle, gut gelaunte, aber dennoch in ihrem Widerstand gegen die G8 in Heiligendammschiedene Demonstranten befanden. Natürlich, wenn es gegen die körperliche Unversehrtheit geht, gibt es eins auf die Mütze und das ist unumstritten erlaubt.

Wie ist das nun mit der Gewalt – darf man oder darf man nicht?

In der Politik ist das nicht so einfach, wie im alltäglichen Konfliktmanagement, wo es um bessere Arbeitsbedingungen, gerechte Verteilung, Konkurrenz um den Gartenzaun u. ä. geht. Hier gilt der Grundsatz: Es geht nur gemeinsam, oder gar nicht miteinander. Gewinnen ist Unsinn – Sinn macht nur eine Win-win-Lösung.

Schon die Voraussetzungen sind in der Politik anders: Ein gemeinsames Ziel zwischen den verfeindeten Parteien ist zumeist nicht zu finden und eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe, scheitert an den realen Machtverhältnissen ebenso wie an Verhältnissen von Unterdrückung und Benachteiligung.

Bleibt also nur die Gewalt aus legitimierender defensiver Position? Das Brechen des Widerstandes mit Mitteln des Zwangs? Bei Ausschluss physischer Gewalt (von Rosa Luxemburg stammt die Feststellung, dass sie in der Revolution das letzte Mittel ist) bleiben der Politik noch viele *legale Zwangsmittel*. Und sie werden – immer im Rahmen der Verfassung – und jeglicher Gesetzlichkeit sowie pseudomoralischer Legitimation kräftig genutzt. Allenthalben wird manipuliert (einschläfern des kritischen Bewusstseins), herabgesetzt, moralisiert, bloßgestellt, verbale Gewalt in Wort und Schrift eingesetzt. Und durch strukturelle Gewalt scheint Politik geradezu zu existieren. Auch in der demokratischen Linken! Von medialer Desorientierung, politischem »über-den-Tisch-ziehen« der Bürger, der Diktatur des Kapitals anderer politischer Kräfte nicht zu reden. Politische Gewalt ist heute so selbstverständlich und allgegenwärtig, wie Doping unausrottbar ist.

Fast jeder tut es und der »demokratische« Mainstream belohnt es sogar (*der Ehrliche ist der Dumme, nur wer Erfolg hat, kommt durchs Leben, haste was – biste was ...*). Es bedarf eines zivilisatorischen Paradigmenwechsels, wollte man in der Politik gänzlich auf Gewalt verzichten. Es bedarf eines allumfassenden politischen Regelwerkes, das die Anwendung jeglicher Gewalt (ob physisch, psychisch, verbal, strukturell) verbindlich unter Strafe stellt. Solange es aber ein staatliches Gewaltmonopol, gute und schlechte, legitime und illegitime Gewalt gibt, so lange es einen zunehmenden Rechtsnihilismus, Interpretationsmacht für Recht und Gesetz bei den Mächtigen und die Forderung nach Rechtsverbindlichkeit bei den Ohnmächtigen gibt, kann nur eins gelten:

Außer physischer Gewalt, ist bei Verhältnissen von sozialer Ungerechtigkeit jegliche Gewalt legitim, die mit dem moralischen Anspruch einer solidarischen Gesellschaft kongruent ist. Diese Abgrenzung zu physischer Gewalt, die nur bei aktueller Konfrontation mit Angriffen auf die physische Unversehrtheit als Mittel des Widerstands legitim ist, ist notwendig. Eine Gewaltanwendung in diesem engeren Sinne ist die sine qua non (letzte Bedingung) eines radikalen Widerstands.

Die Linke muss bei Strafe ihres Untergangs politischen Druck ausüben, ohne Repression geht es nicht. Mit legalen juristischen Mitteln, menschenverachtende Politik offenlegen, mit kritischen Juristen genau so wie mit unabhängigen Journalisten, mit argumentativer Überlegenheit, mit kritischem Wissen gegen den neoliberalen Mainstream antreten, mit alternativen Lebensformen, mit politischen Projekten, die wählbar sind. Wo es um Macht, Hegemonie, Sieg und Recht haben geht, wird immer Gewalt eingesetzt. Das Gebot der Partnerschaft (gekennzeichnet durch Empathie, Kongruenz, Akzeptanz) ist durchbrochen. Politik verkommt zum Nullsummenspiel. Die gegenwärtigen Veränderungen in der Parteienlandschaft

sind ein spürbarer Beleg dafür. Politische Gegnerschaft macht generellen Gewaltverzicht für alle Seiten unmöglich.

Muss sich die linke Bewegung die Form der Mittel in diesem Kampf diktieren lassen? In Heiligendamm hatte Kavala diese Wirkung. Provokante Polizeiaktionen vor und während des Gegengipfels sollten die linke Bewegung zu physischen Gewaltakten herausfordern, die Stimmung anheizen, die Kriminalisierung des Protests im öffentlichen Bewusstsein (mit Hilfe der Medien) markieren. Manipulation im Interesse der von Schäuble beabsichtigten Grundgesetzänderung! Gewalt durch den Staat! Die linke Bewegung konnte nur noch reagieren, »sich von der Logik solcher Provokationen beherrschen« lassen (vgl. Lutz Brangsch/Michael Brie: In der Sackgasse, rls-Standpunkte 9/2007). Angesichts der widersprüchlichen Kommentare zu dem Standpunktepapier von Brangsch und Brie, bleibt für mich die berechtigte Schlussfolgerung: »Ein anderer Protest ist dringend nötig.« Die Qualifizierung der Protestbewegung im Sinne der Kongruenz von moralischer Überlegenheit der solidarischen Gesellschaft und den adäquaten Formen politischen Drucks ist auch eine Aufgabe politischer Bildung.

Gewaltdiskurse vor 68 – aus dem Blickwinkel von 2008

*Die Linke erfindet nicht die Gewalt,
sie findet sie vor.
Maurice Merleau-Ponty*

Gewalt als Text

Der Katalog der vorzüglichen Technischen Informations- und Universitätsbibliothek Hannover, darunter vor allem die Bestände der Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften (FBS), weist unter dem Stichwort »Gewalt« 2800 Titel aus. Bis 1968 sind es gerade einmal 150, nach 68 braucht es dann nur fünf Jahre, bis mit Sven Papcke: Progressive Gewalt (Texte zur politischen Theorie und Praxis; 542 S., 14 Seiten Literatur) weitere 100 dazukommen; die nächsten 50 werden in nur zwei Jahren erreicht, mit der *Auswahlbibliographie* Terrorismus und Gewalt, herausgegeben vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Auf der anderen (politischen) Seite beginnt Johan Galtung einen neuen, viele Disziplinen übergreifenden Diskurs mit seinem Taschenbuch: Strukturelle Gewalt (rororo aktuell Nr. 1877, 1975).

Bis 1968 konzentrieren sich die Gewaltdiskurse – dieser Begriff existierte damals natürlich nicht im Deutschen – auf den juristischen Betrieb. Die Rede ist von einer Dritten Gewalt, von elterlicher Gewalt und Kindeswohl, vom Eingriff der öffentlichen Gewalt in das Steuerrecht, alles neutral bzw. neutralisiert im Rahmen des gesellschaftlich-juristischen Normalismus. Nur Hans von Hentig, von dem das erwartbar ist, malt in grellen Farben: Das Verbrechen 1 bis ?, Kriminalität der lesbischen Frau, Der Desperado: Psychologie des regressiven Menschen und knapp vor 68: Der jugendliche Vandalismus, Vorboten und Varianten der Gewalt. Allmählich, in Nachklang zu den Auschwitzprozessen, wird die NS-Gewaltdiskriminalität (Jäger 1967) zum Thema. Von der Zentrale der Politischen Bildung eifrig vertrieben, schreibt der Mitverschwörer Hans Rothfels eine schmale Broschüre: Gewissen gegen Gewalt, zum 20. Juli 1944 (1964). Allgemeinere politologische Texte liegen mit Sternberger und mit Gurland vor (einer produktiven Randfigur des Instituts für Sozialforschung) – beides schon in den 1950er Jahren. 1959 erscheint eine wichtige Arbeit zu Sorel, Barth Masse und Mythos, ein Jahr später Elias Canetti, Masse und Macht. Von den Klassikern der Ideengeschichte werden unter dem Stichwort »Gewalt« Hobbes (Leviathan), Rousseau (»Alle Gewalt geht vom gemeinen Volke aus«) und John Millar (1731-1801), einem Theoretiker der

schottischen Schule rubriziert. Da muß eine 68er Bibliothekarin den Eintrag gemacht haben, denn Gewalt taucht im Titel nicht auf – der Text beginnt aber mit Gewalt von Frauen (Matriarchat) und über Frauen, und endet mit Gewalt des Herrn über den Knecht. Blicke noch *der* Klassiker: Georges Sorel [1906] : Über die Gewalt (dt. 1928) – dann rasch in der berühmten Theorie-Reihe I (Hg.: Blumenberg, Habermas, Henrich, Taubes) in der 68er Periode neugedruckt (1969). Das war's.

Insoweit war der Titel doppeldeutig, den Heinz Grossmann wählte: Auferstehung der Gewalt: Springerblockade und politische Reaktion (1968). Sowohl die Gewalt feierte ihre Auferstehung nach den unterstellten, vermeintlichen ruhigen Jahren der BRD, denn verdrängt blieben Petitesse wie das KPD-Verbot oder die Ermordung eines demonstrierenden Arbeiters (P. Müller), als auch ab 1967 fand das Reden über Gewalt seine Propheten zu Hauf, zuallermeist im bürgerlichen Lager, nicht bloß der Springerpresse.

Mit Foucault, besonders mit seiner Antrittsvorlesung, Die Ordnung des Diskurses von 1970, besteht die Möglichkeit, wohldefiniert von Diskursen zu sprechen. 2005 finden dann unabhängig voneinander zwei Herausgeber den Titel: *Diskurse der Gewalt – Gewalt der Diskurse*. Die doppelte Interpretation, Gewalt als Thema und Gewalt als Form der Texte, ist demzufolge normal geworden, eine Differenz, die bei den frühen Lesern Foucaults noch Überraschungen auslöste.

A: Über Gewalt wird geredet, über Gewalt wird geschrieben, über Gewalt wird nachgedacht – drei Weisen, wie Diskurse entstehen. Die Grenzen sind fließend, zuweilen schreibt ein Sozialwissenschaftler über Gewalt, wie man redet, zuweilen denkt ein Medienvertreter nach, oft versuchen Wissenschaftler massenmediale Wirkungen zu erhaschen, die eigentlich im Spezialdiskurs »Wissenschaft« (Jürgen Link) verpönt sind. Man lese die erhitzten Texte von Sofsky über Gewalt und vergleiche sie mit den unterkühlten Luhmanns: *Macht* (1975), etwa den IV. Abschnitt: *Macht und physische Gewalt*.¹ Eine Theorie dieser drei Strukturelemente von Gewaltdiskursen liegt wahrscheinlich mit Bourdieu vor, was aber hier nicht näher begründet werden kann². Bourdieus entscheidender Terminus ist: Symbolische Gewalt, die symbolisch wie real ist, die als Körperspur ein Ausdrucksfeld hat, wie in staatlicher Gewalt ein anderes. Eine solche »Supertheorie«

1 Niklas Luhmann: *Macht*. Stuttgart 1975, S. 60 ff. Wichtig ist dabei: Macht konstituiert stets die Gegenmacht (68; 41). Ein weiterer Aufsatz Luhmanns wirkt seltsam in der Umgebung der wissenschaftlichen Gewaltdiskurse der frühen 70er. Die linken Wissenschaftler gewinnen Abstand gegenüber ihren früheren – studentenbewegten – Verlautbarungen zu Gewalt und Gegengewalt – sie sind durch die RAF und die hysterische Reaktion stark verunsichert. Klaus Horn und Wolf-Dieter Narr trauen sich kaum einen Satz ohne wissenschaftlichen Apparat zu. Dagegen: Luhmann ist jenseits aller Hysterie, er sieht durch die RAF weder die Gesellschaft noch – was wichtiger ist – die Produktion seines Werkes irgendwie gefährdet. Siehe: Niklas Luhmann: *Symbiotische Mechanismen*. In: *Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik*. Frankfurt am Main (edition suhrkamp 775) 1974, S. 107-131.

2 Vgl. Effi Böhlke/Rainer Rilling (Hg.): *Bourdieu und die Linke*. Berlin 2007. Jeder zweite Aufsatz und ein Interview mit B. behandeln diesen zentralen Begriff. Wie komplex diese Theorie ist, kann man aus der Lektüre des Abschnitts »Symbolische Gewalt und politische Kämpfe« aus Pierre Bourdieu: *Méditations pascaliennes* (dt.), Frankfurt am Main 2001, erkennen, daher wird gewöhnlich Komplexität reduziert und ein verkürzter Foucault favorisiert.

der Gewalt lag aber 68 nicht vor, wir werden weiter unten sehen, welcher Ersatz sich anbot. Allerdings hätte man Max Weber kennen können, Gift für das Gewaltgerede wie das Gewaltgeschreibe (von Massenmedien): »Der Appell an die nackte Gewaltsamkeit der Zwangsmittel nach außen nicht nur, sondern auch nach innen ist jedem politischen Verband schlechthin wesentlich« [Wie Lenin: Krieg und Bürgerkrieg; Verf.] »Vielmehr: er ist das, was ihn für unsere Terminologie zum politischen Verband erst macht: der ›Staat‹ ist derjenige Verband, der das Monopol *legitimer Gewaltsamkeit* in Anspruch nimmt, – anders ist er nicht zu definieren.«³

B: Diskurse sind Gewalt, so die Einsicht von Foucault, so die reichhaltig empirisch belegte Paralleltheorie von Bourdieu. Wer darf reden? Auf dem Vietnam-Kongreß beispielsweise. Wem hört man 68 zu? Habermas ja, Negt nein. Welche Diskurse sind, in den Worten Foucaults, verknappt, verboten, zugelassen, kastriert, hysterisch? Wer verfügt über sie? Oder verfügen sie über die Formulare, die Möglichkeiten, wie in einer historischen Konfiguration überhaupt geredet werden kann? Schlagen Gewaltdiskurse nicht in Handlungszwänge um, so wie Pornographie nach einem zu langen Anschauen eine Sehnsucht nach »Echtem« erzeugen? Wenn stundenlang geredet wird auf einem teach-in, will sich dann der Körper nicht abreagieren? Und nachträglich hat man natürlich ein Zitat der Klassiker zur Hand: »Philosophie und Studium der wirklichen Welt verhalten sich zueinander wie Onanie und Geschlechtsliebe.« (Marx/Engels)⁴ Freud legt allerdings nahe, dass Triebabfuhr auch anders zu haben ist: mittels Sublimation. Für die Gewaltdiskurse der antiautoritären Bewegung vor 68 bedeutet das: Ästhetik und Gewalt, für die K-Gruppen nach 70: ML-Ideologie, als verkappte proletarische Ästhetik und Gewalt.

Darauf müßte ich zurückkommen, aber außer für einen Nachsatz reicht der Platz nicht aus.

Wahrnehmung von Gewalt vor 68

Gewalt war vor 68 in folgenden Formen erfahrbar:

- Krieg (vorzüglich der Vietnam-Krieg)
- Bürgerkrieg (die Befreiungsbewegungen)
- Staatsgewalt (juridisch legale Verbote, etwa § 175)
- Alltagsgewalt (Normalismuskritik)

Und die Gegenwehr?

Aus einer vorzüglichen Protestchronik der 1950er Jahre⁵ kann man die Abwehrformen entnehmen. Zumeist ordentliche Demonstrationen, selbstredend

3 Max Weber: Soziologie; Weltgeschichtliche Analysen; Politik. Stuttgart 1956, S. 453.

4 Karl Marx/ Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 218.

5 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949-1959. 4 Bd. Hamburg 1996. Es gibt noch den Journalisten W. K. – er ist ein Fall für sich. Denken wir einfach an Dr. Jekyll & Mr. Hyde!

angemeldet, die, wenn sie Wirkung zeigen, von der SPD und oder DGB-Bürokratie eingefangen werden (Gegen Wiederaufrüstung, Gegen Atomtod). Auf der juristischen Ebene gelingen mühsame Fortschritte, vor allem werden die überscharfen Urteile nach 1956 gegen die Mitglieder der Kommunistischen Partei, die vielfach das Rückwirkungsverbot ignorieren, zurückgenommen resp. seltener. Erst allmählich kam die juristische Aufarbeitung der NS-Gewaltherrschaft in Gang, zu meist an einzelne Personen gebunden, wie den Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. In der politischen Klasse galten hingegen diejenigen Gewaltdiskurse, die sich in Gesetzen niederschlagen, als normal. Soziologisch muß dazu angemerkt werden, daß physische Gewalt, im Staat als Monopolisten konzentriert, sich in einer Zweitcodierung wiederfindet, die des Rechtssystems – recht/unrecht. Damit wird die Gewalt invisibilisiert, man redet über Recht und hat die Exklusion der anderen Seite im Hinterkopf. Die Wiedereinführung der Todesstrafe scheiterte im Bundestag nur knapp, das Gewaltverhältnis des Ehemannes über seine Frau, welches dem Grundgesetz widersprach, wurde perpetuiert und klingt im Abtreibungsverbot bis heute nach; ganz zu schweigen von Verfolgungen von Minderheiten (Homosexualität), wobei die Staatsanwaltschaft bruchlos, wie bei den »Zigeunern«, die Aktenvorräte aus dem NS-Vorgängerregime übernehmen konnte. – Und die Phantasie, gegen den § 175 zu rebellieren, blieb nahezu auf künstlerische Minoritäten beschränkt. Transformiert findet sie sich wieder bei den verschiedenen Jugendprotesten (Schwabing), die »Halbstarken«: Sie bildeten provokativere Protestformen heraus, die schon von der amerikanischen Kultur berührt waren (Rock 'n Roll).

Selbst im Schatten blieben die Befreiungsbewegungen der Kolonien: selbst der Befreiungskampf in Algerien, der das Nachbarland Frankreich bürgerkriegsmäßig erschütterte, fand hierzulande keine größere Protestresonanz. Waren etwa die Bombenattentate auf Sartre eine Thema unserer Intellektuellen?

Der Protestwiderstand produzierte auf der einen Seite eine progressive Elite⁶ (Kirchenprofis wie Niemöller, Physik-Nobelpreisträger, marxistische Partisanenprofessoren wie Abendroth, evangelische Betschwestern mit Ostauftrag), auf der anderen Seite Ostermarschteilnehmer, die an Osterhasen gemahnten: Sie nahmen jede abgelegene Route dankbar als Gnade hin, auch wenn niemand in diesem Raum auch nur zusehen konnte, eine Karikatur auf den emphatischen Öffentlichkeitsbegriff von Habermas.

Der Durchbruch bestand in der Tat in der Übernahme amerikanischer Protestformen, sit-in, teach-in, kurz: in praktizierbaren Regelverletzungen und provokativen Diskursunterbrechungen. Das damalige Organ des an-sich braven SDS (Sozialistischer Studentenbund Deutschlands), die Zeitschrift *neue kritik*, berichtet früh über den amerikanischen Widerstand gegen den Vietnamkrieg und Michael

6 Vgl. Christoph Jünke: Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler Leben und Werk (1907-1995). Hamburg 2007, bes. S. 383 ff.

Vester erneuert kreativ eine verstaubte anarchistische Kategorie: Direkte Aktion; mit den Worten von Rainer Rilling: [...] »die linken 68er waren vielmehr just eine distinkte bundesdeutsche Amerikanisierungsavantgarde, ein Fall von nachholend libertären *Amerikanisierung der Linken oder linkem Amerikanismus ...*«⁷ Eine »Einübung in Ungehorsam« (Peter Brückner) mithin, besonders reizvoll für Jugendliche: Schüler, Studierende, Lehrlinge und Psychiatriepatienten im offenen Vollzug. – Es sind 3 000 Schüler, die am 1. Februar 1968 in Hannover vor dem Kultusministerium für Mitbestimmungsrechte protestieren!

Die Konstellation für einen modernisierten Gewaltdiskurs

1966 wurde die Große Koalition installiert. Nach einem jahrzehntelangen CDU-Staat – gegen den ein erfolgreiches Buch (aus 1967) von Linken ankämpfte –, erneut CDU, aber mit der ewigen Oppositionspartei SPD als Kompagnon. Das Regierungspersonal war apart: neben NSDAP-Mitgliedern wie Kiesinger (CDU), Strauß (CSU) und Schiller (SPD) saßen einträchtig Emigranten wie Brandt und Wehner oder ein Bürgerrechtler wie Heinemann. Das Lieblingsprojekt der Koalition war die parlamentarische Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung. Resultat war zum einen die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition (APO), zum anderen eine neue Protest-Kampagne, die vor allem von Gewerkschaften, dem SDS und dem berühmten Unterschriftkartell, von Abendroth bis Zwergen, getragen wurde. Nun haben Große Koalitionen eigentlich nichts mit Demokratieabbau zu tun, wie man von Otto Kirchheimer lernen konnte, der schon 1957 diese Spezialform von Exekutive als »Fall der Ausschaltung der hauptsächlich politischen Opposition mittels der Regierungsausübung durch ein Parteikartell«⁸ analysiert hatte, aber man griff lieber auf ältere Kirchheimer-Texte zurück, die weniger abgeklärt waren! Agnoli wird dann – ohne Kirchheimer – die gültige Parlamentarismus-Kritik mit seiner *Transformation der Demokratie*⁹ verfassen. Am 30. Mai 68 werden die Notstandsgesetze verabschiedet. Der Ausnahmezustand, für den sie scheinbar gedacht sind, ist bis heute nicht eintreten. Nunmehr ist sichtbar, dass die Idee, einen Ausnahmezustand mit Gesetzen zu regeln, sich der alten Disziplinargesellschaft verdankt, für die entstehende Kontrollgesellschaft des 21. Jahrhunderts gelten andere Gesetze: was für den Ausnahmezustand gedacht war, wird Stück für Stück Teil des juristischen Normalismus.

7 Rainer Rilling: Es gab viele 68..., in: RosaLux. Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 1_2008, S. 26; Michael Vester: Die Strategie der direkten Aktion, neue kritik Nr. 30, Juni 1965, 12 ff. Unter den zahllosen Arbeiten zu 68 ist herauszuheben, Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung, München, (Beck-Verlag Reihe Wissen; dritte Auflage) 2005. Die Bielefelder Historikerin behandelt die 68-Bewegung im internationalen Kontext (USA; Frankreich, Italien) und schon dadurch sprengt sie den selbstgefälligen Rahmen der herrschenden Meinung zu 68.

8 Otto Kirchheimer: Politik und Verfassung, Frankfurt a.M. 1964, S. 132. Dieser Titel war übrigens in der anfangs mitgeteilten TIB-Registrierung unter: Gewalt.

Nach den Erfahrungen mit der Großen Koalition, die in Brandts Wahl und der Parole »Mehr Demokratie wagen« 1969 wieder die zwei »Volksparteien« als getrenntes Doppel vorfand, sollte sich inzwischen verbieten, erneut mit historischen Parallelen zu hantieren. Die Obsessionen eines Schäuble, die eine Psychoanalyse vertragen (wie ehemals die von Mitscherlich über Barzel in der *ZEIT*) und die Reaktionen einer ältlichen Hysterikerin, der Quotenfrau als Bundesstaatsanwältin, die stets in kurzer Zeit von dem zuständigen Gericht einkassiert werden – Faschismus sieht anders aus. Es war 68 eine Illusion junger aufstrebender Sozialwissenschaftler, die den Faschismus entdeckten und sich flugs in Kämpfer ausriefen gegen eine »Kontinuität der Entwicklung der deutschen Gesellschaft und ihren wirtschaftlichen Strukturen und politischer Form: Eine Kontinuität, die den Faschismus in die Geschichte zurückholte«. ¹⁰ Agnoli stellt zuvor in Klammern die Frage, ob dieses Ideenrevival zu Recht oder zu Unrecht vorgenommen worden sei: schon 68 zu Unrecht, wenn man die subtilen Studien von Kirchheimer in der edition suhrkamp begriffen hätte, heute noch »unrechter«: ein liebenswürdiger Sektenwahn von Analphabeten, deren Verstand nicht einmal für das intellektuelle Verstehen der Dimitroff-These ausreicht. Was 68 als außerparlamentarische Opposition einen kurzen Frühling lang Erfolg zeitigte, ist heute die Bildung einer fünften parlamentarischen Kraft auf Dauer als Partei Die Linke, soviel Sektiererisches manches Personal noch längere Zeit als Gemütsentleerung ausscheiden mag.

Um die Skandalisierung des politischen Systems, den Rückweg vom späten Kirchheimer zum frühen in der Lesart von Agnoli zu begreifen, muss *das Ereignis* thematisiert werden, welches den Gewaltdiskurs von vor 68 in eine radikal neue Richtung getrieben hat. Die Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Berlin. ¹¹ 1988 reflektiert ein Veteran aus der Provokationselite, der Subversiven Aktion, die Situation von 68: »Es gab zwei langfristige Anlässe: den Krieg in Vietnam und die Vorbereitung der Notstandsgesetze, und es gab zwei *Blutopfer*, Benno Ohnesorg und Rudi Dutschke. Erstere stimulierten den Langzeitprozeß breiter Bürgerbündnisse, eine Kette von Reaktionen auf die jeweils aktuelle Wendung der Dinge; letztere lösten Explosionen aus, wobei der Mordanschlag auf Rudi Dutschke zugleich die Anti-Springer-Bewegung initiierte. [...] Vergegenwärtigen wir uns den Charakter der Reaktionen auf die in erster und zweiter Linie folgenreichsten Anlässe. Es handelt sich um Proteste gegen Unrecht (Vietnam, Schah/Ohnesorg, Dutschke/Springer, Militärregimes, Demonstrationen), die, nach der Art der spontanen Empörung und Selbstdarstellung zu urteilen, das Recht als Normalzustand implizieren, zumindest in der BRD und deren Politik, und nun diesen Normalzustand wiederherstellen wollen. Zum zweiten

9 Johannes Agnoli/Peter Brückner: Die Transformation der Demokratie. Berlin 1967 – sprachlich, was A. betrifft, ein Diamant in der damaligen Jargonwüste!

10 Johannes Agnoli: 1968 und die Folgen. Freiburg 1988, S. 259

11 Vgl. Uwe Soukup: Wie starb Benno Ohnesorg? Berlin 2007.

handelt es sich um Proteste gegen befürchtete oder faktische Prozesse der Entdemokratisierung (Notstandsgesetze), die einen Zustand fortgeschrittener, wenn auch unzulänglicher Demokratie als *bereits erreicht* unterstellen.«¹²

Die Berliner Lehre hieß in concreto:

- eine friedliche Demonstration gegen eine Diktatur wird zuallererst mit Verboten behindert (juridische Gewalt),
- zugelassen, werden die Demonstranten von Schah-Geheimdienstlern körperlich mit Stangen massiv bedroht und geschlagen (physische Gewalt),
- das friedliche Ende wird durch Einkesselung durch die Polizei verhindert, damit die Massenmedien nicht gezwungen sind, über die Inhalte zu berichten (eine Form asymmetrischer Gewalt),
- Gerüchte werden bewußt ausgestreut, Polizisten seien schwer verletzt worden, in Reaktionsbildung (?) wird durch einen Polizeibeamten in Zivil der Student Ohnesorg erschossen, mit der voraussehbaren Folge: Freispruch für den Mörder (substantielle In-Frage-Stellung des Gerechtigkeitsempfindens).

Gegen die Logik der Gewalt von oben wird auf dem Trauerkongreß in Hannover versucht, eine Gegenstrategie zu diskutieren, besser: eine Abwehr zu bilden. Die doch eher zurückhaltende Überlegung von Dutschke, was zu tun sei, wenn erneut Demonstrationen verboten würden, Aktionszentren bundesweit zu gründen, wird seltsamerweise von Habermas als »linker Faschismus« verstanden.¹³

Das *Ereignis* 2. Juni brachte die der Gesellschaft immanente Gewalt, die man vorfindet, wenn man sich wehrt, ans Tageslicht. Eine Möglichkeit wäre gewesen, theoretisch einen neuen Gewaltdiskurs zu innovieren, was misslang, weil die theoretische Konfiguration es nicht erlaubte. Auf dem Kongress in Hannover ging daher eine Anregung Brückners völlig unter, – was ich damals sofort auf dem Kongress verspürte – , aber die Diskussion über Linksfaschismus zerstörte jede Wirkung seiner Überlegung zu einer Theorie der Provokation: »[...] – ich würde sagen, diese Brutalität [im Sinne einer ›refaschisierten‹ Polizei; Verf.] liegt fertig

12 Frank Böckelmann: *Schiffe versenken*. Bodenheim 1997, S. 165/166.

13 Siehe: *Bedingungen und Organisation des Widerstandes*. Der Kongreß in Hannover, Voltaire Flugschrift 12. Berlin 1967 – Dutschke, S. 82, Habermas S. 101. Als Teilnehmer erinnere ich mich gut, dass mich das Wort von Habermas nicht skandalisierte, weil ich ahnte, dass er sich im Signifikanten vergriffen hat, das von ihm gemeinte Signifikat von ihm nicht rational, sondern emotionell ausgesprochen wurde. (Eine Diskursanalyse würde ergeben, dass Habermas sich durch Krahl provozieren ließ, und er eine Einheit Krahl = Dutschke imaginierte). Ein Jahr später wurde diese falsche Signifikantenwahl, die aus dem Augenblick heraus zu verstehen ist, zu einer hochtheoretischen Abstraktionsprozedur. Hören wir den in Hannover abwesenden Assistenten von Habermas: »Aber das Spezifische der neuen Situation besteht darin, daß ein Element wirklicher, wenn auch unaufgeklärter Furcht vor dem Faschismus gerade liberale Kritiker veranlaßte, die politische Sprache um leicht faßliche Symbole zur Identifizierung linker Feindgruppen zu bereichern. Liberaler Mentalität entspringt eine Sprache, die sich mittlerweile alle (auch NPD-Funktionäre) bedienen: ›linker Faschismus‹, ›Anarcho-Faschismus‹, ›Inquisition von links‹ u. a. m.« (180/1); weiter: »Der Vorwurf des ›Linksfaschismus‹ ist Ausdruck einer Zerfallsstufe des bürgerlich-liberalen Bewußtseins, das von der fühlbaren Brüchigkeit der demokratischen Institutionen und Regeln in Deutschland betroffen ist.« (187) Schließlich die handliche Formel für den Agitator: »Der ›Linksfaschismus‹ ist die Projektion der systemimmanenten Faschisierungstendenzen auf leicht diskriminierbare Randgruppen.« (189). Alle Zitate aus Oskar Negt: *Studentischer Protest – Liberalismus – ›Linksfaschismus‹*. In: *Kursbuch*, 13. Juni 1968, S. 179-189.

in allen Teilen gut ausgebildet und artikuliert unter einer sehr dünnen Schale des sozialen Friedens und viele dieser sogenannten Provokationen sind Instrumente, mit denen man, wie mit einer dünnen Sonde, diese Decke vielleicht hinwegzieht, um dann zu sehen, wie ein Teil der Realität aussieht, in der wir uns bewegen.«¹⁴

Nicht zu Theoriebildung, was kein Wunder ist, sondern zu einer Identifikation mit der Rolle des Opfers, ein honoriges Girard-Motiv, führte der Erfahrungsgewinn des Ereignisses in Berlin. Um sich selbst aus dieser Ohnesorg-Ohnmacht herauszuretten, suggerierte man die Logik des algerischen Befreiungskampfes, die Frantz Fanon bereits 1965 im Kursbuch 2 (1965) entwickelt hat. Sartre gibt das Leitmotiv vor: »Die Gewalt kann, wie die Lanze des Achill, die Wunde veranbaren, die sie geschlagen hat.« Oder in Fanons Worten: »Der Kolonisierte entdeckt die Realität und verändert sie in der Entfaltung seiner Praxis, in der Ausübung der Gewalt, in seinem Befreiungsplan.«¹⁵

Fanon war in vielen SDS-Hochburgen Pflichtlektüre, Original in Frankfurt, eher aus zweiter (Dutschke-)Hand in Berlin. Aber auch zum Erstaunen eines in doppelten Sinne Zeitgenossen wie dem Verfasser reichte das Fanon-Motiv weit über das anti-autoritäre Lager hinaus. In der mit Abstand besten und materialreichsten Arbeit, die zu dem Komplex Befreiungsbewegung und Kampf in den Metropolen geschrieben wurde, vor allem, weil sie ausführlich die US-amerikanische Bewegung als Vergleichsbewegung zur deutschen stark macht, schreibt Ingo Juchler: »Die Affinität der später dem ›traditionalistischen‹ Lager der Studentebewegung zuzurechnenden Marburger SDS-Aktivisten hinsichtlich der von der chinesischen KP-Führung vertretenen Positionen wird bei Steinhaus' Exkurs über die ›Theorie der Dörfer und Städte‹, welche insbesondere von dem Stellvertreter und designierten Nachfolger Mao Tse-tungs, Lin Biao, ausgearbeitet worden war, evident. Zwar erkannte Kurt Steinhaus in den antikolonialen Revolutionen der Dritten Welt keine direkte ›militärische Bedrohung‹ für die westlichen Industrienationen, gleichwohl konstatierte er für die künftige Entwicklung als Folge der

14 Peter Brückner: Rede auf dem Hannover-Kongreß. Vgl. Bedingungen, a. a. O. S. 74. Die neuere soziologische Theorie ermöglicht es inzwischen zu erkennen, dass 1967 diese Einsicht nicht kommunizierbar war, erst ein Jahrzehnt später erreichte der Gewaltdiskurs eine neue Dimension. Exemplarische Beispiele sind 2 Aufsätze, mit der in ihnen verarbeiteten wissenschaftlichen Literatur, zum einen: Rainer Paris: Der kurze Atem der Provokation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41, (1989), S. 33 ff., bes. 37 f. zur Differenz von Provokation und Gewalt, zum anderen: Dirk Baecker: Gewalt im System. In: Soziale Welt 47 (1996), S. 92 ff., der in nötiger Umständlichkeit einen Ausweg aus dem Dilemma sucht: »Der Begriff der *körperlich-physischen Gewalt* tendiert zu einer Deflationierung des Phänomens, der Begriff der *strukturellen Gewalt* zu einer Inflationierung.« (93)

15 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Vorwort von Jean-Paul Sartre. Frankfurt am Main 1966 (fr. 1961), S. 45 (Sartre. S. 25). Neben Fanons Denkraum war eine berühmte Aussage Marcuses diskursbestimmend: »Aber ich glaube, dass es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ›Naturrecht‹ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzugänglich herausgestellt haben.[...] Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltung zu predigen.« Herbert Marcuse: Repressive Toleranz. In: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt am Main 1965, S. 127/28.

Umbrüche in der Dritten Welt: ›Der Prozeß der kolonialen Revolution und Konterrevolution kann [...] eine Reihe von Kräften freisetzen, denen die Tendenz innewohnen wird, die latente Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu aktualisieren‹. Frank Deppe stellte in diesem Zusammenhang in einer Schrift zum 60. Geburtstag von Wolfgang Abendroth fest, daß das ›Anwachsen und die Erfolge der kolonialrevolutionären Bewegung der Dritten Welt wesentlich an Einfluß auf die gegenwärtigen internationalen Konflikte gewonnen‹ hätten, der ›Prozeß der Kolonialrevolution‹ sei heute zur ›weltpolitischen Relevanz‹ geworden.«¹⁶

Kriege oder: Befreiungs-Gewalt

Bereits die 21. Delegiertenkonferenz des SDS 1966 hatte eine zentrale Resolution zum Vietnamkrieg verabschiedet: Marcuses Hauptreferat, veröffentlicht im Sommer 1966, gab die Richtung vor.¹⁷

Die Hauptmomente seiner Analyse waren:

- Der Krieg kann nur aus einer Globalstrategie der USA begriffen werden, die klassische Vokabel *Imperialismus* wird wieder mit Gehalt gefüllt;

- Die US-Truppenstärke steigt von Jahr zu Jahr (400 000), ebenso die Kosten: \$ 21 Milliarden jährlich – militärischer Erfolg? Negativ. Profitraten des militärisch-industriellen Komplexes? Glänzend! [2008: USA 1,1 Billionen \$ Wehrausgaben, besonders die teuere Variante des Irak-Krieges, der einzig für Menschenrechte geführt wird, bei Vietnam ging es um Demokratie]

- Die Bomben übertreffen den gesamten Verbrauch im 2. Weltkrieg, zudem sind sie von größerer Zerstörungswirkung (Napalm).

Der Krieg dauert von 1964-1973. Allein der amerikanische SDS (Students for a Democratic Society) hatte auf dem Höhepunkt der Anti-Vietnam Bewegung 100 000 Mitglieder in ca. 400 Ortsgruppen. Die Selbstauflösung der bundesdeutschen Studentenbewegung 1970 stört den Sieg der Vietkong nicht nachhaltig, 3 Jahre später gab es die wunderbaren Bilder der aus ihrer Botschaft flüchtenden letzten US-Soldaten.

Was waren die besonderen Kennzeichen der bundesdeutschen Bewegung? Sie war von Anfang an theorielastig!¹⁸ Allein die Differenz von der SDS-Erklärung

16 Die Nachweise aus Steinhaus und Deppe, siehe: Ingo Juchter: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt, Berlin 1996, mit einem 60 Druckseiten umfassenden Quellen- und Literaturverzeichnis! notabene: Michael Vester vom bundesdeutschen SDS war 1962 bei der Konstitution des amerikanischen SDS in Port Huron anwesend (S. 26, Anm. 15).

17 Siehe Herbert Marcuse: Nachgelassene Schriften. Die Studentenbewegung und ihre Folgen. Springe 2004, bes. 53 ff. Diesem Text folge ich in meiner Aufzählung.

18 1966 erscheint als edition suhrkamp (Nr. 173) von Jürgen Horlemann und Peter Gäng: Vietnam. Genesis eines Konflikts. Frankfurt am Main 1966 (zahllose Nachauflagen). Dieses Buch meine ich nicht. Zur aktuellen Ein-

und den Texten von Marcuse ist sinnfällig: der Philosoph, Heidegger-Schüler und Hegelkenner, dem wahrlich genügend abstraktes Denken zur Verfügung steht, gewinnt eine konkrete, mit Empirie gesättigte Beschreibungstechnik, die deutschen Verlautbarungen jagen ihre Beispiele und Fallargumente in die Wüste der Abstraktion. Da darf es sich nicht um einen Krieg handeln, mit einer vorzüglichen Armee und einem genialen Heerführer, sondern es muß ein Volkskrieg sein. General Giap wird zwar gedruckt, geht aber wie eine Nußschale unter in dem magistralen Text: *Es lebe der Sieg im Volkskrieg!* von Lin Biao.¹⁹ Die Fähigkeit der nordvietnamesischen Armee, sukzessiv Elemente von Partisanenkampf, so sie sich auf südvietnamesisches Territorium bewegen, taktisch in die Schlachtordnung einzupassen, wird isoliert und mit Kopfkakrobatik den imaginierten weltweiten Guerillakämpfen zugeschlagen. Ein Elementarereignis wie Krieg konnte die deutsche Linke überhaupt nicht denken – mit der Ausnahme Kurt Steinhaus!

Momente einer Fehlidentifikation:

1) Alle Berliner (wg. Besatzungsstatut) und viele bundesdeutsche der führenden SDS-Größen (»weiße« Jahrgänge oder körperlich wehruntauglich) waren nicht einmal in der Bundeswehr, somit entfiel jede militärische Erfahrung, jede Differenzbildung über verschiedene militärische Apparate (incl. der Polizei). Aus dieser Generation kam es auf dem Vietnam-Kongress im Februar 68 zu den reizvollen Forderungen: »Zerschlagt die NATO, Schaffen wir eins, zwei, drei, viele Vietnams« – zugegeben Ritualfloskeln von großem folkloristischer Wert. Welchen Sinn auf Massenveranstaltungen solche Rituale haben, darüber habe ich mir an anderer Stelle den Kopf zerbrochen, der Simmelsche Begriff des »Religioiden« weist in die richtige Richtung...²⁰

2) Die Lektüre der Grundtexte zum Krieg war verpönt. Der Militärtheoriker Friedrich Engels war völlig vergessen. Unbekannt waren ebenso: Lenins Auszüge zu Clausewitz' Werk »Vom Kriege« (DDR 1957) – natürlich niemals studiert: Clausewitz im Original –, ungelesen ferner: Guevaras *Partisanenkrieg* (DDR 1962), ganz zu schweigen von Theorie des Partisanen (1963; C. Schmitt), auch nicht Lektüre des brillanten Vorwort von Sebastian Haffner zu Mao Tse-tung: *Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt* (1966). Nützlich wäre weiterhin das Studium einer Abhandlung des Clausewitz-Kenners Werner Hahl-

schätzung, siehe Bernd Greiner: *Krieg ohne Fronten – die USA in Vietnam*. Hamburg 2007. Ich meine die SDS-Resolutionen 1966 bis 1969 und die meisten Beiträge auf dem Kongreß in Berlin 1968, vgl. den Nachdruck: *Internationaler Vietnam-Kongreß Februar 1968*. Hamburg 1987. [zuerst Berlin 1968]

19 Peking 1968. Nach diesem Modell wurde dann der Titel geschneidert: Vo Nguyen Giap: *Volkskrieg, Volksarmee*. München 1968.

20 Manfred Lauer: »Religioid« Überdeterminierung der Literatur- und Sozialrevolte von Achtundsechzig, in: Ott, Ulrich/Luckscheiter, Roman (Hrsg.): *Belles lettres/Graffiti. Soziale Phantasien und Ausdrucksformen der Achtundsechziger*. Göttingen 2001, S. 137-141.

weg gewesen: Lehrmeister des Kleinen Krieges; von Clausewitz bis Mao Tse-Tung und Che Guevara (Darmstadt: Wehr und Wissen 1968).

Warum breite ich das hier aus? Weil meine These ist, dass durch die Verwandlung eines fernen Krieges in einen Partisanenkampf eine falsche Nähe entstanden ist, eine romantische Identifikation mit Gewalt als Lebensform, statt Gewalt als Schwelle zu interpretieren, die nur aus Notwehr überschritten werden sollte. Wäre also der moralische Impuls – gegen jeden Krieg sein zu müssen! – ausschlaggebend gewesen, ohne den nicht diese Zahl von Demonstranten auf die Straße gegangen wären, dann hätte ein Lernprozess eintreten können. Die Tet-Offensive der FNL am 30. Januar 1968 bringt weite Teile des Landes unter Kontrolle. Einige dringen bis zur amerikanischen Botschaft vor und werden allesamt erschossen, am 1. Februar Straßenkämpfe in Saigon und anderen südvietnamesischen Städten, innerhalb von 54 Stunden sterben 6 300 Menschen. In der ersten Woche fallen 15 000 Vietnamesen, angeblich nur 376 Amerikaner.²¹

Welche Lernprozesse wurden 68 also verpasst? Sich nicht mit dem Heroismus der ihr Leben einsetzenden Kämpfern zu identifizieren! Aber um so mehr mit klassischen und provokativen Protestformen im eigenen Land gegen Krieg zu protestieren. Die Langzeitwirkung dieser Entmächtigung von Moral ist heute offensichtlich: wenn Kriege mit Auschwitz, welches es zu verhindern gäbe, und mit Kopftüchern, die frau gezwungen ist, tragen zu müssen, ideologisch verherrlicht werden, dann müsste eine autonome Moral schlicht die Ziviltoten, die durch jeden Krieg vernichteten Menschen, reklamieren. Die Weigerung Schröders, Bush zu unterstützen hatte mehrere Aspekte: a) Die Bundeswehr ist völlig unfähig, in einem ernsthaften Krieg zu kämpfen (In Afghanistan ist die Truppe zum Bau von Schulen abkommandiert, die Mädchen unverschleiert besuchen können), b) darf diese Tatsache nicht genannt werden, also wird ideologisch verschleiert (zumal eine Wahl ansteht und SPD-Wähler zu überlisten sind), c) wird alles in leiser Diplomatie getan, um sich hinterrücks anzubiedern: die größte Krankenstation für die amerikanischen GI ist in Deutschland, Ausbildung von Polizisten und ähnlichem Kolonialpersonal wird eifrigst betrieben, d) symbolische Einsätze für die NATO resp. UNO, um die amerikanische Aggressionspolitik zu überdecken (etwa die nutzlosen Schiffe, die angeblich Waffenschmuggel nach Libanon verhindern sollen). Erhard und Kiesinger haben sich beim Vietnam-Krieg dem adäquat verhalten. Es stellt sich die Frage, warum es der Linken nicht gelingt, einen nachhaltigen Protest gegen den neuen Krieg der USA zu entwickeln. Vielleicht, weil sie jeder Marxschen Religionskritik entwöhnt, dem Aberglaubenssystem Islam alles zuschiebt, was allen Hochreligionen gemeinsam ist. Selbstmordattentate sind eine Weiterentwicklung bestimmter Partisanentaktik: nichts anderes; sollten also militärtheoretisch und nicht theologisierend untersucht werden.

21 Diese und andere Angaben aus der sehr nützlichen Enzyklopädie von Rudolf Sievers (Hg.): 1968, Frankfurt am Main 2004, S. 53 ff.

3) Ende 1967 wird Ernesto Che Guevara, Ende 1969 wird Carlos Marighela ermordet. Der Brasilianer hatte der anderen Seite ein Tip gegeben: »Der bewaffnete Kampf des Stadtguerillero hat daher zwei wesentliche Ziele, die mit unaufhörlicher Verschärfung zu verfolgen sind:

a) die physische Beseitigung von Führern und untergeordneter Personen innerhalb der Streitkräfte und der Polizei.«²² Operation gelungen, leider und nicht allein in Bolivien und in Brasilien sind es die falschen Führer, die der emanzipatorischen Seite. In Peru verdämmert heute der Führer des »Leuchtenden Pfades«, Guzmán, nicht erschossen, sondern zuweilen in seiner Ohnmacht vorgeführt, in Kolumbien sind die Führer der »Befreiungsbewegung« Gewalt-Unternehmer (Elwert) geworden, auf Augenhöhe mit dem regierenden Establishment.

Marighela schlug unter b) vor: »die Enteignung der Regierung, der großen Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Imperialisten. Die kleineren Enteignungen dienen der individuellen Unterhaltung der Stadtguerillo, die großen der Unterhaltung der Revolution.« (ebenda)

Der wichtigere Part dieser Vorstellung ist z. Zt. in Venezuela zu beobachten, mit einem demokratisch gewählten Führer, Chavez, auf verfassungskonformen Bahnen. Will sagen: Selbst in dem Kontinent, der Möglichkeiten zum Guerillakampf geboten hat, ist er spätestens 1968 beerdigt. Wie also kann die späte, die verspätete Identifikation in den Metropolen verstanden werden?

Es fällt im Nachhinein auf, dass nicht die vielen Möglichkeiten genutzt wurden, die konkreten Bedingungen eines Partisanenkrieg zu studieren, sondern ein in abstrakter Allgemeinheit verbleibende Traktat eines Franzosen: Debray, *Revolution in der Revolution?*²³. Das Buch war durch Castro geadelt, der Debray durch lange Interviews ermöglichte, die Revolution seit dem Sturz des Diktators Batista 1959 zu verstehen. So ist es gut zu verstehen, dass das Buch in Kuba eine Startauflage von 200 000 hatte! Vergleicht man seine strukturelle Abstraktheit mit dem wirklichen Verlauf des historischen Prozesses, wird erkennbar, dass Debray einen einzigen Fall für sein Modell verallgemeinert, der nicht wiederholbar ist. Philosophisch ist das ausgearbeitet mit dem ungemein wichtigen Buch von Gilles Deleuze, *Differenz und Wiederholung*: Vereinfacht also gesagt, weil Kuba erfolgreich war, weil alle Zufälle für Castro ins Spiel kamen, etwa der wichtigste, schon nach ersten Aktion, dem Angriff auf die Festung Moncada, nach der Gefangennahme nicht erschossen worden zu sein, trotz des Befehls alle Gefangenen zu töten; weil diese Kette von Zufällen sich bis 1959 fortsetzte, ist Kuba gerade kein Modell für weltweite, nicht einmal: lateinamerikanische Partisanenkämpfe. Ge-

22 Carlos Marighela: Handbuch des Stadtguerillo, o. O. 1996, S. 14

23 Régis Debray: *Revolution in der Revolution?* München 1967. Vergessen wir nicht: Debray war eine Legende, nämlich, so der Mythos, Mitkämpfer von Guevara in Bolivien, so die Realität, nach Ermordung Guevaras, eingesperrt in Bolivien. Den Zerfall des Revolutionärs Debray, also eine der frühesten Konversionen, reflektiert, gültig auch für die vielen weiteren Konvertiten, Peter Brückner: Debray und andere. Drei Versuche über die Ratlosigkeit, Kursbuch 25, 1971. S. 143 ff.

rade, weil die Revolution siegte, wurde von der Konterrevolution alles antizipiert, eine solche Menge von Zufällen frühzeitig umzulenken, für sich ins Spiel zu bringen. Es gibt kein zweites Kuba und Lateinamerika hat erst seit 2000 Linksregierungen, die nicht als Partisanen, sondern durch Wahlen die politische Macht erobert haben. Das Desaster von Nicaragua, die gescheiterte sandinistische Revolution 1978 ff. waren die letzte geschichtliche Station des Guerilleros als Gesamtkunstwerk.²⁴

Nachsatz

Ich behaupte, die Gewaltdiskurse waren vor und nach 68 unterkomplex, theoriefähig nach einer Reihe Jahren Abstand, als Spezialdiskurs (in der Soziologie) und als Supertheorie (Foucault, Bourdieu). Die Linke, die seit einigen Jahren unter dem Einfluss eines neuen Obskurantismus geraten ist, die also, die Titel in die Welt setzt, wie Dutschke RAF Gewalt (ohne Kommata) oder die von 68 als »Unser Kampf« spricht, der gelingt es problemlos, theoretisch weit hinter 68 zurückzufallen.

Im Organisationsreferat auf der 22. DK des SDS 1967, von Dutschke und Krahl, welches auf mich damals keinen besonderen Eindruck gemacht hatte, sehen diese Ex-Linken die Keimform von Gewaltheuphorie. Zitiert wird eine Passage, die isoliert im letzten Teil der Rede auftaucht, um rhetorisch die Genossen und Genossinnen noch einmal wachzurütteln: »Die ›Propaganda der Schüsse‹ (Che) in der ›Dritten Welt‹ muss durch die ›Propaganda der Tat‹ in den Metropolen vervollständigt werden, welche die Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht. Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems repressiver Institutionen.« Einem Marxisten fiel 1967 ein: Bakunin, na ja; einem Bildungsbürger aber der Surrealismus, das Zweite Manifest von 1930: »[...]«, dass der Surrealismus von einem Dogma der absoluten Revolte, der totalen Unbotmäßigkeit, der obligatorischen Sabotage nicht zurückgeschreckt ist und dass er sich einzig von der Gewalt etwas verspricht. Die einfachste surrealistische Handlung besteht darin, mit Revolvern in den Fäusten auf die Straße zu gehen und blindlings soviel wie möglich in die Menge zu schießen.« Da aber Bildungsbürger eine Minorität in der Minorität des SDS waren, vermochten die allermeisten den poetischen Bretontext nicht wieder-

24 Die Moncado-Periode; vgl. Leicester Coltman: der wahre Fidel Castro, Düsseldorf/Zürich 2005, S. 128 f. – Die konkrete Dynamik der Revolution, mit intensiver Berücksichtigung der Spezifik Kubas, siehe: Günter Maschke: Politik und Guerilla in der Cubanischen Revolution [1973]. In: ders.: Das bewaffnete Wort, Wien u. Leipzig 1997, S. 9 ff. (»Castros Genie lag darin, die Ohnmacht Batistas als erster zu erkennen und deshalb auch noch mit 12 oder 15 Versprengten den Kampf aufzunehmen. Ein paar hundert junge Enthusiasten errangen den Sieg, ohne daß sie großen organisatorischen oder finanziellen Rückhalt besessen hätten.«38). Schließlich die Tragik und die Niederlage Nicaraguas, siehe: Sergio Ramirez: Adios, Muchachos!, Wuppertal 2001.

zuerkennen, der den Subtext des Referats abgab, wohl aber assoziierten sie Maria & Maria oder »Leichen pflastern seinen Weg«, kurz: den Italowestern, den sich der SDS oft mit größtem Vergnügen anzusehen pflegte.²⁵

25 Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl: Organisationsreferat (1967), zuerst gedruckt 1980. Erneut in: Redaktion diskus (Hg.): Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam 1992, S. 253-258, hier S. 257. André Breton: Die Manifeste des Surrealismus. Reinbek bei Hamburg 1968, S. 56; Wolf Lepenies: »Il Mercenario« – Ästhetik und Gewalt im posthistoire. In: Martin Jürgens u. a.: Ästhetik und Gewalt. Gütersloh 1970, S. 40 ff.

Differenzierungen im Begriff der Militanz. Überlegungen zur politischen Subjektivität der Linken

Die Ausschreitungen auf der Rostocker Anti-G8-Demonstration vom 2. Juni 2007 haben der Linken in Deutschland wieder einmal eine Militanz-Debatte beschert. Sieht man genauer auf das, was tatsächlich geschehen ist, wäre zunächst einmal am Sinn der Diskussion zu zweifeln: verglichen mit dem, was noch in den 1990er Jahren an so verstandener Militanz üblich war, ist von Seiten der DemonstrantInnen eigentlich nicht viel passiert. Auch insofern bleibt als erstes auf die Gewalt des Staates zu verweisen, die in Form und im Ausmaß um ein Vielfaches heftiger war. Dies umso mehr, als ein Bruch bürgerlichen Rechts von Seiten des Staates allemal schwerwiegender ist als ein solcher von Seiten der sozialen Bewegungen und der politischen Linken, besonders dann, wenn dieser Staat nicht nur, aber auch in Sachen »Innere Sicherheit« seit Jahren aufrüstet und sein eigenes Recht dabei sukzessive demontiert.

Der Klarheit halber halte ich deshalb einleitend fest: sofern die Gewalt in Rostock von Seiten der DemonstrantInnen ausging, handelte es sich um vereinzelte Aktionen weniger, die sich dabei, und das sollte in der innerlinken Diskussion nicht vergessen werden, über die Verabredungen der am Demonstrationsbündnis beteiligten Kräfte hinwegsetzten, einschließlich der linksradikalen Gruppen und Netzwerke. Die Polizei hat das dann zum willkommenen Anlass gleich mehrerer Angriffe auf den Demonstrationsplatz und die Demonstration insgesamt, damit aber auf das *Demonstrationsrecht* selbst genommen. Diese auch mit Gewalt zurückzuschlagen war und bleibt auch dann richtig, wenn dabei nicht jede Aktion als angemessen bezeichnet werden kann.¹

Nun zielt die Militanz-Diskussion auf grundsätzlichere Fragen als auf die der taktischen Bilanzierung einer besonderen Situation. Tatsächlich ist den GegnerInnen von Gewalt einzuräumen, dass sich ihre Kritik zu Recht auf das Selbstverständnis einer emanzipatorischen Linken berufen kann: auf den Umstand, dass eine Linke, die sich selbst versteht, grundsätzlich gegen Gewalt, gegen die gewaltsame Verletzung von Leuten sein muss. Wiederum in einleitender Weise liegt mir viel an der Feststellung, dass ich diese Position teile. Noch immer grundsätzlich sind dann aber zwei Grenzen dieser Position zu benennen:

1 Meine Kritik bezieht sich insbesondere auf die Stein- und Flaschenwürfe aus hinteren Reihen, von denen immer wieder auch DemonstrantInnen getroffen wurden. Ich hoffe sehr, dass man sich von dieser in den späten 1970er Jahren aufgekommenen und in den 1980er Jahren üblich gewordenen Aktionsform prinzipiell verabschiedet.

(a) Zur Durchsetzung ihrer Ziele ist die Linke auf den Aufbruch, die Entfaltung und fortlaufende Radikalisierung sozialer Kämpfe verwiesen. Aus subjektiven wie aus objektiven Gründen werden diese Kämpfe immer wieder auch gewaltsam ausgetragen, und das nicht nur, weil und wenn sie von Jugendlichen geführt werden. Die Linke muss zu solchen Kämpfen und denen, die sich in ihnen oft erstmals oder jedenfalls anfänglich politisch artikulieren, ein bejahendes und produktives Verhältnis haben: sie kann *nicht* nicht wollen, dass es solche Kämpfe und die in ihnen aufbrechende Gewalt gibt. Sie kann deshalb trotz ihrer prinzipiellen Gewaltkritik keinen prinzipiellen Gewaltverzicht leisten.

(b) Es steht nach aller Erfahrung außer Frage, dass der Staat immer wieder Gewalt einsetzen wird, um die sozialen Bewegungen und die Linke niederwerfen zu können. Eine Linke, die ernsthaft – ich verwende das Wort mit Absicht – *siegen* will, muss die prinzipielle Gewaltbereitschaft des Staates strategisch in Rechnung stellen. Sie muss deshalb bereit und im Ernstfall auch in der Lage sein, entsprechende Angriffe zurückzuschlagen. Dies schließt ein, ihre Gegner – ich verwende auch diesen Ausdruck bewusst, weil Beschönigungen gerade hier gefährlich wären – nötigenfalls *ausschalten* zu können. Sie kann auch deshalb keinen prinzipiellen Gewaltverzicht leisten.

Nimmt man beides – die prinzipielle Gewaltkritik und die faktische Unmöglichkeit eines prinzipiellen Gewaltverzichts – zusammen, ergibt sich grundsätzlich, dass der Einsatz von Gewalt für Linke ein im Vollsinn des Wortes *äußerstes* Mittel darstellt: eines, auf das sie ohne Not nicht zurückgreifen darf. Nun wird diese Position von wenigstens zwei Seiten her zurückgewiesen: von PazifistInnen, für die eine pragmatische Relativierung prinzipieller Gewaltkritik per se ausgeschlossen ist, und von den »Militanten«, für die Gewalt eben kein nur im äußersten Fall zu bejahendes Mittel des politischen Kampfes ist, sondern eines, dem in sich emanzipatorische Qualität zukommen soll. Für sie ist die Gewaltfrage deshalb keine strategisch-taktische, sondern eine Frage der subjektiven Expression linker Politik schlechthin. Wenn ich mich im Folgenden primär auf diese Position beziehe, dann deshalb, weil die pazifistische für mich keine linke Position im vollen Sinn des Wortes ist. Natürlich gibt es viele PazifistInnen, die in vielerlei Hinsicht linke Positionen vertreten, doch sind sie als PazifistInnen, das sei hier vorausgesetzt, keine Linken.²

Wovon die Rede ist

Eine angemessene Diskussion des Verhältnisses der Linken zur Gewalt verlangt aber nicht nur eine Prinzipienreflexion, sie muss sich auch der Geschichte linker Gewalt stellen. Von dieser Gewalt unterscheide ich im Sinn des unter (a) genann-

2 Mit dieser Festlegung geht es mir nicht um anmaßende und auch lächerliche Ausschlüsse, sondern darum, eine These in gebotener Schärfe zur Diskussion zu stellen, d. h. der Bestreitung auszusetzen.

ten Vorbehalts zunächst diejenige, die sich im *riot* Bahn bricht, d.h. die mehr oder minder spontane Gewalt rebellischer Subjektivität. Wie eben bereits angemerkt, ist sie eine Konstante der sozialen Kämpfe und wird dies auch künftig sein: als im Wortsinn schlagendste Form des »ya basta«, mit dem sich Unterdrückte jeden Herrschaftsverhältnisses bei oftmals geringfügigem Anlass gegen ihre Unterdrückung, Erniedrigung, Ausbeutung und tagtägliche Verletzung *auflehnen*. Sich gewaltsam erhebende Rebellion artikuliert sich dabei natürlich nicht nur im plötzlichen und ungeplanten *riot*, sondern überall dort, wo der *Affekt der Auflehnung* das Denken und Handeln bestimmt. Bei einzelnen kann dies für längere Zeit und manchmal sogar ihr ganzes Leben lang der Fall sein.³ Damit ist noch einmal festgehalten, dass es dabei nicht bloß um Jugendrevolten geht, im Gegenteil. Es gab und gibt plebejische, proletarische oder bäuerliche Erhebungen, die von ganz explosiven Formen von Gewalt getragen wurden, und es gibt eine alltägliche rebellische Gewalt der Subalternen, von der HerrschaftssergeantInnen jeder Art ihr Lied zu singen wissen. Durch ihre (und sei es lebenslängliche) affektive Spontaneität bestimmt, ist rebellische Gewalt tatsächlich primär Expression und findet darin ihre Rechtfertigung. Das aber unterscheidet sie von linker Gewalt, die selbst dort, wo sie unvorbereitet oder unter Druck eingesetzt wird, eine strategisch bestimmte, d. h. eine kalkulierte Gewalt ist. Linke Gewalt geht deshalb auch nicht von rebellischer Subjektivität, sondern von Organisationen aus, und seien dies informell organisierte autonome Kleingruppen.

Sieht man auf die Geschichte so verstandener linker Gewalt, kann allerdings nicht bestritten werden, dass es sich dabei um die Geschichte eines doppelten Scheiterns handelt. Sie ist dies zunächst einmal deshalb, weil sie eine solche der Niederlagen ist, sofern in ungezählten Fällen linke von rechter Gewalt überwältigt wurde. Es genügt, hier an das Schicksal der bewaffneten Streitkräfte der *Sozialistischen Arbeiterpartei Österreichs* im Widerstand gegen die Truppen des faschistischen Deutschland, an das Schicksal der SozialistInnen, KommunistInnen und AnarchistInnen im Spanischen Bürgerkrieg und an die blutige Zerschlagung der chilenischen *Unidad Popular* durch die Putschisten des Mörders Pinochet zu erinnern.

Vom Scheitern linker Gewalt muss aber auch in anderer Hinsicht gesprochen werden: dort nämlich, wo sie sich zwar durchzusetzen vermochte, sich aber gerade im militärischen um den politischen Sieg brachte, weil sie im Sieg und oft auch vorher schon aufhörte, *linke* Gewalt zu sein. Dies war fast überall dort der Fall, wo sie zur Staatsgewalt wurde. Der stalinistische, der maoistische und zuletzt der Terror in Kambodscha und Afghanistan markieren deshalb die furchtbarsten Niederlagen der Linken: Niederlagen, die genauso wenig vergessen werden dürfen wie die in Wien, Barcelona oder Santiago.

Von einem Scheitern kann allerdings nicht nur dort gesprochen werden, wo Gewalt in Terror umschlug, d. h. in die brutalste Form von Herrschaft. Gescheitert

3 Ich erinnere hier nur an Jacques Mesrine: Der Todestrieb. Autobiographie eines Staatsfeinds. Hamburg 1980, oder Jean Genet: Tagebuch eines Diebes. Hamburg 1982.

ist linke Gewalt vielmehr schon dort, wo die Logik der Politik von der militärischen Logik erst überformt und dann überdeterminiert wurde. Suchte man ein Bild für diesen Prozess, wäre von der Ersetzung der politischen Kommissars durch den militärischen Kommandanten zu reden, ein Vorgang, der sich oft in der Person des politischen Kommissars selbst vollzog, im prominenten Beispiel etwa in der Person Leo Trotzki, und das wohl nicht erst, aber endgültig in dem Augenblick, als er den Befehl zur Auslöschung der Kommune von Kronstadt gab.

Allerdings lassen sich Überformung und Überdetermination des Politischen durch das Militärische auch in Organisationen, in Strategien und schließlich in politischen Projekten ausmachen – historisch prägnant und noch immer aktuell in den Projekten und Strategien, für die die Organisationsform der Nationalen Befreiungsfronten der anti- und postkolonialen Kämpfe stand und steht. Auch hier hängt das Scheitern im Übergang von der revolutionären zur Staatsgewalt, und zwar im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Gemeint ist hier aber nicht nur der Umschlag von Gewalt zum Terror, sondern der Prozess, in dem die Logik der Gewalt dem Kampf die Form der Demokratie nimmt, und zwar auch und gerade die Form einer sich im Kampf erst herausbildenden Demokratie. Das in der Gewaltausübung begründete Scheitern von Organisationen, Strategien und Projekten artikuliert sich dabei in der Form der Korruption, für die prominent die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) oder die *Palestinian Liberation Organisation* (PLO) zu nennen wären. Nahezu unvermeidlich wurde diese Korruption mit dem Ende der Blockkonfrontation, d. h. nach dem Ausfall der materiellen Unterstützung durch den sowjetischen Staatenblock. In allen Fragen der Versorgung und des Nachschubs auf sich allein gestellt, wurde der fortgesetzte Kampf für die verbliebenen Fronten zum zermürbenden Abnutzungskampf, dessen bestmögliches Ende im Waffenstillstand in der Folge der Erschöpfung aller Kriegsparteien lag. Dies gilt so vermutlich für die *Liberation Tiger of Tamil Eelam* (LTTE), für die *Partiya Karkeren Kurdistan* (PKK), vielleicht auch für die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC).

Zu nennen bleiben schließlich die Formationen der Stadtguerilla, sofern auch ihr bewaffneter Kampf – wiederum oft gegen die subjektive Intention – zum Selbstzweck wurde, und sei dies deshalb, weil er, wie im Fall der *Roten Armee Fraktion* (RAF), zuletzt nur noch um die Verteidigung und Befreiung ihrer der staatlichen Isolationsfolter unterworfenen GenossInnen geführt wurde. Ich führe das nicht zur Entschuldigung an, sondern um noch einmal festzuhalten, dass in allen hier diskutierten Fragen immer zuerst von der Gewalt zu sprechen ist, die vom Staat ausgeht.

Bringt man die Geschichte linker Gewalt auf ihren Punkt, wird man auf die einleitende Prinzipienreflexion zurückgeworfen: dass die Linke zu einer Position prinzipieller Gewaltkritik genötigt ist, die sie unter zwei Bedingungen pragmatisch relativieren muss: im Fall der Selbstverteidigung und in ihrem strategisch notwendigen Bezug auf in spontaner Gewalt ausgetragene individuelle oder kol-

lektive Rebellion. Sofern es aus dieser tragisch zu nennenden Konstellation keinen logischen, sondern nur historische Auswege gibt, bleibt die Linke fortgesetzt auf eine genauere Durchsicht ihrer hier natürlich nur grob skizzierten Gewaltgeschichte verwiesen. Dies deshalb, weil die situativ möglicherweise unvermeidliche Gewalt dann in möglichst reflektierter Form ausgeübt werden kann.

Treue und Glauben

Wenn ich jetzt auf die Militanz-Debatte nach Rostock zurückkomme, dann um mich nun direkt mit den BefürworterInnen einer vorgeblich in sich emanzipatorischen Gewalt auseinanderzusetzen. Meine These ist, dass sie den Unterschied zwischen der spontanen und expressiven Gewalt der Rebellion und der im eigentlichen Sinn des Worts linken Gewalt einebnen und überspringen. Sie tun dies in Deutschland auch in der Folge eines sehr eingeschränkten Militanz-Begriffs, der von dessen Gebrauch in anderen Ländern entscheidend abweicht.

Außerhalb des deutschen Sprachraums versteht man unter einer Militanten die politische AktivistIn im eminenten Sinn des Worts, d. h. eine Subjektivität, die sich dem politischen Kampf *mit ihrer ganzen Existenz* verpflichtet – worin auch immer ihr *Engagement* konkret besteht. Die existenzielle Verpflichtung der in diesem Sinn Militanten hat deshalb *als solche* mit einer Zustimmung zu physischer Gewalt nichts, aber auch gar nichts zu tun – sieht man davon ab, dass eine Militante unter bestimmten Umständen den Einsatz organisierter, d. h. strategisch kalkulierter und folglich nicht expressiv begründeter Gewalt bejahen wird. In der politischen Philosophie des französischen Postmarxismus gehen Alain Badiou und Jacques Derrida dabei so weit, so verstandene Militanz konstitutiv an zwei der religiösen Tradition entlehnte Fähigkeiten zu binden: die der Treue (zu dem Ereignis politischer Wahrheit, auf das sich die Militante im Bruch mit dem Bestehenden stetig zurück beziehen wird), und die des Glaubens (an das im Kommen begriffene Ereignis politischer Wahrheit, das für die Militante jetzt schon zur Bedingung ihres Bruchs mit dem Bestehenden geworden ist).⁴

Es liegt auf der Hand, dass der deutsche Gebrauch des Worts dem gegenüber eine extreme Verengung darstellt, und es ist genau diese Verengung, die der Unterstellung einer vorgeblich in sich emanzipatorischen Gewalt voraus liegt. Hört man genau auf die Begründungen der BefürworterInnen eines solchen Gewaltverständnisses, wird offenbar, dass die vermeinte emanzipatorische Qualität allerdings auch für sie nicht in der Gewalt liegt, sondern in dem Umstand, dass der Gebrauch von Gewalt und das mit ihm übernommene Wagnis unbestreitbar eine der im Wortsinn *gefährlichsten* Proben der existenziellen Selbstverpflichtung, der Treue und des Glaubens, also der politischen Militanz darstellt. Präzise gefasst

4 Alain Badiou, *Ethik*, Wien 2003; Jacques Derrida, *Marx and Sons*, Frankfurt 2004.

heißt dies nun aber (ganz im Einverständnis mit dem Gebrauch des Militanzbegriffs außerhalb Deutschlands), dass die beanspruchte emanzipatorische Qualität allein in der Bereitschaft liegt, die existenzielle Selbstverpflichtung immer wieder der praktischen Bewährung im Augenblick ihrer Anfechtung auszusetzen. Diese Bereitschaft ist politischer Militanz nun allerdings konstitutiv, und ihr kommt tatsächlich eine eminent emanzipatorische Qualität zu. Badiou macht dies auch daran fest, dass das linke politische Engagement heute gerade nicht mehr in der Berufung auf ein revolutionäres Kollektivsubjekt begründet werden kann: »Durch ist jeder zu etwas berufen, was ich folgendermaßen bezeichnen werde: die Notwendigkeit, in seinem eigenen Namen vor dem Unmenschlichen zu entscheiden und zu denken. (...) Aber die Entscheidung, in seinem eigenen Namen zu entscheiden und zu reden, wenn es sich um eine politische Frage handelt, verlangt, dass diese Entscheidung, insofern sie nicht der Schicksalsnotwendigkeit eines Kollektivsubjekts überlassen werden kann, über einen Fixpunkt, ein unbedingtes Prinzip verfügt. Es handelt sich hier um jenes, was Rückkehr zur Ethik genannt wurde.«⁵

Der in diesem Sinn ethischen Selbstbindung der Militanten kommt dann tatsächlich nicht nur eine emanzipatorische, sondern auch eine expressive Qualität zu: sie ist auch und in konstitutiver Weise *Ausdruck* der politischen Subjektivität, mehr noch – sie ist diese selbst. Hält man dies fest, muss die Engführung von Militanz auf Gewalt dann aber auch von diesem Punkt her aufgekündigt werden, weil nun *Militanz* (im weiten Sinn des Begriffs) als Expression *politischer* Subjektivität zu fassen ist und auch deshalb qualitativ von *Gewalt* als Expression *rebellischer* Subjektivität unterschieden werden muss. Andererseits bleibt auch nach dieser letzten Differenzierung von Militanz und Gewalt noch einmal zu unterstreichen, dass die prinzipielle Gewaltkritik der Linken keinen prinzipiellen Gewaltverzicht einschließt: eben weil die Linke notwendig auf die rebellische Subjektivität derer verwiesen bleibt, die *im Aufstand* – und mag er sich in einer noch so unbedeutenden Alltagshandlung artikulieren – den universellen Anspruch aller auf Befreiung bejahen. Konkret und praktisch gewendet heißt dies aber, dass eine politische Linke verpflichtet ist, rebellische Gewalt (im physischen Sinn des Worts) in politische Militanz (im ethischen Sinn des Worts) zu verwandeln. Diese Verpflichtung ergibt sich, um so zu schließen, aus strategischen, aber auch aus prinzipiellen Gründen.

5 In: Alain Badiou u. a.: Politik der Wahrheit. Wien 1997, S. 26.

Gewalt und Befreiung. Solidarische Emanzipation unter den Bedingungen des neoliberalen Kapitalismus¹

*»Ich habe gelernt, wie gut eine Gewalttat tut, wenn man in dem Gewaltverhältnis glaubt, der Gute zu sein. Wie befreiend Gewalt ist, wenn man sich von allen zivilisatorischen Übereinkünften befreit hat – außer von der Moral. Wenn also die Moral alleine und nackt dasteht – dann sagt ausgerechnet sie ganz kalt: Töte! Und du wirst ganz frei sein!«
Robert Menasse²*

Der Ruf nach Gewalt

In den letzten sechs Jahren sind weltweit mehr Kinder an den Folgen von Hunger und vermeidbaren Krankheiten gestorben, als Menschen in den sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges getötet wurden. Alle drei Sekunden wird ein menschliches Leben, das gerade erst begonnen hat, auf grausame Weise beendet. Gleichzeitig werden in diesen drei Sekunden weltweit 120 Tsd. Dollar für Rüstung ausgegeben. Die »Sachzwänge« der Globalisierung stehen in einem fundamentalen Widerspruch zu den Menschenrechten.³

Angesichts solcher schreiender Ungerechtigkeit und der eskalierenden Zerstörung der natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens, eines imperialen Kriegs im Namen des Kampfs gegen den Terror und des Ausbaus eines Überwachungsstaats, konfrontiert mit der Selbstbereicherung der Superreichen und schleichender Verarmung vieler ist Widerstand gefordert. Brechts Wort ist aktuell: »Dass Du Dich wehren musst,/ wenn Du nicht untergehen willst,/ wirst Du doch einsehen.«

Was sollen friedliche Demonstrationen, wenn sie es nicht vermögen, die Militärmaschinerie der USA und ihrer Verbündeten zu stoppen? Welchen Zweck haben gewaltfreie Blockaden, wenn sie keine ökologische Wende erzwingen kön-

1 Ich möchte allen danken, die Vorentwürfe dieses Artikels kommentiert und kritisiert haben und mir dadurch die Möglichkeit gaben, eine Position zu präzisieren: Effi Böhlke, Erhard Crome, Judith Dellheim, Alex Demirovic, Ilsegrit Fink, Cornelia Hildebrandt, Dieter Klein und Rainer Rilling.

2 Robert Menasse: Die Zerstörung der Welt als Wille und Vorstellung. Frankfurt am Main 2006, S. 92.

3 »Wenn man die Menschenrechte sichern will, gibt es nur die eine Lösung, sie den Sachzwängen entgegenzustellen, die die Verletzungen hervorrufen. Weder ein Bekenntnis an der Flagge noch Tribunale oder Polizei allein können die Menschenrechte sichern. Wenn man nicht zunächst die Sachzwänge angeht, entwickeln diese eine Macht, die die Menschenrechte selbst fortreibt.« Franz J. Hinkelammert: Das Subjekt und das Gesetz. Die Wiederkehr des verdrängten Subjekts. Münster 2007, S. 310 f.

nen? Wozu reden und immer wieder dagegen anreden, wenn sich Argumente als stumpfes Mittel erweisen? Sind die gewaltfreien Aktionen denn mehr als nur selbstverliebtes folgenloses Ersatzhandeln der Passagiere der Luxusklasse der *Titanic*? Sind sie etwas anderes als eine bloße Wohlfühlaktion für die privilegierte Mittelklasse im reichen Norden, die ihr schlechtes Gewissen etwas beruhigen will?

Zwanzig Jahre sind seit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems vergangen und die übrig gebliebenen Mächte des Westens haben sich zum Sieger erklärt, um einfach so weiterzumachen und alles noch zu verschlimmern – das Wettrüsten genauso wie die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, die Ausbeutung von Natur und der Menschen gleichermaßen. Wenn wir nicht verzweifeln wollen an diesem Widerspruch zwischen dem Notwendigen und dem Tatsächlichen, müssen wir radikal werden, müssen die grundsätzliche Veränderung erkämpfen. Wo aber ist der Weg aus der Lethargie?

Günther Anders (1902-1992), einer der scharfsichtigsten unabhängigen Geister Deutschlands im 20. Jahrhundert, forderte nach der Katastrophe von Tschernobyl von 1986, nun doch zur Gegengewalt zu greifen. Im Interesse »künftigen Weltfriedens und des Weiterbestands des Menschengeschlechts« müsse bedacht werden, »den Übergang von Protest zur Verteidigung, von der Verteidigung zum Gegenangriff zu erwägen«⁴. Er kam zu dem Schluss: »Kurz: als Feinde haben wir diejenigen zu betrachten, und deshalb zu behandeln, die (wie es z. B. in Hitlers Kriegen, aber auch in Kennedys und Johnsons Vietnamkrieg, geschehen war) uns dazu zwingen, das zu tun, was für uns eigentlich tabu ist: nämlich zu töten.«⁵ Da die Gegengewalt auf eine Zukunft der Gewaltlosigkeit abziele, sei sie legitim.⁶

In einem von Günther Anders verfassten »imaginären Interview« mit sich selbst schrieb er 1986: »... wer ein Zeitgenosse von Verdun gewesen ist und von Auschwitz und von Hiroshima, von Algerien und Vietnam und, und ... Wer also dazu verurteilt gewesen ist und noch heute ist, diese pausenlos gellende Epoche Tag für Tag und Jahr für Jahr zu durchleben ... Der kann nicht und darf nicht Anwalt der Gewaltlosigkeit um jeden Preis werden oder sein oder bleiben, weil Erpresste und Angegriffene ... zur Notwehr gegen Gewaltdrohungen und erst recht gegen Gewaltakte legitimiert, sogar verpflichtet sind ... *Notstand legitimiert Notwehr, Moral bricht Legalität.*«⁷ In der Konsequenz heißt dies: »Diejenigen, die die Vernichtung von Millionen Heutiger und Morgiger, als unsere endgültige Vernichtung vorbereiten oder mindestens in Kauf nehmen, die müssen verschwinden, die darf es nicht mehr geben.«⁸

An der Zeitdiagnose hat sich wenig geändert. Und zugleich sind neue Kriege, neue Armut, neue Umweltzerstörung hinzugekommen. Was scheint angesichts

4 Günther Anders: Gewalt – ja oder nein. Eine notwendige Diskussion. Herausgegeben von Manfred Bissinger. München 1987, S. 144 f.

5 Ebenda, S. 145.

6 Vgl. ebenda, S. 103.

7 Ebenda, S. 93.

8 Ebenda, S. 104.

der längst existierenden globalen Katastrophe legitimer als Gegengewalt? Was könnte die imperiale globale Vernichtungsmaschinerie am wirksamsten stoppen, wenn nicht der Griff zur Waffe? Und liegt nicht in dieser Gegengewalt zugleich eine emanzipative Kraft? Ist dies nicht die einzig richtige, einzig radikale Antwort auf den Wahnsinn der Selbstzerstörung der Menschheit? Führte sie nicht endlich, endlich aus der Gleichgültigkeit? Ist nicht Gewalt die einzige Kraft, die wirklich etwas bedeutet jenseits der »netten« Latschdemos und hilfloser Appelle?

Und: Selbst, wenn man dies alles ablehnt, scheint dann nicht zumindest kritische Solidarität geboten mit jenen, die sich für Gewalt entscheiden? Ist nicht angesichts der Übermacht der Gegenseite die »eigene« Gewalt völlig zu vernachlässigen und sollte die Kritik nicht ganz auf den Staat und die Kräfte, die ihn stützen, gerichtet werden? Wieso sollte es irgendeinen legitimen Grund geben sich abzugrenzen von jenen, die – und sei es aus Verzweiflung, und sei es aus der Hoffnung, endlich mal etwas tun zu können, was eine Wirkung hat und etwas bedeutet – zum Stein, zur Brandflasche greifen? Macht sich nicht der, der die Gewalt der Gegner von Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung sowie Umweltzerstörung thematisiert, zum Handlanger des Feindes, biedert er sich ihm nicht an auf widerlichste Weise? Und spaltet eine solche Kritik nicht nur die ohnehin schwachen Gegenkräfte?

Wer der Auffassung ist, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein darf, weil es ein Wort auf dem Todesbett der Menschheit wäre, muss nach Alternativen suchen. Und wer sich fragt, warum der Kapitalismus trotz seiner Zerstörungsmacht am Ende des 20. Jahrhunderts seinen Wiederaufstieg feiern kann, der ist in der Verantwortung, dazu beizutragen, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht wieder einer ist, der im Wettbewerb der Alternativen unterliegt. Und wer behauptet, dass die Not so groß ist, dass es so nicht mehr weitergehen darf, der muss die Wege aufzeigen, die aus dieser Not herausführen.

Die Frage muss wieder in aller Klarheit gestellt werden: Ist nicht Gewalt das letztlich einzig radikale Mittel, radikalen Wandel herbeizuführen? War in der Geschichte der Linken nicht alles Abrücken vom Mittel der Gewalt letztlich doch ein Abrücken vom Ziel grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen? Sind nicht alle anderen Versuche der Reförmchen und Reformen, der »Verbesserungen« hier oder da, des kleinen oder halbierten Kompromisses dann und wann irgendetwas anders als nur eine Ausflucht, weil man entweder nicht zur Gewalt greifen kann oder will? Und hat sich nicht gezeigt, dass diese gewaltfreien Mittel das Weiter-So bestenfalls erst ermöglichen, abgesehen von den Posten und Pöstchen, die sich dieser oder jener erhoffen mag? Vielleicht ist Gewalt gerade jetzt nicht besonders zweckmäßig – aber ist sie nicht die einzige wirkliche Medizin, wenn der richtige Augenblick gekommen ist?

Die Linke hat in ihrer Geschichte diese Frage immer wieder diskutiert. Thomas Müntzers verzweifelter Aufruf an die Mitglieder seines revolutionären Bundes von 1525, sich dem Bauernaufstand anzuschließen, hallt nach: »Dran, dran, die-

weil das Feuer heiß ist. Lasset euer Schwert nicht kalt werden, werdet nicht lahm. Schmiedet pinkepanke auf den Ambossen Nimrods, werfet ihnen den Turm zu Boden. Es ist nicht möglich, weil sie leben, dass ihr der menschlichen Furcht solltet leer werden.«⁹

In diesem Artikel wird über linken Widerstand und Gegengewalt nachgedacht. Angesichts der Ausweitung der staatlichen Gewaltmittel nach außen und innen, konfrontiert mit neuer Rüstung und Angriffskriegen, der immer umfassenderen Überwachung und der ausgreifenden Anwendung des Terrorismusvorwurfs erscheint dies manchen als leerer Luxus oder schlimmer noch als Legitimation dieser Tendenzen zu mehr staatlicher Gewalt. Aber was ist die Antwort einer demokratischen Linken darauf? Was kann sie selbst tun als Reaktion? Worin bestehen ihre Handlungsoptionen?

Die einfachste Antwort auf neue Kriege und extensive Überwachung scheint es, mit Gegengewalt zu antworten. Aber ist dies eine souveräne Antwort? Geht sie hervor aus einer autonomen Analyse und aus wirklicher Selbstbestimmung? Ist dies ein Beitrag zur solidarischen Emanzipation? Die notwendige Analyse der Politik von Herrschenden darf doch nicht heißen, die Selbstreflexion zu vernachlässigen. Wenn man sonst nichts beeinflussen kann, das eigene Handeln kann verändert werden. Gerade weil die politische Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik so notwendig ist, ist es umso dringlicher, über die Ziele und Mittel dieser Auseinandersetzung so intensiv wie lange nicht zu diskutieren.

Gewalt – ein besonderer Rohstoff

Der Ruf nach Gewalt macht deutlich, dass es sich hier nicht um ein beliebiges Mittel politischen Agierens neben anderen handelt. Für die Herrschenden ist Gewalt immer die Ultima ratio, wenn ihre anderen Machtmittel versagen, es ist ihr letztes, entscheidendes »Wort«. In den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten wurde Herrschaft ganz in das System absoluter Gewalt aufgelöst.¹⁰

Von dieser Gewalt der Herrschenden ist *Gegengewalt* zu unterscheiden, die Gewaltanwendung jener, die sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Vernichtung wehren. Es ist die Gewalt der Rebellierenden, der politischen Widerstand, der sich der Gewalt bedient. Sie zielt auf die Aufhebung von Herrschaft. Sie wird als siegreiche Macht gebraucht, um sich zu verteidigen.¹¹ Und sie kann neuer Herrschaft dienen, wenn diese sich gewaltsam zu festigen sucht.

9 Thomas Müntzer: An die Allstedter. Manifest an die Mansfeldischen Berggesellen. In: Hutten – Müntzer – Luther. Werke in zwei Bänden. Erster Bd. Berlin und Weimar 1970, S. 264.

10 Eine »dichte Beschreibung« dieser absoluten Gewalt gibt Wolfgang Sofsky: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt am Main 2004.

11 Daraus erwuchs die Forderung nach der Diktatur des Proletariats – der bewaffneten Herrschaft der befreiten Arbeiter. Aus dem Gefängnis schrieb Louis Blanqui: »Waffen und Organisation – das ist das entscheidende Mittel des Fortschritts, das einzig ernste Mittel, dem Elend ein Ende zu machen. Wer das Eisen hat, hat Brot. Man sinkt

Was aber ist Gewalt? Ist sie nicht überall und deshalb auch nirgends? Ist nicht jede Pore menschlichen Zusammenlebens dadurch geprägt? Steht nicht hinter jedem Arbeitsvertrag, den ein Arbeitsloser untertariflich oder an der Armutsgrenze eingeht, Gewalt? Ist nicht in jedem Produkt, das als »Schnäppchen« ergattert wird, die Gewalt enthalten, die niedrige Löhne und umweltzerstörende Technologien erzwingt? Und basiert nicht auch »unsere Reisefreiheit« auf den Mauern, die um die Europäische Union herum errichtet werden?

Wenn hier und im Folgenden von Gewalt gesprochen wird, dann im sehr engen Sinne der »absichtsvolle(n) physische(n) (und psychischen – M. B.) Verletzung von Menschen durch Menschen«¹². Eine Tat wird zur Gewalt, wenn sie den anderen, die andere bewusst zu verletzen sucht, seine, ihre leibliche und psychische Integrität absichtsvoll bedroht, ihn, sie deshalb zielgerichtet in (Todes-)Angst versetzt. So sinnvoll in anderen Kontexten ein viel weiterer Begriff von Gewalt sein mag, es braucht eines Terminus, um diese konkrete Form menschlichen Verhaltens gegenüber anderen Menschen festzuhalten – ein Verhalten, das den anderen bewusst körperlich oder geistig zu zerstören sucht.

Gewalt bricht bewusst und gewollt in den innersten existentiellen Schutzraum eines anderen Menschen ein, in jenen Raum, in dem es kein Versteck mehr gibt, aus dem heraus nicht mehr geflohen werden kann – den Leib eines Menschen. Sie verwandelt diesen in einen bloßen Körper, der der Zerstörung preisgegeben ist.

Gewalt als Tat ist das »Wollen eines körperlich wirksamen, spürbaren und sichtbaren Leidens«¹³ anderer. Dem Objekt der Gewalt wird die dem Menschen eigene Fähigkeit, sich zu seinem Körper menschlich zu verhalten und sich selbst zu kontrollieren¹⁴, genommen. Er wird zum Tier – wie es sehr doppeldeutig in der deutschen Sprache heißt.

auf die Knie vor den Bajonetten, man fegt waffenlose Haufen wie Spreu hinweg. Frankreich, gespickt mit bewaffneten Arbeitern – das ist Anknüpfung des Sozialismus. Vor dem bewaffneten Proletariat wird alles verschwinden, Hindernisse, Widersetzlichkeiten, Unmöglichkeiten. Aber für die Proletarier, die sich mit lächerlichen Straßenpromenaden, mit Freiheitsbäumen, mit wohlklingenden Advokatenphrasen die Zeit vertreiben lassen, gibt es zuerst Weihwasser, dann Beleidigungen, endlich Kartätschen und immer Elend. Das Volk mag wählen.« Louis Blanqui: Warnung an das Volk. In: Höppner, Joachim/ Seidel-Höppner, Waltraud: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig 1975, S. 525.

- 12 Gertrud Nummer-Winkler: Überlegungen zum Gewaltbegriff. In: Wilhelm Heitmeyer; Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. Frankfurt am Main 2004, S. 28. Spätestens seit der Veröffentlichung über die Anleitung zur »berührungslosen Folter« (der lang anhaltende Schlafentzug für Gefangene in Stalins Folterhöhlen, die Konfrontation gefesselter Häftlinge mit Kälte und Hitze in Guantanamo gehören dazu) müssen auch diese »indirekten Formen« der zielgerichteten Zerstörung von Menschen mitgedacht werden. Gewalt wird hier und im Folgenden mit Sinne des lateinischen Terminus *violentia* verwandt und deutlich unterschieden von der Ausübung von Macht (*potentia*) bzw. Herrschaft (*potestas*).
- 13 Kurt Röttgers: Im Angesicht von Gewalt. In: Ursula Erzgräber; Alfred Hirsch (Hrsg.): Sprache und Gewalt. Berlin 2001, S. 55.
- 14 Helmuth Plessner spricht von der »exzentrischen Positionalität«, die Menschen eigentümlich sei: »Positional liegt ein Dreifaches vor: das Lebendige ist Körper, im Körper (als Innenleben oder Seele) und außer dem Körper als Blickpunkt, von dem aus es beides ist. Ein Individuum, welches positional dreifach charakterisiert ist, heißt *Person*. Es ist das Subjekt seines Erlebens, seiner Wahrnehmungen und seiner Aktionen, seiner Initiative. Es weiß und es will. Seine Existenz ist wahrhaft auf Nichts gestellt.« Helmuth Plessner: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die philosophische Anthropologie. Gesammelte Schriften. Bd. IV. Frankfurt am Main 2003, S. 365. Gewalt zerstört diese exzentrische Positionalität von Menschen.

Wie Wolfgang Sofsky feststellt: »In seinem Leib widerfährt dem Menschen die Vernichtungskraft der Gewalt, in seinen Knochen, Organen, Eingeweiden... Der Körper ist zur Gewalt fähig, der Leib ist ihr ausgeliefert.«¹⁵ Und er fügt warnend hinzu: »Eine Gewaltanalyse, die nur von Handlungen, von Interaktionen oder Konflikten spricht, verfehlt und verharmlost ihren Gegenstand.«¹⁶

Was so erschreckend ist, wenn über politische Gewalt gesprochen wird, die im Namen einer »guten Sache« – und sei es der Gewaltfreiheit selbst – ausgeübt wird, ist der Mangel an Einfühlungsvermögen in denjenigen und diejenigen, gegen die sich die Gewalt richtet. Zugleich wird Gewalt in eine bloße Technik, eine Botschaft, ein Symbol verwandelt, in ein Mittel politischen Handelns wie jedes andere auch – mehr oder weniger zweckmäßig in dieser oder jener Situation. Gewalt ist alles dies auch.

Im Unterschied zu jeder anderen Form menschlicher Interaktion ist Gewalt jedoch im innersten Wesen *sprachlos*, weil sie für den, der Gewalt erfährt, zunächst einmal nur eines ist: körperliche und geistige Zerstörung. Alle anderen Mittel sozialer Machtausübung sind vor allem Kommunikation: Wenn Du dieses oder jenes nicht tust, dann geschieht das Folgende! Gewalt aber ist zunächst eine Tat, die sich zusammenballt im Schmerz, der dem Leib, der Psyche eines, einer anderen zugefügt wird. Welchen Zwecken sie auch immer dienen mag, welche Botschaften sie auch immer »vermitteln« soll, zunächst einmal macht Gewalt den oder die, den sie trifft, »stumm und lässt im Entsetzen verstummen«¹⁷ – und sei es als unkontrollierbarer Schrei.

So stumm die unmittlere Gewaltausübung selbst ist, so wichtig ist das Sprechen über sie. Massive und langanhaltende bzw. sich wiederholende Gewaltanwendung erfolgt zumeist nur, wenn sie vom Täter als »sozial erlaubt, unterstützt oder genossen wird als moralisches Recht oder Pflicht«¹⁸. Dies kann durch staatliche Organe, große Gemeinschaften oder Nachbarschaften, Parteien, Bewegungen bzw. Gangs und Cliquen geschehen. Natürlich: Der Mensch kann dem Menschen ein Wolf sein (Thomas Hobbes), aber diese Wölfe treten zumeist in Rudeln auf und werden erst dadurch für größere Teile der Gesellschaft gefährlich.

15 Wolfgang Sofsky: Gewaltzeit. In: Trutz von Trotha: Soziologie der Gewalt. Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 1997, S. 103.

16 Ebenda, S. 104.

17 Kurt Röttgers: Spuren der Macht und das Ereignis der Gewalt. In: Kristin Platt (Hrsg.): Reden von Gewalt. München 2002, S. 80.

18 Nancy Scheper-Hughes; Philippe Bourgois: Making Sense von Violence. In: Dies. (Hrsg.). Violence in War and Peace. Malden; Oxford, Carlton 2004, S. 5.

Das Recht auf Widerstand

Gewalt ordnet sich ein in eine Triade mit Macht und Herrschaft: Macht ist die Fähigkeit, in einem bestimmten Maße selbstbestimmt zu handeln. Sie kann darauf beschränkt sein, sich an- und einzupassen in Verhältnisse der Übermacht, der Herrschaft anderer. Solange jemand noch in der Lage ist, zwischen Alternativen zu entscheiden, haben sie eine bestimmte Macht. Herrschaft dagegen ist die Möglichkeit, andere zur Unterordnung zu zwingen – mit welchen Mitteln auch immer. Die Herrschenden sind in der Lage, die Wahlfreiheit der Unterlegenen so einzuschränken, dass diese nur noch zwischen unterschiedlichen Formen ihrer eigenen Unterordnung entscheiden können. Nur die absolute Herrschaft kennt die absolute Unfreiheit, in der es keine Wahl mehr gibt als die der Unterwerfung und den Tod. Gewalt selbst im hier verwandten Sinne ist eines der vielen Mittel, Macht auszuüben.

Der hier und im Folgenden verwandte Gewaltbegriff grenzt sich erstens eindeutig vom Begriff der *strukturellen Gewalt* ab, wie er von Johan Galtung in die Diskussion eingeführt wurde: »Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung«¹⁹ – sei es durch eine geringere Lebenserwartung, Analphabetentum, Lüge und Indoktrination usw. usf. Dies thematisiert m. E. die Folgen von Herrschaft überhaupt und der mit ihr verbundenen Ungleichheit der Verteilung von Lebenschancen. Eine solche Herrschaft setzt Gewalt im hier verwendeten Sinne als Mittel ein, kann aber nicht darauf reduziert werden. Eine solche Abgrenzung gilt auch gegenüber den Begriffen der symbolischen bzw. kulturellen Gewalt, die Herrschaft repräsentieren, propagieren und legitimieren.²⁰

Zweitens ist Gewalt im hier verwandten Sinne aber auch von Sachbeschädigung, zivilem Ungehorsam, Sitzblockaden usw. zu unterscheiden. Es gibt keine Gewalt gegenüber Dingen, da diese keine Subjekte sind. Gewalt ist ein Handeln, das Subjekte zu bloßen Dingen zu degradieren sucht und vermittelt dadurch Macht ausüben will. Im Unterschied dazu lassen Sachbeschädigungen und andere Formen des gewaltfreien Widerstandes und zivilen Ungehorsams den politischen Gegner in seiner Leiblichkeit unangetastet, schränken aber seine Macht (Bewegungsfreiheit usw.) real und/oder symbolisch ein.

In der deutschen Rechtssprechung ist der Terminus Gewalt bewusst ausgedehnt worden auf alle Fälle des zivilen Widerstands, die sich nicht auf das bloße Reden beschränken. Sitzblockaden, die die Bewegungsfreiheit von Atommülltransport-

19 Johan Galtung: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975, S. 9. Wenn er schreibt: »Hier tritt niemand in Erscheinung, der einem anderen direkt Schaden zufügen könnte; die Gewalt ist in das System eingebaut und äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen« (S. 12), dann dreht er das Kausalverhältnis um – es ist nicht die Gewalt, die sich in ungleichen Macht- und damit in Herrschaftsverhältnissen äußert, sondern die Herrschenden nutzen Gewalt, um »das System« und ihre damit verknüpften Vorrechte auf Dauer zu stellen.

20 Vgl. zu den Begriffen der symbolischen und kulturellen Gewalt: Dieter Kinkelbur: Sozialformen der Gewalt. In: Konflikt und Gewalt. Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven. Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung. Bd. 5. Münster 2000, S. 26 f.

tern einschränken, erscheinen dann als gewaltsame Nötigung.²¹ Dahinter steht die Aufforderung, dass »die Bürger ihre politischen Ziele nur mit den Mitteln des Wortes, nicht aber mit direkten Aktionen durchsetzen dürfen«²².

Eine derartige herrschaftliche Beschränkung des politischen Handelns der Bürgerinnen und Bürger auf das Wort unterstellt, dass die repräsentativen verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik in ihrem Zusammenwirken die Existenz der Bundesrepublik als »demokratischer und sozialer Bundesstaat« (Art. 20, Abs. 1 des Grundgesetzes) sichern. Widerstand sei nicht geboten, weil niemals ein wirklicher Notstand eintreten kann. Was aber geschieht, wenn Bürgerinnen und Bürger, wenn Minderheiten eine existentielle Bedrohung erkennen, dem durch das Wirken der verfassungsmäßigen Organe nicht abgeholfen wird, sondern den diese sogar verschärfen?

Sind jene Sicherungen, die geschaffen wurden, um einen Rückfall in das totalitäre Regime des Nationalsozialismus zu verhindern, heute noch hinreichend? Neue Konflikte, neue Waffensysteme, neue Technologien verschieben ständig die Bedrohungen für eine Gesellschaft, in der die Würde des Menschen unantastbar sein soll. In welchem Maße sichert das repräsentative System hinreichend gegen diese Bedrohungen? Kann die verfassungsmäßige Ordnung nicht durch das Handeln der verfassungsmäßigen Organe selbst auch dann bedroht werden, wenn alle Regeln eines demokratischen Rechtsstaats eingehalten werden? Was ist, wenn dieser an seine Grenzen stößt, weil er eine Antwort auf die Probleme vor 1945 war, nicht aber auf das Atomzeitalter, das Zeitalter der Erderwärmung und der genetischen Revolution, des Internets? Ist Widerstand dann nicht doch legitim?

Wenn im Weiteren von *Widerstand* gesprochen wird, dann geht es um alle direkten Aktionen, die über die gesetzeskonforme Wahrnehmung demokratischer Rechte (angemeldete Demonstrationen, Versammlungen, Aufrufe usw.) hinausgehen. Widerstand ist immer auch Verletzung der Gesetzlichkeit und insofern illegal. Der Rechtszustand wird bewusst verlassen. Wer sich für den Widerstand entschließt, bricht mit dem Gesetz und muss mit den strafrechtlichen Folgen rechnen. Was aber sind die Folgen?

Immanuel Kant hatte das Prinzip des unbedingten Vorrangs eines Rechtszustandes unter öffentlichen Gesetzen gegenüber jeder nur denkbaren Verletzung dieses Rechtszustandes aufgestellt. Das Übel, das Widerstand nach sich zöge, sei so groß, dass auch der schlechteste Rechtszustand noch besser sei, da der Bürgerkrieg drohe. Aber ist dies heute noch haltbar? Ist es wirklich den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, die Frage, ob Gesetze oder Regierungshandeln die Würde von Menschen verletzen, ausschließlich dem Verfassungsgericht zu überlassen

21 Im Paragraph 240, Absatz 1 des deutschen Strafgesetzbuches heißt es: »(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.«

22 Volker Krey: Probleme der Nötigung mit Gewalt am Beispiel von Sitzblockaden und sexueller Gewalt. In: Bundeskriminalamt: Symposium: Polizei und Gewalt. 30. Juni und 1. Juli 1988 im Bundeskriminalamt, Wiesbaden 1989, S. 35.

und zu hoffen, dass die freie politische Rede und Wahlen einen existentiellen Notstand tatsächlich enden? Muss jede Verletzung des Rechtszustandes wirklich in den Krieg aller gegen alle, den Bürgerkrieg münden?

Die Bundesrepublik wurde durch gewählte Regierungen und unter Billigung des Verfassungsgerichts und des Bundespräsidenten in den völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien geführt. Dabei wurde von Seiten der Regierung vor allem ein humanitärer Notstand im Kosovo (ein drohender Genozid) als Begründung abgeführt. Da ein Angriffskrieg seinerseits aber mit der Tötung einer größeren Zahl von Menschen verbunden ist (nach unterschiedlichen Angaben starben zwischen fünf und zehn Tsd. Menschen in Folge der Angriffe der NATO), entstand auch für die Gegner einer solchen Krieges ein Gewissensnotstand – mitverantwortlich zu sein für den Mord an anderen. Die verfassungsmäßigen Formen (einschließlich einer Verfassungsbeschwerde) reichten nicht aus, um die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg zu verhindern.

Der Bau und Betrieb von Atomkraftwerken hat immer wieder ähnliche Fragen aufgeworfen: Ist Legalität angesichts der langfristigen Folgen für zukünftige Generationen und der möglichen Gefährdungen (Unfälle, Folgen von terroristischen Attacken usw.) tatsächlich mit dem Schutz der Unverletzbarkeit der Würde und physischen Unversehrtheit von Menschen vereinbar? Auch eine Politik, die in den Augen vieler nicht wirksam genug gegen die Erderwärmung vorgeht und damit den Tod vieler Menschen in Kauf nimmt, eine Weltwirtschaftsordnung, die teilweise dazu beiträgt, dass Staaten Grundrechte auf Bildung und Gesundheitsversorgung nicht erfüllen können, werfen Fragen auf, die ein Widerstandsrecht begründen können. Sie werden genauso im Zusammenhang mit der Einführung von gentechnisch veränderten Pflanzen, der Abtreibung oder dem Schutz menschlicher Embryonen diskutiert.

Das Grundgesetz enthält ein Recht zum Widerstand, gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, »wenn andere Abhilfe nicht möglich ist«²³. Es ermächtigt die Bürger zum Widerstand gegen die legalen Gewalten, die vom Volk selbst über freie Wahlen und die verfassungsmäßige Delegation von Macht eingesetzt wurden, wenn deren Handeln (oder aber das Handeln Dritter) gegen diese Ordnung selbst gerichtet ist und keine Alternative in Sicht ist. Wodurch aber ist die verfassungsmäßige Ordnung bedroht?

Die Legalität der Machtausübung auf dem Boden der Verfassung sichert keineswegs zwangsläufig auch die Legitimität derselben. Selbst der Rechtsstaat kann diesen Widerspruch nicht auflösen. Dies ist schon dadurch bedingt, dass aufgrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus das Grundgesetz der Bundesrepublik mit einem ersten Paragraphen beginnt, der einen radikalen Anspruch aufstellt: »Artikel 1: (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk be-

23 § 20, Abs. 4 des Grundgesetzes.

kennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.« Die Einlösung dieses Anspruchs ist ein unabschließbarer Prozess. Der Widerspruch zwischen diesem Anspruch und allem realen Handeln der verfassungsmäßigen Organe soll, so das Grundgesetz selbst, durch die bereitgestellten Verfahren gelöst werden – eine freie Öffentlichkeit, die die legale Macht zwingt, sich ständig zu rechtfertigen gegenüber Kritik und erhobenen Ansprüchen, Wahlen, Klagen vor dem Verfassungsgericht u. a. m.

Was aber ist, wenn selbst eine kleine Minderheit für sich feststellt, dass die Würde des Menschen angetastet ist, die Menschenrechte systematisch verletzt werden? Kann man dann verlangen, sie sollen sich auf Dauer einfach den verfassungsmäßigen Prozeduren beugen, sich auf das bloße Reden beschränken, von Versammlung zu Versammlung eilen, ohne dass sie erkennen können, dem für sie sichtbaren Notstand abhelfen zu können? Wie sollen sie sich verhalten, wenn sie zur Überzeugung kommen, dass innerhalb der verfassungsmäßigen Verfahren keine rechtzeitige Lösung erreicht werden kann, wenn sie glauben, dass der freien demokratischen Meinungsbildung so starke Lobbyinteressen entgegenstehen, dass Aufklärung unmöglich ist? Dann würden ja auch Parteien und andere Großorganisationen zumeist versagen.

In welchen Grenzen haben Bürgerinnen und Bürger auch unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaats doch das Recht, mehr zu tun, als die Verfassung und das Strafgesetzbuch erlaubt? Wann können Bürgerinnen und Bürger sich sogar in der Pflicht sehen, einen außerlegalen Notzustand auszurufen?

Man nehme nur den Fall, in Deutschland würde es in den nächsten Jahren zu einer nuklearen Katastrophe vergleichbar der in Tschernobyl kommen – und sei es als Folge eines terroristischen Angriffs. In welchem Verhältnis stände dann die Nichtabschaltung von Atomkraftwerken zur »Würde des Menschen«? Hätten dann nicht alle jene versagt, die keinen Widerstand geleistet haben? Und wenn die Erderwärmung zwangsläufig weitere größere Teile Afrikas in Wüsten verwandelt, Europa aber zugleich die Grenzen für eine Elendsmigration schließt, wie ist dies mit Artikel 1 der Verfassung vereinbart? Es gibt keine einfachen Antworten, aber es gibt berechnete Fragen.

Alles dies sind unvermeidliche Widersprüche des Verfassungssystems der Bundesrepublik und aller anderen Staaten, die sich auf die Menschenrechte in ihrer Universalität beziehen. Das Recht auf Widerstand mit Berufung auf einen Verfassungsnotstand kann nicht wegdiskutiert werden, und die Verfassung ist auch nicht in der Lage, die Formen dieses Widerstands vorzugeben, da ja immer die Frage steht, ob sie tatsächlich ausreichen, den Notstand zu beheben. Der Stachel der Rebellion kann selbst der demokratischsten Ordnung nicht gezogen werden. *Im Innersten der Demokratie pocht immer ein revolutionäres Herz, das die Ideale der Menschenrechte über die verfassungsmäßige Ordnung stellt.*

Damit wird aber auch deutlich, dass es grundsätzlich zwei Richtungen von Widerstand geben kann: Es ist dies erstens jener, der sich auf die universelle Geltung der Menschenrechte²⁴, auf das uneingeschränkte Wirken des Grundsatzes, die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen, beruft. Die Verfassungsidee wird der Verfassungswirklichkeit gegenübergestellt und es wird zu außerlegalen Formen des Handelns gegriffen. Dies ist Widerstand von links. Widerstand wird aber auch von rechts geleistet. Dieser richtet sich nicht nur gegen einzelne Gesetze und Handlungen des Staates, sondern gegen die universalistische Verfassungsidee selbst. Rechts eingestellte Bürgerinnen und Bürger greifen zum Widerstand, wenn sie ethnisch, kulturell oder geschichtlich begründete Sonderrechte bedroht sehen. Sie wollen keine Ausweitung, sondern eine Einengung der Rechte.

Gerade weil die demokratische Linke gar nicht anders kann, als die Berechtigung des Widerstands auf der Basis der Verfassung gegen ihre legalen Organe zu verteidigen, steht sie vor der Frage, welcher Widerstand mit dem Ziel der Verteidigung der Würde des Menschen und der Verteidigung der Menschenrechte vereinbar ist. Es geht um die eigene Bestimmung der legitimen und zweckmäßigen Mittel eines solchen Widerstands.

Widerstand, der über bloße Worte hinausgeht und geltende Gesetz bricht (sonst wäre es kein Widerstand), beschwört die Gefahr des Bürgerkriegs. Die Blockade der Zufahrtswege zum Treffen der G8 in Heiligendamm war natürlich gesetzeswidrig. Der gewaltsame Angriff auf Polizeibeamte ist nicht durch das Demonstrationsrecht gedeckt. Der Versuch, den Transport von Atom Müll durch Sitzblockaden zu verhindern, ist nicht legal; dies gilt auch für die Vernichtung gentechnisch veränderten Saatguts. Keine dieser Aktionen muss man für richtig halten. Ihre Berechtigung kann aber nicht einfach dadurch infrage gestellt werden, indem man sie für illegal erklärt. Dies macht sie nicht unbedingt illegitim. Wo aber ist die Grenze?

Ein politisches Handeln, das bereit ist, um der Würde des Menschen und der Menschenrechte willen gesetzeswidrige Handlungen zu begehen, ist in sich zwangsläufig zutiefst widersprüchlich: Es verkündet einerseits den außergesetzlichen

24 Es sei hier noch einmal erinnert, dass diese Argumentation die Frage von Gewalt, Widerstand und Kampf um Emanzipation unter den Bedingungen der Europäischen Union analysiert. Es wird dabei vor allem auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948, den Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte sowie den Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte von 1966 Bezug genommen. Weitere Menschenrechtskonventionen sind u. a. 1. die Genfer Flüchtlingskonvention; 2. die UN-Kinderrechtskonvention; 3. die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau; 4. die UN-Anti-Folter-Konvention; 5. die Internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung; 6. die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes und 7. die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien. Die erste europäische Menschenrechtserklärung ist die der aufständischen Bauern in Süddeutschland vom März 1525, den Zwölf Artikeln von Memmingen. Dort wird die Gleichheit in der Freiheit verkündet: »Ist der Brauch bisher gewesen, dass man uns für Eigenleute (Leibeigene) gehalten hat, welches zu Erbarmen ist, angesehen dass uns Christus alle mit seinen kostbarlichen Blutvergießen erlöst und erkauf hat, den Hirten gleich wie den Höchsten, keinen ausgenommen. Darum erfindet sich mit der Schrift, dass wir frei sind und sein wollen.«

(http://de.wikipedia.org/wiki/Zw%C3%B6lf_Artikel)

Notstand und damit den offenen Konflikt mit dem Staat. Es tut dies andererseits mit Verweis auf eben dessen verfassungsmäßige Ordnung und Grundrechte. Damit erklären sich diejenigen, die das Widerstandsrecht für sich in Anspruch nehmen, ihre Souveränität gegenüber dem Staat. Obwohl das Handeln des Staates aus Entscheidungen jener hervorgegangen ist, die durch demokratische Wahlen eingesetzt wurden, sagt mit dem Übergang zum Widerstand und damit zum gezielten Rechtsbruch eine Minderheit, dass sie für ihr Handeln eine höhere Legitimität als die eines demokratischen Rechtsstaats in Anspruch nehmen. Es ist dies die Schwelle des Übergangs von der Rechtsordnung zum Bürgerkrieg.

Der Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten der USA von 1861 bis 1865 kostete 650 Tsd. Menschen das Leben, im Bürgerkrieg in Russland von 1917 bis 1921 verloren rd. 10 Millionen Menschen das Leben. Wenn es richtig ist, dass Widerstand politisch motivierter Rechtsbruch ist und dass dieser den offenen Konflikt mit dem Staat beschwört, der in den Bürgerkrieg münden *kann*, dann wird deutlich, worüber gesprochen wird, wenn von Widerstand gesprochen wird.

Man kann sagen, dass die Schwelle vom Widerstand zum Bürgerkrieg fließend ist, dass diese oder jene Handlung die Rechtsordnung nur symbolisch in Frage stellt (aber was eigentlich ist wichtiger als Symbole?). Man mag darauf verweisen, dass das Ziel die Erhaltung der Verfassungsordnung ist, die durch staatliches Handeln oder Handeln Dritter, denen der Staat nicht selbst gegenübertritt, gefährdet ist. Der Widerspruch aber bleibt: Politisch motivierter Widerstand, der die geltenden Gesetze bricht, beruft sich auf den Notstand und ruft ihn zugleich hervor. Er konstituiert sich als außergesetzlich und damit frei von den gesetzlichen Verpflichtungen. Damit nehmen jene, die zu einem solchen Widerstand greifen, eine ungeheure Verantwortung auf sich: Welche Formen sollte Widerstand annehmen, wenn er nicht das Ziel des Widerstands selbst, die Ausweitung jener Bedingungen, unter denen die Würde keines Menschen angetastet wird, widerspiegelt? Wie kann gesichert werden, dass der Kampf um Befreiung zur Freiheit führt und nicht in Mord und Totschlag endet, aus dem stärkeres Unrecht erwächst?

Indem Bürgerinnen und Bürger in außergesetzlicher Form politischen Widerstand leisten, proklamieren sie einen außerrechtlichen Zustand. Dieser aber droht immer zum Bürgerkrieg, zum Krieg aller gegen alle, zu werden. Wer sich in einem demokratischen Rechtsstaat aus dem Schutz des Gesetzes begibt, sich von ihm frei macht, ist deshalb zugleich in einer Weise für diese Freiheit verantwortlich wie sie niemand trägt, die sich auf gesetzeskonformes Verhalten berufen kann. Der schwarze Bürgerrechtler Malcolm X verkündete 1963: »Wir erklären unser Recht auf dieser Erde [...] ein menschliches Wesen zu sein, als solches respektiert zu werden, und die Rechte eines menschlichen Wesens in dieser Gesellschaft zu besitzen, auf dieser Erde, an diesem Tag, das werden wir durchsetzen – mit allen nötigen Mitteln...«²⁵ Welche Mittel aber sind nötig für den legitimen

25 Zitiert in: http://de.wikipedia.org/wiki/Malcolm_X.

Zweck und welche zerstören ihn? Wann ist Gewalt ein legitimes und zweckmäßiges Mittel des Kampfes um Befreiung? Wann muss Widerstand gewaltfrei bleiben, um berechtigt und angemessen zu sein?

Gewalt ist ein Verbrechen

Gegenüber der Ablehnung von Gewalt wird mit Recht immer wieder eingewandt, dass die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse selbst tödliche Konsequenzen haben. Daraus wird der Schluss gezogen, dass sie deshalb (wenn nötig, auch unter Anwendung von Gewalt) verändert werden müssten. Dies ist das Argument der Zweckmäßigkeit von Gewalt. Die physische Bedrohung oder Vernichtung des Gegners als menschliche Person erscheint dann als auswegsloser, oktroyierter Zwang – oder auch als bloßer »Kollateralschaden« im Namen einer guten Sache. Ich werde auf dieses Argument zurückkommen.

Die Frage nach der *Zweckmäßigkeit* von Gewalt ist aber keineswegs identisch mit der Frage nach der *Legitimität* von Gewalt. Dies wird spätestens dann offensichtlich, wenn man fragt, ob Folter dann legitim sei, wenn dadurch Menschen gerettet werden können, ob der Abschuss eines Passagierflugzeugs, das von Terroristen auf ein Stadion zugesteuert wird, berechtigt wäre. Es gibt viele gute Argumente für die Zweckmäßigkeit solcher Mittel. Gibt es aber auch welche für ihre Berechtigung? Der Unterschied zwischen Zweckmäßigkeit und Legitimität der Mittel erscheint spitzfindig. Für die, die Opfer von politischer Gewalt werden, ist es eine Frage von Leben und Tod.

Es war Walter Benjamin (1892 – 1940), der eine für die Diskussion von Gewalt entscheidende Differenz betonte. Man dürfe nicht nur nach den Zielen fragen, sondern auch nach den Mitteln und zwar »ohne Ansehung der Zwecke, denen sie dienen«²⁶. Man müsse »voneinander unabhängige Kriterien für gerechte Zwecke sowohl als für berechtigte Mittel«²⁷ aufstellen. Gewalt sei kein »Rohstoff, dessen Verwendung keiner Problematik unterliegt, es sei denn, dass man die Gewalt zu ungerechten Zwecken missbrauche«²⁸. Denn unabhängig von den verfolgten Zwecken »bliebe immer noch die Frage, ob Gewalt überhaupt, als Prinzip, selbst als Mittel zu gerechten Zwecken sittlich sei«²⁹.

Walter Benjamin hat diese Frage nach der Sittlichkeit der Gewalt unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gestellt, der Europa, den selbsterklärten »Hort der Zivilisation«, in das Grauen getrieben hatte, in dem zehn Millionen Menschen starben und zwanzig Millionen verwundet wurden. Auch Denker der Neuzeit wie

26 Walter Benjamin: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse. Frankfurt am Main 1965, S. 30.

27 Ebenda, S. 31.

28 Ebenda, S. 30.

29 Ebenda, S. 29.

Thomas Hobbes, John Locke, Hugo Grotius, Samuel von Pufendorf, Christian Wolff, Charles de Montesquieu und Immanuel Kant haben ihre Positionen ausgehend von den Erfahrungen insbesondere der Religions- und Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts entwickelt. Es ging ihnen darum, das Töten zu stoppen und innerstaatlich und zwischenstaatlich möglichst gewaltfreie rechtliche Formen der Interaktion durchzusetzen. Der Gewalt sollten Zügel angelegt werden.

Die Ablehnung einer »abstrakten Gewaltdebatte« geht davon aus, dass es keine guten oder schlechten, sondern nur mehr oder minder angemessene Formen politischen Handelns gibt. Genau dies aber ist selbst eine abstrakte Position, da sie den grundlegenden Unterschied zwischen gewaltfreiem und gewaltförmigem politischen Widerstand wegdefiniert, die *spezifische Differenz* von Gewalt gegenüber jeder anderen Form menschlichen Handelns ignoriert. Es ist ein Relativismus der Mittel, der sich verweigert, sie darauf zu prüfen, ob *sie für sich genommen* gut sind.

Und vielleicht ist dies die eigentliche Differenz in der Diskussion: Für die einen ist Gewalt ein Mittel unter vielen, mehr oder weniger sinnvoll, mehr oder weniger angebracht, mehr oder weniger angemessen im konkreten Fall. Für die anderen ist die Verwendung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen buchstäblich ein Tabubruch: Etwas Unantastbares wird angetastet – das Recht auf physische Unversehrtheit des oder der Anderen und der Frieden nach innen oder außen. Es wird etwas zugelassen, toleriert oder sogar befördert, was aus prinzipiellen Gründen nicht erlaubt sein kann.

Wer auch immer meint, es sei »angemessen«, andere Menschen gewaltsam zu bedrohen, beansprucht, Herr über Leben und Tod Anderer sein zu dürfen. Genau dies aber ist eine alles entscheidende Differenz im Auge der von Gewalt Betroffenen. Politische Kommunikation verwandelt sich, wenn sie die Form der Gewalt annimmt, für die, die Opfer von Gewalt werden, in Verwundung, Verstümmelung, Verkrüppelung ihrer Leiber und Seelen oder in Mord. Solange keine Gewalt ausgeübt wird, geht es um die Frage von Macht- und Eigentumsverhältnissen, den Kampf für eine bessere, menschlichere Ordnung. Gewaltfreies Handeln billigt dem politischen Gegner den Status eines Subjekts zu, mit dem (auch) das Gespräch möglich ist. Die Ablehnung betrifft bestimmte Handlungen und Verhaltensweisen. Wird aber zur Gewalt gegriffen, geht es immer *auch* um die leibliche Existenz, um das einzige unwiederbringliche Gut – das Leben des oder der Einzelnen.

Gewaltsamer politischer Widerstand geht aber noch über die Bedrohung des Einzelnen hinaus. Weil er politisch ist, bezieht er sich auf das Ganze. Jeder politisch motivierte Angriff auf einzelne Repräsentanten des Staates beansprucht die Rechtsordnung als solche anzugreifen, den Rechtsfrieden in seiner Ganzheit zu brechen, den Krieg von Bürgern gegen die staatliche Ordnung zu erklären. Jede einzelne gewaltsame politische Aktion, so begrenzt sie angelegt sein mag, hat diesen Horizont: Sie symbolisiert den Bürgerkrieg. Sie will nicht nur einzelne, sondern alle bedrohen.

Die Zügelung der Gewalt ist Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens gerade auch deshalb, weil kein Tier über derart ins Unendliche gesteigerte Gewaltpotentiale verfügt wie der Mensch. Seine Waffen erlauben es ihm, mit ungeheurer Leichtigkeit und »Effizienz« seinesgleichen zu töten. Die Verfügung bzw. Nichtverfügung über diese immer wirkungsvolleren Waffen spaltet zugleich das Menschengeschlecht wie keine andere biologische Gattung auf Erden. Und keine andere kann sich selbst ausrotten. Der Zyklus der Gewalt erzeugt immer neue Gewaltmittel und legt eine immer entfesseltere Bereitschaft nahe, sie auch anzuwenden. Die ständige Steigerung der Vernichtungskraft und der Ungleichheit in der Verfügung über sie verlangt es, Barrieren gegen den Gebrauch dieser Gewaltpotentiale zu errichten.

Das Überleben des homo sapiens hing immer davon ab, dass er von seiner Fähigkeit zum Mord nur eingeschränkt Gebrauch macht. Wer aber will ihn hindern? Die »Natur« des Menschen, sein gattungsgeschichtliches Erbe, stehen dem nicht im Wege. Seine emotionalen Hemmungen haben nicht ausgereicht, um vor der massenhaften Tötung von Kleinkindern Halt zu machen. Die »Vernunft« wirkt nicht ohne die Vernünftigen, die im Krieg aller gegen alle als erste gemordet werden. Wie Sophokles dichtete: »Viel Ungeheures ist, doch nichts/ So ungeheures wie der Mensch... In dem Erfinderischen der Kunst/ Eine nie erhoffte Gewalt besitzend./ Schreitet er bald zum Bösen, bald zum Guten./ Achtet er die Gesetze des Lands/ Und das bei den Göttern beschworene Recht:/ Hoch in der Stadt! Verlustig der Stadt./ Wem das Ungute sich gesellt/ Wegen seines Wagemuts! / Sitze mir nicht am Herd/ Noch habe Teil mit mir am Rat,/ Wer so tut!«

Die Menschen waren und sind gezwungen, Barrieren gegenüber dem Töten zu errichten, immer wieder neu. Diese Barrieren machen Zivilisation aus – alle uns bekannten Völker verfügten oder verfügen über sie. Die deutschen Nationalsozialisten wie die Anhänger Pol Pots haben diese Dämme gegen den Mord in geschichtlich unvorstellbarer Weise niedergerissen. Historisch waren diese Barrieren vor allem darauf gerichtet, dem Morden innerhalb von Gemeinschaften engste Grenzen zu setzen. Schrittweise wurden diese Grenzen immer weiter gefasst, bis das Gebot »Du sollst nicht morden!« sich auf die ganze Menschheit bezog.

Die menschliche Zivilisation kann nur bestehen, wenn sie ein Mindestkriterium sittlichen Verhaltens formuliert. Sie muss jenseits sehr gegensätzlicher Ziele eine Grenze ziehen, die legitime von illegitimen Mitteln unterscheidet. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724 – 1804) hat dafür einen kategorischen Imperativ sittlichen Handelns aufgestellt: »Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, *niemals bloß als Mittel* brauchst.«³⁰ Was aber heißt dies?

30 Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. In: Ders.: Sämtliche Werke, Bd. 2. Mundus Verlag 2000, S. 439 (Hervorheb. von mir – M. B.).

Kant verdeutlicht seinen Imperativ an einem drastischen Beispiel: Wer nach einem Schiffbruch, um das eigene Leben zu retten, einen anderen Schiffbrüchigen von einer Planke stürzt, die nur einen zu tragen vermag, dürfe nicht bestraft werden (»Not hat kein Gebot« – *necessitas non habet legem*), obwohl er gegen den oben genannten kategorischen Imperativ verstoßen habe. Diese Tat sei sträflich, aber nicht strafbar.³¹

Grundlage dieses kategorischen Imperativs ist eine einfache Annahme: »Der Mensch und überhaupt jedes vernünftige Wesen existiert als Zweck an sich selbst, nicht bloß als Mittel zum beliebigen Gebrauch für diesen oder jenen Willen...«³² Im Unterschied zu jeder anderen Form politischen Handelns zeichnet sich Gewalt jedoch dadurch aus, den Gegner in ein bloßes Mittel, in ein passives Objekt, in einen bloßen Leib zu verwandeln, über den nach eigenem Gutdünken verfügt werden kann. So viele Eigenschaften gewaltförmiger politischer Widerstand auch haben mag, erst dadurch, dass er darauf zielt, den Gegner als Menschen direkt zu bedrohen, ihm die Fähigkeit zu nehmen, Selbstzweck zu sein, ihn entsubjektiviert, wird er zur Gewalt.

Kants kategorischer Imperativ stellt den Schutz menschlichen Lebens über alle anderen Ziele. Die Erhaltung der Gemeinschaft der Menschen durch die Sicherung des Lebensrechts jedes Menschen erhält eine höhere Bedeutung als jeder denkbare andere Zweck. Mit der Bedrohung oder Auslöschung eines einzelnen wird die Menschheit bedroht – als sittliches Ganzes und, wenn das Morden nicht gestoppt wird, als Gattung. Kants kategorischer Imperativ ist sittlich begründet, empirisch erfahrbar und ist spätestens mit Auschwitz und der Erfindung der Atombombe zur Überlebensbedingung der Menschheit geworden.

Fjodor Dostojewski hat in seinem Roman »Die Brüder Karamasow« die Frage nach der sittlichen Legitimation von Gewalt auf die Spitze getrieben: Ist es berechtigt, um das Glück der ganzen Menschheit, um ihrer Rettung willen ein einziges, »nur« ein einziges Kind zu töten? Die Opferung eines Einzelnen – als Mittel der Rettung aller! Aber eben: ein bloßes Mittel! Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright dachte in ganz anderen Dimensionen, als sie, vom Nachrichtensender CBS 1996 befragt, ob der Tod von 500 000 irakischen Kindern die durch die USA verfolgten Ziele wert sei, sagte: Dies sei eine schwierige Wahl, jedoch ja: Wir sind der Meinung, »dass es den Preis wert ist.«³³

In staatlicher Verantwortung sind im 20. Jahrhundert mindestens 160 Millionen wehrlose Menschen gemordet worden – an jedem der 36 500 Tage des Jahrhunderts im Durchschnitt 4 650. Dies sind drei zivile Tote in jeder der über 50 Millionen Minuten des Jahrhunderts. In den 25 Jahrhunderten davor waren es insgesamt 130 Millionen, die zivile Opfer solchen Mordens wurden.³⁴ Niemals zuvor ist so

31 Vgl. ebenda, S. 498.

32 Ebenda, S. 438.

33 http://www.oelspuren.net/Kriege/Irak/Info_Irak/info_irak.HTM.

34 Rudolph J. Rummel: *Statistics of Democide. Genocide and Mass Murder since 1900*. News Brunswick, London, Münster 1998.

instrumentell mit dem Leben von so vielen Menschen verfahren worden wie im 20. Jahrhundert. Die immer großartigeren Zwecke schienen immer beliebiger Mittel zu rechtfertigen. Einige aus sozialistischen und kommunistischen Revolutionen hervorgegangene Staaten trugen zu dieser Gewaltbilanz erheblich bei.

Im Unterschied zu allen vorhergehenden Gesellschaften hatte die Moderne, so Sebastian Scheerer, »sich selbst als Antigewaltsprojekt definiert und die rationale Ordnung und Pazifizierung des gesellschaftlichen Binnenraums zum alles beherrschenden Thema gemacht«³⁵. Gewalt sollte dem Schutz des Einzelnen und einer Ordnung des Friedens nach innen und außen dienen. Zugleich bedeutete dies aber auch, »die Welt zu zwingen, anders zu sein, als sie ist«³⁶. Der Gegensatz zwischen Befriedungsanspruch und (auch daraus resultierendem) Veränderungswillen ist emanzipatorisch zu vermitteln oder er führt in die Barbarei.

Theodor W. Adorno (1903-1969) stellte die »Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei« als die »allererste« Forderung an Erziehung auf³⁷. Die Linke muss hinzufügen: dass der GULAG, dass das Morden der chinesischen Kulturrevolution, die *Killing Fields* der Roten Khmer nicht noch einmal seien. Der Barbarisierung im Bereich des Politischen zu widerstehen, bedeutet, ein Denken und Handeln der bloßen Zweckmäßigkeit, der nur »instrumentellen« Vernunft zu überwinden. Wer die Mittel politischen Handelns nur unter dem Blickwinkel ihrer Zweckmäßigkeit betrachtet, der »verhält sich zu den Dingen wie der Diktator zu den Menschen. Er kennt sie, insofern er sie manipulieren kann« – »als Substrat von Herrschaft«³⁸.

Die Gewalt ist als Mittel politischen Handelns in doppelter Weise illegitim oder – um es klarer auszudrücken – verbrecherisch: Sie verwandelt den oder die Einzelne, das Opfer solcher Gewalt in ein bloßes Mittel fremder Zwecke. Und sie erklärt den Bürgerkrieg nach innen bzw. den Krieg nach außen. Damit bedroht sie zugleich jeden und alle. Politische Gewalt strahlt den Schrecken eines Krieges »eines jeden gegen jeden« aus. Thomas Hobbes wusste, wovon er schrieb: In einem solchen Krieg »herrscht ständige Furcht und die Gefahr eines gewaltsamen Todes; und das Leben des Menschen ist einsam, armselig, widerwärtig, vertiert und kurz«³⁹.

35 Sebastian Scheerer: Verstehen und Erklären von Gewalt – ein Versprechen der Moderne. In: Günter Albrecht; Otto Backes; Wolfgang Kühnel: Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt am Main 2001, S. 148. Bei Jan Philipp Reemtsma heißt es: »Das ist die Selbst-Imagination der Moderne: Sie ist eine Kultur, für die Gewalt nicht selbstverständlich ist und die sie abzuschaffen sucht. Eine solche Selbst-Imagination wird man, wie ich meine, in keiner anderen Kultur finden.« Jan Philipp Reemtsma: Hässliche Wirklichkeit und liebgewordene Illusionen. In: Süddeutsche Zeitung, 25. Januar 2008 (<http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/884/154485/8/>). An anderer Stelle fügt er hinzu, dass »die Gewaltabstänzigkeit das entscheidende Moment der gesellschaftlichen Kohäsion in der Moderne« sei. Jan Philipp Reemtsma: Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg 2008, S. 99.

36 Zygmunt Baumann: Gewalt – modern und postmodern. In: Max Miller; Hans-Georg Soeffner: Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt: Suhrkamp 1996, S. 36.

37 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz. In: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1970, S. 92 (siehe auch: <http://schule.judentum.de/nationalsozialismus/adorno.htm>).

38 Max Horkheimer; Theodor Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1988, S. 15.

39 Thomas Hobbes: Leviathan. Aus dem Englischen übertragen von Jutta Schlösser. Mit einer Einführung und herausgegeben von Hermann Klenner. Darmstadt 1996, S. 105.

Es wird immer die Frage bleiben, ob ein Notzustand gegeben ist, der politische Gewalt als zweckmäßig erscheinen lässt, aber sie ist immer illegitim, immer unsittlich, immer ein Verbrechen (wenn auch nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinn), weil sie Menschen zum bloßen Objekt der Zerstörung und Vernichtung macht und den Krieg ausruft. Die Zurückweisung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen durch eine humanistische Linke zielt nicht auf das staatliche Gewaltmonopol (das unter bestimmten Umständen ein Mittel der absoluten Entfesselung von Gewalt sein kann, unter anderen Bedingungen zu ihrer Eindämmung beiträgt), sondern auf Gewaltfreiheit als einzig legitimes Instrument politischen Handelns. Das Gewaltmonopol des Staates soll diesem Zweck und dem Schutz vor physischer Gewalt durch jeden einzelnen und die Gesellschaft untergeordnet werden.

Die Ablehnung von Gewalt in politischen Auseinandersetzungen darf nicht als bloß instrumentelles Argument kleingeredet werden – es geht um nicht weniger als um die Verteidigung jenes politisch-sittlichen Schutzwalls, der immer wieder neu aufzurichten ist, damit Auschwitz nicht wieder sei. Das existentielle Entsetzen vor der Anwendung von politisch motivierter Gewalt darf nicht durch Erwägungen über Zweckmäßigkeiten wegdiskutiert werden, denn es ist die wichtigste emotionale Barriere vor den Rückfällen in Barbarei.

Die Zweckmäßigkeit von Gegengewalt

Es ist auch die Bilanz des 20. Jahrhunderts, die zur Vorsicht mahnt, wenn positiv zur Gewalt aufgerufen wird oder kritische Solidarität mit jenen, die zu ihr greifen, angemahnt wird. Die bei Teilen der Linken verbreitete Vorstellung, Radikalität sei identisch mit der Gewaltsamkeit der Mittel, ist nach Stalin und Mao, nach Pol Pot nicht mehr unschuldig naiv, sondern verführerisch aufhetzend. Der radikale Anspruch, »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«⁴⁰, ist nicht mit dem *Extremismus* der Mittel zu verwechseln.

Rosa Luxemburg, im November 1918 die Abschaffung der Todesstrafe fordernd, formulierte diesen Unterschied zwischen Radikalismus und Extremismus so: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage...«⁴¹

40 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.

41 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht. In: Dies.: Werke, Bd. 4, S. 406.

Aber kann denn wirklich auf Gewalt ganz verzichtet werden? Ist dies nicht bestenfalls Selbstbetrug und Legitimation dafür, gar nichts zu tun, was dem Anspruch an eine wirkliche Veränderung gerecht werden würde? Ist nicht *jede* Rebellion besser als das bloße Erdulden oder – schlimmer noch – die genussvolle Einrichtung im Bestehenden. – »In den Zeiten des Verrats/ Sind die Landschaften schön«, dichtete Heiner Müller 1958.

Wenn Gewalt gegen Menschen *an sich* illegitim und verbrecherisch ist, wann ist sie dann bezogen »auf durchsichtige, humane Zwecke«⁴² keine Barbarei? Gibt es nicht doch Situationen, in denen politische Gewalt als Notwendendes Mittel, als Ausdruck eines Notstandes, sinnvoll sein kann, ohne dabei ihren Zweck, eine humanere, gewaltfreie Gesellschaft, zunichte zu machen? Wann kann es politisch nötig sein, zur Gewalt gegen andere Menschen überzugehen?

Warum nun aber sollte politische Gewalt nicht für weitergehende Ziele eingesetzt werden? Warum sollte nicht der weltweite Kampf gegen Hunger mit den Mitteln der Gewalt verfolgt werden, warum nicht der Kampf um Mindestlöhne oder für mehr Demokratie bzw. gegen die Nutzung von Atomenergie? Oder warum sollten nicht Soldaten der US-Armee, die in Deutschland zum Zwischenaufenthalt sind, bevor sie in den Irak gehen, Gegenstand politischer Morde werden – ganz zu schweigen von George W. Bush, der zweifelsohne für Kriegsverbrechen verantwortlich ist? Warum sollte es so wichtig sein, politische Gewalt auf die *unmittelbare und direkte* Abwehr von Mord bzw. die Verhinderung der Durchsetzung der Grundbedingungen von freier Meinungsbildung und demokratischen Wahlen einzuschränken? Und was bedeutet dies unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland?

Noch einmal sei erinnert: Nachdem zunächst die Position entwickelt worden war, dass die Anwendung von Gewalt als Mittel *immer illegitim* ist, weil sie andere Menschen zu bloßen Objekten der Verfolgung von außer ihnen liegenden Zwecken degradiert und die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufbeschwört, so ist jetzt die Frage gestellt, unter welchen Bedingungen sie *trotzdem zweckmäßig* sein kann. Und weil es sich um ein verbrecherisches Mittel handelt, ist sein Gebrauch zu minimieren.

Nimmt man wirklich ernst, dass Gewalt von Menschen an Menschen immer ein Verbrechen ist, folgt man der hier vertretenen Position, dass zu solcher Gewalt nur im Zustand höchster Not gegriffen werden darf, dann gibt es nur eine Situation, in der sie nicht völlig humanen Zwecken widerspricht – *die Situation fehlender Alternativen*. Die Ausübung von physischer Gewalt gegen andere Menschen zu politischen Zwecken hat nur dann einen humanen Bezug, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Was aber bedeutet dies?

Gewalt kann dann zum einzigen politischen Mittel des innerstaatlichen Widerstandes werden, wenn der Staat den Zugang zu den elementarsten Überlebensbe-

42 Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz. A. a. O., S. 131.

dingungen verweigert, das staatliche Gewaltmonopol aufgelöst ist, es sich um totalitäre Regime oder um Diktaturen handelt. Gewalt kann zum Beispiel dann als Handeln aus unmittelbarer Not begriffen werden, wenn Menschen, die vom Hungerstod betroffen sind, Getreidelager, die von der Polizei oder Armee bewacht werden, stürmen. Die Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Duldung und Förderung von Todesschwadronen kann dazu führen, dass die Bewahrung des eigenen Lebens und des Lebens anderer nicht ohne bewaffneten Schutz möglich ist. Totalitäre Regime sind jene, die jede freie Meinungsäußerung und die Möglichkeit freier Organisation mit dem Zweck der gemeinsamen Willensbildung unterdrücken. Diktaturen zeichnen sich dadurch aus, dass die Herrschenden nicht durch freie, allgemeine und geheime Wahlen abgelöst werden können. In allen diesen Fällen kann Gewalt angesichts fehlender Alternativen zur unmittelbaren Herstellung der Bedingungen des Überlebens bzw. der Sicherung der elementarsten Bedingungen einer gewaltfreien Politik beitragen.

Folgt man dieser Argumentation, so ist nichtstaatliche politische Gewalt dann und auch *nur* dann auf humane Zwecke bezogen begründbar, wenn sie *direkt und unmittelbar* darauf zielt, sich überflüssig zu machen. Sie hat zwei legitime Ziele: Erstens das Töten von Menschen unmittelbar zu verhindern oder zu beenden (sie ist insofern Notwehr) oder zweitens die elementaren Bedingungen für Demokratie zu schaffen. Es geht entweder um das physische Überleben oder um die Herstellung der Bedingungen, politische Konflikte friedlich auszutragen. In dem Augenblick, wo Gewalt für darüber hinaus gehende Zwecke angewandt wird – der Abschreckung, der »Erziehung«, der Erpressung usw. usf. – hört sie auf, legitime Ziele zu unterstützen und setzt eigene Zwecke der Unterdrückung, Ausbeutung und Vernichtung.

Gewalt mag die Ultima ratio von Herrschaft sein. Sie ist keinesfalls das letzte entscheidende Mittel von solidarischer Emanzipation, sondern bestenfalls ein kurzfristiges Mittel in höchster Not, nicht das letzte, sondern höchstens ein erstes schreckliches Mittel. Die Ultima ratio der Emanzipation ist die gewaltfreie Kommunikation, der Tanz der Selbstveränderung in freier Gemeinschaft mit anderen: »Die Unterhaltung hört auf, ein Austausch von Waren (Informationen, Wissen, Status) zu sein, und wird zu einem Dialog, bei dem es keine Rolle mehr spielt, wer recht hat. Die Duellanten beginnen, miteinander zu tanzen, und sie trennen sich nicht im Gefühl des Triumphs oder im Gefühl der Niederlage, was beides gleich fruchtlos ist, sondern voll Freude... [...] ...Nur durch den Prozess lebendigen Aufeinander-Bezogenseins überwinden der andere und ich die Schranken unseres Getrenntseins, solange wir beide am Tanz des Lebens teilnehmen.«⁴³

Selbst unter den Bedingungen höchster Not ist immer zu fragen, ob es richtig ist, Verbrechen zu begehen, um diese Not zu enden, oder sich mit gewaltfreien Mitteln für das Ende dieses Zustandes einzusetzen. Tyrannenmord ist ein legiti-

43 Erich Fromm: Haben oder Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. München 2000, S. 43, 88.

mes Verbrechen, aber ist es immer der zweckmäßige Weg, Tyrannei zu beenden. Das Attentat auf Alexander II. 1881 hat die revolutionäre Bewegung Russlands über Jahrzehnte zurückgeworfen. Gerade weil Diktatoren zumeist austauschbar sind und Gewalt die Angst vor dem Bürgerkrieg schürt, ist Terror so selten zweckmäßig.

Gegengewalt in der Demokratie

Warum reden viele, die Gewalt befürworten, sich kritisch solidarisch zu ihr verhalten, so halbherzig über sie? Warum wird sie kleingeredet oder sprachlich verharmlost? Warum kein stolzes Bekenntnis zu ihr? Der Grund dafür ist sehr einfach: Wenn politischer Widerstand sich des Mittels der Gewalt bedient, dann wird der Schritt zum symbolisierten Bürgerkrieg getan. Steine und Brandflaschen, Stöcke und Latten sind die Waffen der Schwachen in diesem Krieg. Sie imaginieren Waffen und erklären den Krieg, ohne ihn wirklich zu führen. Noch ist eingeschränkt auf einzelne Gefechte, unterliegt Spielregeln, selten gibt es Tote. Es ist noch kein offener Krieg, sondern sein Schatten, der ihm vorausseilt. In der Öffentlichkeit erscheint der Rauch brennender Polizeiautos und aufeinander einprügelnder Bürger und Polizisten als drohender Krieg gegen alle.

Gegen ein Plädoyer für Gewaltfreiheit unter den Bedingungen einer politischen Demokratie immer wieder vorgebrachten Argumente sind vierfach: *Erstens* wird auf den Sturz von Salvador Allende 1973 in Chile verwiesen. Sobald im Gefolge demokratischer Wahlen wirkliche Veränderungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse vollzogen werden würden, Wahlen also tatsächlich etwas bedeuten, würden ihre Ergebnisse mit militärischer Gewalt zunichte gemacht. Wieso aber zieht man daraus nicht den Schluss, die militärische Gewalt besser zu kontrollieren? Warum soll die Errichtung einer linken Diktatur der bessere Ausweg sein als der Schutz der Demokratie gegen rechte Putschisten? Und wenn eine demokratisch gewählte Regierung (auch mit Blick auf externe Bedrohungen) den Ausnahmezustand verkündet, um die Demokratie zu schützen und deshalb für eine bestimmte Zeit also Grundrechte außer Kraft setzen muss, so darf dies doch nicht dazu führen, im Gefolge dessen die Demokratie selber dauerhaft abzuschaffen und die freie Meinungsbildung und plurale Wahlen zu verhindern. Der Verweis darauf, dass andere (rechte) Kräfte das demokratische Gewaltmonopol des Staates durch einen Putsch verletzen könnten, kann doch gerade nicht bedeuten, dies selbst zu zerstören, sondern genau umgekehrt verlangt diese Gefahr, dieses Gewaltmonopol mit allen Mitteln zu verteidigen und nicht zuzulassen, dass sich ein instrumentelles Verhältnis dazu entwickelt.

Noch einmal Rosa Luxemburg, die die Errichtung der bolschewistischen Diktatur mit den Worten kritisierte: »Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets

als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft (das Verschieben der Sowjet-Kongresse von drei Monaten auf sechs Monate!). Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw. Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«⁴⁴ Wer unter den Bedingungen gesicherter politischer Freiheiten zur Gewalt greift, droht mit Bürgerkrieg und Diktatur.

Der Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft in den staatssozialistischen Ländern ist ein Beispiel, dass selbst unter den Bedingungen einer Diktatur Demokratie und Gewaltfreiheit letztlich erfolgreicher sein können als jede gewaltsame Aktion. Über Jahrzehnte hinweg, mindestens seit 1968, wurde von Seiten der oft sehr kleinen, sehr schwachen, immer verfolgten Opposition eine Kultur der Konfliktlösung erzeugt, die der des Staates deutlich überlegen war. Auch Massenbewegungen wurden diszipliniert – bis zu dem Punkt, wo die Ordner der Opposition mit ihren Armbändern »Keine Gewalt« die wichtigste Voraussetzung dafür waren, dass es nicht zum Blutvergießen kam.

Die Staatsmacht, die sich immer auf den Willen des Volkes und humanistische Ziele berufen hatte, wurde dadurch moralisch entwaffnet, und die kommunistischen Staatsdiener konnten sich deshalb für die Gewaltfreiheit entscheiden. Aus der langen Wechselwirkung zwischen gewaltfreier Opposition und Kommunisten, die ihre Macht als Mittel sahen, für eine menschlichere Gesellschaft einzutreten, konnte, als der Staatssozialismus auch in den Augen seiner Anhänger keine überlegene Perspektive mehr verkörperte und damit am Ende war, die »samtene Revolution«, die »friedliche Wende« entstehen.

Der *zweite* Einwand gegen die Position der Gewaltfreiheit unter den Bedingungen einer gesicherten politischen Demokratie ist die These, dass nur Gewalt »die Massen« aufzurütteln vermöge und »die Herrschenden« einschüchtern könne. Die historischen Tatsachen sind genau umgekehrt: Politische Gewalt malt die Gefahr

44 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Dies.: Werke, Bd. 4, S. 362.

eines Bürgerkriegs an die Wand. Sie bedroht jeden und alle. Es entsteht bestenfalls ein Bündnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den herrschenden Eliten, gemeinsam dem Abgleiten in die Barbarei enthumanisierter Gewalt zu widerstehen. Und im Schatten dieses Bündnisses können die Herrschenden zugleich versuchen, demokratische Bürgerrechte abzubauen und unkontrollierte Bereiche der Überwachung und Gewaltausübung auszuweiten. Die Herrschenden werden ermuntert, ihre Herrschaft auch repressiv zu sichern, die Beherrschten beginnen zu glauben, dass ihre Beherrschung die Bedingung von innerem Frieden sei.

Politischer Einsatz von Mitteln physischer Gewalt unterscheidet sich von allen anderen Formen politischen Handelns dadurch, dass in diesem Falle die politischen Gegner bzw. ihre Repräsentanten als *Menschen*, als Individuen in ihrer Einmaligkeit, in ihrer Endlichkeit, in ihrer Zerstörbarkeit, in ihrer Existenz bedroht werden und zugleich der Bürgerkrieg ausgerufen wird. Deshalb ist die politisch motivierte Gewalttat von Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Keimform der Schritt vom demokratischen Frieden, der das Leben der Einzelnen rechtsstaatlich schützt, zum *Bürgerkrieg*, in dem Menschen »geopfert« werden.

Vom Standpunkt der Bürgerinnen und Bürger kann es gar nichts Wichtigeres geben, als zunächst einmal die unmittelbare Gefahr für Leib und Leben, die für mit politischer Gewalt verbunden ist, zu bannen. Andere weitergehende Ziele werden deshalb zurückgestellt. Damit kann der Status quo erhalten werden oder sogar verschlechtert werden. Unter den Bedingungen von Gewalt kann in einem demokratischen Staat kein sozialer und politischer Fortschritt erreicht werden. Nichtstaatliche politische Gewalt hat unter den Bedingungen einer gesicherten Demokratie deshalb unvermeidlich reaktionäre Folgen.

Drittens: Das Mittel des gewaltförmigen politischen Widerstands geht davon aus, dass es der Vertreter des Staates oder durch ihn geschützte Personen sind, die zwischen dem verfolgten Zweck und dem Ziel stehen. Diese müssten bedroht werden oder sollen »verschwinden« (wie und wohin?), damit das Ziel erreicht werden kann. Wenn aber und solange die politischen Grundrechte gesichert und freie Wahlen regelmäßig stattfinden, wer steht dann der Veränderung der ökonomischen, sozialen oder politischen Ordnung gewaltsam im Wege?

In der Geschichte der Bundesrepublik wurde deshalb zur Begründung von Gewalt immer der Vergleich mit Nazideutschland herangezogen. So schrieb Günther Anders in dem schon erwähnten fiktiven Interview, dass die »heutigen Hitlers« (und damit meint er vor allem die Herrschenden der westlichen Welt) ungemein gefährlicher seien als Hitler, da ihre Waffen ungleich stärker seien, und folgert: »Was wäre die angemessene Bekämpfung *Hitlers* gewesen? Finden Sie, die wenigen Versuche, ihn unschädlich zu machen und die leider jämmerlich geendet sind, seien unmoralisch gewesen?«⁴⁵

45 Günther Anders: Ein imaginäres Interview. A. a. O., S. 96.

Zweifelsohne ist es richtig, dass ein erfolgreiches Attentat auf Hitler zweckmäßig gewesen wäre, da die gesamte Macht im Nationalsozialismus im »Führer« zusammengefasst wurde und durch ihn auch direkt geprägt wurde. Sein früherer Tod hätte Millionen Menschen das Leben retten können.⁴⁶ Unter den Bedingungen freier Wahlen und garantierter Grundrechte sind die politisch Herrschenden jedoch durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt und können durch sie auch abgewählt werden. Und da dieser Weg bereit steht, ist jeder gewaltsame Weg nicht mehr human zweckrational begründbar. Der gewaltsame Angriff auf Polizistinnen und Polizisten (außer in Abwehr von Lebensgefahr) ist noch weniger zu begründen. Der Verweis auf Hindernisse, die einem Richtungswechsel der Politik entgegenstehen, rechtfertigt keine Gewalt.

Es darf nicht ignoriert werden, dass ein substantielles Hindernis eines Wandels zu einer gerechteren, ökologischeren, demokratischeren und friedlicheren Gesellschaft jene sind, die ungerechte, unökologische, ungerechte und unfriedliche Zustände dulden oder sogar ständig selbst hervorbringen – die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Wenn sich die Mehrheiten einer Gesellschaft nicht ändern, gibt es keine wirkliche solidarische Emanzipation, sondern nur die mehr oder minder reguläre Auswechslung des Spitzenpersonals. Wenn dies aber so ist – welcher Linke wollte die Ausrottung der Mehrheit der Bevölkerung fordern als Bedingung einer neuen Politik?! Es müssen umgekehrt die Voraussetzungen der solidarischen Selbstveränderung von Mehrheiten geschaffen werden. Diese aber gibt es nur gewaltfrei.

Ein *vierter* Einwand gegen die Gewaltfreiheit ist der, dass der repräsentativen Demokratie im Innern der meisten Staaten die globale Diktatur der großen Konzerne und Finanzinstitutionen gegenübersteht. Man könne die politischen Vertreter von Staaten abwählen, aber die Chefs der multinationalen Firmen und Fonds seien nur den Kapitaleigentümern gegenüber rechenschaftspflichtig. Es ist dies zweifelsohne eine der größten Herausforderung solidarischer Emanzipation. Die politische Demokratie bedarf der sozialen Demokratie. Diese aber kann nicht dauerhaft Bestand haben ohne die wirtschaftliche Demokratie. Nicht der »Krieg« gegen die Konzernchefs, sondern die Demokratisierung wirtschaftlicher Macht und die Auflösung von Wirtschaftssektoren und Finanzinstitutionen, die der demokratischen Kontrolle entzogen sind, ist die Aufgabe.⁴⁷

46 Die jüdische Kampforganisation im Warschauer Ghetto griff 1943 zur Gewalt gegen jüdische Kollaborateure mit den Nazis, um gegen die Vernichtung kämpfen und in Würde sterben zu können. Der Führer des Aufstandes, Mordechai Anielewicz, schrieb in einem Abschiedsbrief am 23. April 1943: »Leb wohl, mein Freund! Vielleicht werden wir uns wiedersehen. Am wichtigsten ist, dass der Traum meines Lebens wahr geworden ist. Jüdische Selbstverteidigung im Ghetto ist verwirklicht worden. Vergeltung und Widerstand von jüdischer Seite ist eine Tatsache geworden. Ich bin Zeuge des heldenhaften Mutes der jüdischen Kämpfer gewesen.«

47 Vgl. u. a.: Alex Demirović: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven. Münster 2007; Heinz J. Bontrup; Julia Müller u. a.: Wirtschaftsdemokratie. Alternative zum Shareholder-Kapitalismus. Hamburg: 2006.

Nichtstaatliche politische Gewalt, die über einen kurzen Augenblick hinaus geht, hat noch eine weitere Eigenschaft, die sie in tiefsten Widerspruch zu einer solidarischen Emanzipation setzt – sie ergreift nicht nur die Objekte von Gewalt, sondern gewinnt Macht über das Subjekt der Gewalt: »Es ist möglich, dass in bestimmten Fällen und für eine gewisse Zeit die Gewalt auf das Subjekt befreiend wirkt, dass sie eine Bedingung für die Herausbildung, die Entfaltung, die Emanzipation oder die Bewahrung des Subjekts ist. Aber das darf das Wesentliche nicht verhüllen oder bagatellisieren, nämlich das genaue Gegenteil: die Stärke und die Schnelligkeit, mit der die Gewalt sich sehr bald als das Gegenteil des Sinns und als Hindernis für die Subjektivierung der Person herausstellt, die zu ihr greift... (...) ...sehr bald schon wird er Taten begehen müssen, deren Sinn er nur zu einem geringen Teil kontrolliert, eine Lebensform annehmen müssen, die für die Subjektwerdung wenig günstig ist, da sie von den Zwängen des Lebens im Untergrund und der illegalen Aktion beherrscht wird, und er wird sich einer Hierarchie unterwerfen müssen.«⁴⁸

Wenn gewaltfreier Widerstand möglich ist, wenn es realistische Optionen zur Gewalt gibt, dann ist er vor allem auch deshalb die zweckmäßige Alternative, weil Mittel immer auch auf die Ziele rückwirken und diese am Ende buchstäblich überwältigen können. Anders als die westliche Staatsdiskussion in der Tradition von Thomas Hobbes muss davon ausgegangen werden, dass die Ziele von der Art ihrer Verwirklichung abhängig sind. Dies »zwingt zur grundsätzlichen Aufhebung der Unterscheidung von Zweck und Mittel«⁴⁹. Der Zweck muss im Mittel selbst sein und nicht nur in den »guten« Motiven. Gewaltfreiheit ist ein Ziel, das mit dem Weg selbst entsteht.

In Teilen der deutschen Linken gibt es bisher kaum eine offene Befürwortung von Gewalt, aber es gibt eine falsche und blinde Toleranz, ein falsches *Laissez faire*, der den geworfenen Stein, die auf Polizeiautos zerschmetterte Brandflasche, den Protest an sich schon für einen Schritt der Emanzipation halten und Bündnisse suchen. Die Re-Aktion, die Gegen-Wehr, die Gegen-Gewalt *kann* der Ausgangspunkt von Befreiung sein. Als Ausdruck des Protests gegen Herrschaft haben sie die Würde der Rebellion. Selbst die undurchdachtetste Auflehnung ist zumindest Auflehnung, die blinde Wut geht über das bloße Dulden hinaus. Aber als bloßer Reflex auf Unterdrückung, Ausbeutung oder Ausgrenzung sind sie zunächst nicht mehr als das Gegenteil zur Herrschaft. Sie sind noch nicht anders, sondern nur dagegen. Oft imitieren sie in der rohesten Form die Mittel der Herrschaft und brutalisieren sie noch. Sie können sich gegen Sündenböcke richten und selbstzerstörerisch werden. Der Schritt zur Emanzipation beginnt nicht mit der Gegenwehr selbst, sondern erst dann, wenn die Rebellion solidarisch wird.

48 Michel Wieviorka: Die Gewalt. Hamburg 2006, S. 204.

49 Dieter Conrad: Gandhi und der Begriff des Politischen. Staat, Religion und Gewalt. München 2006, S. 85.

Die Herausbildung solidarischer Bewegungen aber geschieht nicht im Selbstlauf: »Die solidarischen Subjekte benötigen ... ein langen Atem. Sie sind darauf angewiesen, sich schonungslos der materiell-strukturellen und der medial vermittelten psychischen Übermacht der neoliberalen Mächte bewusst zu bleiben, um nicht in die Sackgasse einer abgeschotteten Gegenwelt zu geraten. Zugleich stehen sie vor der Herausforderung, Ohnmachtserfahrungen und Niederlagen auszuhalten, ohne zu verzweifeln. Nur durch die realistische Verarbeitung der Vergangenheit und Gegenwart von Unterdrückung und Widerstand, durch die Aufdeckung und Entlegitimierung der sozialökonomischen, ideologischen und psychischen Herrschaftsmechanismen kann die reale und psychische Unterordnung der Menschen ... außer Kraft gesetzt und durch eine Ethik der solidarischen Einmischung überwunden werden.«⁵⁰

Herrschaft im Neoliberalismus

Alles bisher Gesagte ist negativ. Es sollte begründen, warum Gewalt unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland weder ein legitimes, noch ein zweckmäßiges Mittel ist. Es erklärt aber nicht, warum trotzdem im Namen einer »anderen Welt«, einer humaneren, demokratischeren, friedlicheren Welt zur Gewalt gegriffen wird. Dafür gibt es viele Argumente und einen sehr verständlichen Grund, die tief empfundene eigene Ohnmacht: »Gewalteinsatz ist ... auch Machtversagen.«⁵¹ Gegengewalt ist (auch) verzweifelte Hoffnung auf Machtgewinn.

Für diese Verzweiflung bei Linken gibt es viele Ursachen und eine Weltsicht, die selbst eindimensional ist: Nicht nur sei der diktatorische Weg des Bolschewismus und der Sowjetunion gescheitert, sondern auch die Reformstrategie der linken Sozialdemokratie sei nicht aufgegangen, gemessen an ihrem Ziel der Überwindung kapitaldominierter Gesellschaften. Die Teilnahme der Linken an Regierungen scheint in den Augen vieler Linker wenig mehr zu bewirken als eine sozialere Verwaltung des Status quo. Oft wird behauptet, sie würde sogar einer weiteren Welle der Durchkapitalisierung das Tor erst öffnen. Niemals zuvor in der Weltgeschichte fanden so viele freie Wahlen statt und zugleich macht sich das ernüchternde Gefühl breit, wie wenig dies für den sozialen oder ökologischen Fortschritt bedeutet. Selbst Angriffskriege werden mit dem Ruf nach Demokratisierung legitimiert.

Der Fordismus hatte in den Zentren des Kapitalismus die widerständigen Milieus der Proletarier aufgelöst und einen Wohlfahrtskapitalismus geschaffen, in dem die Einzelnen, so Herbert Marcuse (1898-1979), einer nichtterroristische(n) ökonomisch-technische(n) Gleichschaltung«⁵² ausgesetzt wurden. Die Herrschaft

50 Ulrich Duchrow; Reinhold Binachi; René Krüger; Vincenzo Petracca: Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung. Hamburg 2006, S. 371.

51 Kurt Röttgers: Im Angesicht von Gewalt. A. a. O., S. 55.

52 Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Darmstadt und Neuwied 1967, S. 23.

würde in die Bedürfnisse der Beherrschten verlegt: »das überwältigende Bedürfnis nach Produktion und Konsumtion von unnützen Dingen; das Bedürfnis nach abstumpfender Arbeit, wo sie nicht mehr wirklich notwendig ist; das Bedürfnis nach Arten der Entspannung, die diese Abstumpfung mildern und verlängern...«⁵³

Der neoliberale Kapitalismus löst im Namen der Freiheit die »verwaltete Welt« durch die vermarktete Welt ab. Das Ergebnis ist ambivalent: Der Einzelne wird in den »Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge« verwandelt. Er kann über die Bedingungen seiner Selbstverwertung frei verfügen – vorausgesetzt, er hat sich aktiv und erfolgreich als verwertbares Individuum konditioniert. Das externe Kommando der Fabrik und Großorganisation wird durch die interne Steuerung marktkonformen Verhaltens ersetzt. Scheitern auf den Märkten wird individualisiert und durch Exklusion bestraft. Der globale Krieg mit und gegen den Terror, um diese Formel zu gebrauchen, geführt ohne Fronten, ohne Hinterland, ohne zentrales Kommando und ohne Kriegsgefangenen ist das militärische Spiegelbild des globalen Wettbewerbs von Netzwerkunternehmen auf den Märkten.⁵⁴

Eine solche Weltsicht erzeugt Verzweiflung: Wie solle solcher Herrschaft widerstanden werden, wenn sie derart verinnerlicht in den Beherrschten selbst sitze? Welchen Sinn mache die Abwahl der Regierenden, wenn sie austauschbar seien? Wozu eine Revolution, wenn der Standortwettbewerb auch die neue Macht einhole? Selbst der Terror sei obszön, wenn er die Menschheit selbst als Täter ihrer eigenen Unterjochung ausrotten müsse, um alle Komplizen von Herrschaft zu vernichten. Blickt man auf den neoliberalen Kapitalismus als geschlossenes System, dann scheint es nichts mehr jenseits dieser Herrschaft zu geben, kein Ort nirgendwo als Gegenentwurf, als Keim, als fassbare Hoffnung einer »anderen Welt«. In der absoluten Freiheit der Märkte seien Herrschaft und Entfremdung total geworden, sei die Trennung von Wirtschaft und Politik, Märkten und Kriegen aufgehoben.

Ein solcher Blick auf die Welt gerät selbst in die Falle einer totalitären Weltsicht. Die Hoffnungslosigkeit ist auch konstruiert. Es gibt Alternativen. Die realen Gesellschaften haben sehr verschiedene Gesichter.⁵⁵ Auch der neoliberale Kapitalismus ist durch die gegensätzlichen Tendenzen von Kapitallogik und Soziallogik geprägt.⁵⁶ Das *Empire* stößt auf Kräfte einer alternativen Ordnung. Die Selbstverwertung der Individuen erzeugt Sehnsüchte, die sich zur Geltung bringen. Die Vermarktung der Gesellschaft erzeugt neue Handlungspotentiale der Selbstbestimmung und der Solidarität.

53 Ebenda, S. 27.

54 Vgl. dazu die Beiträge von Christina Kaindl, Morus Markard, Lutz Brangsch, Katrin Reimer, Alex Demirović, Volker Caysa, Werner Ruf, Erhard Crome und Rainer Rilling im Buch: Michael Brie (Hrsg.): *Schöne neue Demokratie – Elemente totaler Herrschaft*. Berlin 2007.

55 Heintze, Cornelia: *Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells*. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2005.

56 Dazu im Detail: Dieter Klein; Michael Brie: *Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung*. Standpunkte der RLS, 2/2007.

Der neoliberale Kapitalismus stellt einen neuen Typus von Macht dar, der nicht auf alte Weise herausgefordert werden kann und muss. Wer, wie die neoliberale Herrschaft, sich auf Demokratie beruft und sie zugleich aushöhlt, steht neuen demokratischen Bewegungen unversehens rechtfertigungsbedürftig gegenüber. Wer die Freiheit als oberstes Ziel proklamiert, wird sich einer Auseinandersetzung um die notwendigen Voraussetzungen für Freiheit nicht entziehen können. Wer Selbstbestimmung zum obersten Maßstab macht, wird sich fragen lassen müssen, welche Bedingungen dafür notwendig sind. Wer die Globalisierung vorantreibt und gleiche Marktrechte für alle fordert, wird das Problem einer gerechten globalen Ordnung nicht weiter aussparen können.

Der offenen brutalen Gewalt von Unterdrückung der organisierten Arbeiterbewegung, von Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus, Faschismus gegenüber kann die offene Gewalt der rebellierenden Völker befreiend sein. Wie Frantz Fanon schrieb: »Die Gewalt des Kolonialregimes und die Gegengewalt der Kolonisierten halten sich die Waage und entsprechen einander in einer außerordentlichen Homogenität.«⁵⁷ Es entsteht eine intime Feindschaft (Ashis Nandy).

Diese Feindschaft beschreibt Frantz Fanon so: »Das Auftreten des Kolonialherren hatte die synkretistische Bedeutung: Tod der autochthonen Gesellschaft, kulturelle Lethargie, Versteinigung der Individuen. Das Leben kann für den Kolonisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherren entstehen. Dergestalt entsprechen sich also, Begriff für Begriff, die beiden Argumentationsweisen. Aber das kolonisierte Volk erlebt es, dass diese Gewalt, weil sie seine einzige Arbeit darstellt, positive und aufbauende Züge annimmt. Die gewalttätige Praxis wirkt integrierend... Der bewaffnete Kampf mobilisiert das Volk, er wirft es in eine einzige Richtung ohne Gegenströmung.«⁵⁸

Unter solchen Bedingungen kann Gewalt eine notwendige Vorbedingung für wirkliche solidarische Emanzipation werden. Ein unkritisches Verhältnis zu dieser Gewalt wird jedoch Autoritarismus, patriarchale Herrschaft und Sexismus, parasitäre Formen postkolonialer Macht bestärken: »Wo auch immer Gewalt angewandt wird, besteht stets die Gefahr, dass diejenigen, die Gewalt anwenden, trotz aller edlen Absichten selber bald brutalisiert werden. Die dauernde kritische Überprüfung jedweder Gewaltmittel und Gewaltpolitik ist daher das absolut unabdingbare Mindestanfordernis dafür, dass zumindest der Weg, der zu einer gewaltlosen oder armen Gesellschaft der Zukunft führt, offen bleibt.«⁵⁹ In dem Augenblick jedoch, wo die sozialen Konflikte als Antagonismen betrachtet werden, die nur durch die Vernichtung des Gegners als Person möglich ist, entsteht fast zwangsläufig eine Kultur der Gewalt.⁶⁰

57 Frantz Fanon: Das kolonisierte Ding wird Mensch. Ausgewählte Schriften. Leipzig 1986, S. 219.

58 Ebenda, S. 221.

59 Ossip K. Flechtheim: Die Politik der Gewalt und der »Gewaltlosigkeit« (1963). In: Ders: Vergangenheit im Zeugenstand der Zukunft (1937 – 1974). Berlin 1991, S. 212.

60 Daniel Bar-Tal: Die Kultur der Gewalt. In: Konflikt und Gewalt. A. a. O., S. 66 ff.

Die neoliberale Konstellation von Herrschaft unterscheidet sich von der Herrschaft in früheren Epochen. Selbst Kriege sollen in freie Wahlen und garantierte politische Grundrechte der Besiegten münden. In den Zentren gilt dies umso mehr. Stärker als jemals zuvor werden die Beherrschten *als eigenständige Subjekte* in die Strukturen der Herrschaft eingebunden. Sie werden zu Komplizen ihrer eigenen Unterwerfung. Dies kann als »Dahinschwinden der historischen Kräfte, die ... die Möglichkeit neuer Daseinsformen«⁶¹ vertreten, wirken. Diese neue Subjektivität kann aber auch verwandelt werden in eine eigenständige Emanzipationsbewegung. Es ist eine Chance, mehr nicht, aber auch nicht weniger.

In dem Augenblick, wo Herrschaft sich nicht mehr primär darin manifestiert, die Selbstbestimmung der Individuen und Gruppen zu verhindern, sondern sie zu kanalisieren sucht, in dem Moment, wo Herrschaft ihre Gewalt zu verbergen sucht, um Herrschaft zu bleiben, können Räume der Befreiung geschaffen werden. Es handelt sich eben nicht um einen totalitär-faschistischen Gegner. Das historische Modell der Arbeiterbewegung wie auch der Mehrheit der Bewegungen gegen Kolonialismus und Rassismus war vor allem durch die Vorstellung geprägt, der Macht der Herrschenden eine spiegelbildliche Gegenmacht mit neuen anderen Zielen gegenüberzustellen. Zumindest als historische Durchgangsstufe schien dies unvermeidlich. Die Gegenkräfte gegen Kapitalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Militarismus imaginierten sich selbst als Armeen mit Generälen, Offizieren und Soldaten, zusammengehalten durch eine Ideologie der Unversöhnlichkeit mit dem Feind.⁶² Es gilt für alle Formen von Herrschaft, dass ihre Stabilität gerade dann gegeben ist, wenn sie fähig ist, eine Kultur zu schaffen, »in der die Beherrschten ständig versucht sind, die Herrschenden innerhalb jener Grenzen zu bekämpfen, die von letzteren gesetzt wurden«⁶³.

Chico Whitaker, einer der Begründer des Weltsozialforums, bemerkt zu diesen Formen vergangener Kämpfe, deren Begleiter er war: »Wir dürfen nicht vergessen, dass die bedeutenden historischen Versuche zur gesellschaftlichen und politischen Veränderung mehrheitlich entweder scheiterten oder vor sich hin dümpelten, wenn nicht sogar in furchtbaren, durch Totalitarismus gezeichneten Verirrungen endeten. War dies vielleicht so, weil man versäumt hatte, in diesen Prozessen ausreichend den Stellenwert des Menschen und die Fragestellung der persönlichen Veränderung zu reflektieren und zu berücksichtigen?«⁶⁴

61 Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. A. a. O., S. 29.

62 »Sind die politischen Grunderfahrungen unserer Zeit Erfahrungen mit Kriegen und Revolutionen, so heißt dies, dass wir uns im wesentlichen im Felde der Gewalt bewegen und dass wir aufgrund unserer Erfahrungen geneigt sein werden, politisches Handeln mit gewalttätigem Handeln gleichzusetzen.« Hannah Arendt: Was ist Politik. München 2003, S. 124 f.

63 Nandy, Ashis: Der Intimfeind. Verlust und Wiederaneignung der Persönlichkeit im Kolonialismus. Aus dem Indischen Englisch von Lou Marin. Nettersheim 2008, S. 79.

64 Chico Whitaker: Das Weltsozialforum. Hamburg 2007, S. 111 f., 144.

Neue Wege solidarischer Emanzipation

Wenn Herrschaft sich durch die Subjektivität der Beherrschten, durch den Ausbau der Formen ihrer Selbstbestimmung und demokratischen Partizipation realisiert, indem sie diese konditioniert und Verweigerung mit Exklusion bestraft, kann und muss sich der Kampf für eine solidarische Emanzipation verändern. Wenn Herrschaft sich nicht primär auf den Staat, sondern auf die auch staatlich durchgesetzten »Sachzwänge« entfesselter Märkte stützt, wird der Kampf um den Staat und im Staat nicht ausreichen. Mehr als je zuvor bedarf es emanzipatorisch-solidarischer Subjekte als Bedingung und als Folge befreiender Kämpfe.

In ihrer Reflexion des 20. Jahrhunderts formulierte Hannah Arendt: »Der Sinn von Politik ist Freiheit.«⁶⁵ Dies bedeute, »dass Menschen in Freiheit, jenseits von Gewalt, Zwang und Herrschaft, miteinander verkehren«⁶⁶. Hier berührt sich die Gedankenwelt der Hannah Arendt mit der von Rosa Luxemburg, die deshalb so auf der Demokratie bestand, weil ohne umfassende Freiheit »die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts«⁶⁷ verschüttet werden.

Das im Jahre 2001 gegründete Weltsozialforum (WSF) zielte darauf ab, einen solchen Raum von Politik im engsten Sinne des Wortes zu schaffen. Im Punkt 1 der Charta des WSF heißt es: »Das WSF ist ein offener Treffpunkt für reflexives Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Vorschlägen und den freien Austausch von Erfahrungen sowie zur Vernetzung zu effektiver Aktion von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die gegen den Neoliberalismus und die Beherrschung der Welt durch das Kapital und gegen jede Form des Imperialismus sind und danach streben, eine planetare Gesellschaft aufzubauen, die fruchtbare Beziehungen innerhalb der Menschheit und zwischen ihr und der Erde anstrebt.«⁶⁸

Gesicherte Autonomie der Teilnehmer des Forums, die keinen bindenden Beschlüssen unterworfen werden, und geteilte Verantwortung für die Bewahrung der Pluralität machen die Grundprinzipien dieses Forums aus.⁶⁹ Das WSF will global und regional Räume schaffen, in denen sich neue Subjekte und neue Verhältnisse zwischen ihnen bilden können. Es befördert die Entstehung von Aktionen von innen nach außen und von unten nach oben und ermöglicht zu lernen, dass Vielfalt zu achten ist, politischer Einfluss ein Dienst ist und eine neue Welt nur aus einer neuen Kultur entstehen kann. Herrschaftsmacht soll Schöpfungsmacht weichen, die nur aus der Vielfalt und ihrer angstfreien gleichberechtigten Begegnung entstehen kann.

65 Hannah Arendt: Was ist Politik. A. a. O., S. 28.

66 Ebenda, S. 39.

67 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. A. a. O., S. 360.

68 Die Prinzipiencharta des Weltsozialforums (überarbeitete Fassung). In: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt – Das Weltsozialforum. Berlin 2004, S. 118.

69 Ebenda, S. 23.

Das Weltsozialforum wurde nicht umsonst mit freiem Jazz verglichen, der die Polyphonie in die Freiheit entließ.⁷⁰ In seinen besten Augenblicken ist es ein Raum des Tanzes von »Menschen des Seins«, wie ihn Erich Fromm feiert: »Die Unterhaltung hört auf, ein Austausch von Waren (Informationen, Wissen, Status) zu sein, und wird zu einem Dialog, bei dem es keine Rolle mehr spielt, wer recht hat. Die Duellanten beginnen, miteinander zu tanzen, und sie trennen sich nicht im Gefühl des Triumphs oder im Gefühl der Niederlage, was beides gleich fruchtlos ist, sondern voll Freude.«⁷¹

Wenn die demokratischen Handlungsmöglichkeiten von Menschen nicht mehr durch brutale Gewalt eingeschränkt werden, dann ist Herrschaft nur noch so lange möglich, wie die Beherrschten ihn selbst hervorbringen. John Holloway hat recht, wenn er schreibt: »Der Kapitalismus existiert nicht deswegen heute, weil wir ihn vor zweihundert oder einhundert Jahren erschaffen haben, sondern weil wir ihn heute erschaffen haben. Wenn wir ihn morgen nicht erschaffen, wird er nicht existieren.«⁷² Wenn Herrschaft nicht primär äußerlich ist, dann kann ihre Überwindung nur in einer Praxis der gleichzeitigen Veränderung der gesellschaftlichen Zustände und der Selbstveränderung geschehen.

Gegenwärtig werden von der emanzipatorischen Linken drei Strategien verfolgt, um den neo-liberalen Kapitalismus und die von ihm ausgehende Gewalt zu überwinden.⁷³ Es sind dies (1) die Strategie der Zurückweisung der Kriege, sozialreaktionären Reformen und des neuen Autoritarismus; (2) die Strategie der Entwicklung autonomer Räume eigener Alternativen und (3) die Strategie der umfassenden gesellschaftlichen Transformation.

Die Strategie des NEIN

Die erste Strategie ist die des einfachen NEIN, der unmittelbaren und direkten Ablehnung der Kriege und der sozialen Gegenreformen des Neoliberalismus. Die weltweiten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Februar 2003, die Mobilisierung gegen die Hartz-IV-Reformen haben diese nicht aufgehalten, aber deutlich gemacht, dass die Völker, die Bürgerinnen und Bürger mit sehr gutem Recht eine sehr schlechte Politik in Frage stellen. Der langfristige Erfolg besteht vor allem darin, dass der Arroganz der Eliten und ihren Herrschaftsansprüchen der Kampf angesagt wurde.

70 Hilary Wainwright: Das Forum als Jazz. In: Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen, Peter Waterman: Eine andere Welt – Das Weltsozialforum. A. a. O., S. 18 ff.

71 Erich Fromm: Haben und Sein, S. 43.

72 John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. In: grundrisse, Heft 11/2004, S. 6.

73 »Wenn man ... überhaupt der Gewalt etwas »Schöpferisches« zusprechen kann, dann ist es der von ihr ausgehende, aus Angst und Bedrohung geborene Zwang, menschliches Zusammenleben vor gewalttätiger Willkür zu sichern...« Hans-Georg Soeffner: Gewalt als Faszinosum. In: Wilhelm Heitmeyer; Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Gewalt, Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme. A. a. O., S. 82.

Auch die gewaltfreie Blockade der Landwege zum Ort des G8-Treffens in Heiligendamm auf der Basis des Konzepts »Block G8« war ein solcher Erfolg. Das Ziel, »den G8-Gipfel real und effektiv (zu) blockieren und von seiner Infrastruktur ab(zu)schneiden«⁷⁴, wurde erreicht. Dabei wurden die Sicherheitsinteressen des Staates ernst genommen. Der Zaun, der das Tagungszentrum weiträumig abriegelte, sollte nicht gestürmt werden, aber durch zivilen Ungehorsam sollte klar gemacht werden, dass das G8-Treffen illegitime Machtanmaßung ist. Die Bilder von der Anwendung der »Fünf-Finger-Taktik« gingen um die Welt. Sie kündeten von der Überlegenheit einer Idee und des gewaltfreien Widerstands gegen die abgeschotteten Eliten.

Diese Strategie der Linken, dem Neoliberalismus ein lebensbejahendes solidarisches NEIN gegenüberzustellen, jedem neuen Krieg, jeder neuen Gegenreform, jedem Abbau von Demokratie und Bürgerrechten den offenen Kampf anzusagen, braucht nicht nur Demonstrationen, Proteste, Wahl jener Parteien und Unterstützung jener Organisationen, die sich dem Neoliberalismus widersetzen. Sie verlangt auch mehr an Widerstand, wenn die Verpflichtung der gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnung auf den Verfassungsanspruch verloren zu gehen droht.

Gewaltfreier Widerstand ist alles andere als passiv. Sie ist ein aktiver »Dritter Weg« zwischen Konfliktvermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung.⁷⁵ Zum gewaltfreien Widerstand gehören u. a. Waren- und Verkehrsboykott, sozialer Boykott, Arbeits-, Sympathie- und Sitzstreik, Steuerverweigerung, Verweigerung der Zusammenarbeit, Zurückweisung von Ehrungen, Orden usw., ziviler Ungehorsam, Verteilung von Flugblättern und Protestmärsche, Bildung von unabhängigen Gegenregierungen, Fasten usw. usf.⁷⁶ Ein solcher Widerstand verlangt höchste eigene Sittlichkeit und den außerordentlichen Mut, sich fremder Gewalt auszusetzen, ohne mit Gewalt zu antworten.⁷⁷

Der Ungehorsam der Bürgerinnen und Bürger ist das letzte Mittel in einer Demokratie, um den Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit zu skandalisieren. Sie sind ein Protest »gegen bindende Entscheidungen, die nach Auffassung der Akteure trotz ihres legalen Zustandekommens im

74 Zitiert in: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Gewaltbereite Politik und der G8-Gipfel. A. a. O., S. 73. Das Konzept des »Blocks G8« beschrieb die Taktik so: »Während der Aktionen wollen wir eine Situation, die für alle Blockierenden transparent ist und in der die AktionsteilnehmerInnen solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen. Alle übernehmen mit Verantwortung für das Gelingen kraftvoller und entschiedener Blockaden und respektieren gegenseitig die Grenzen und Protestkulturen der anderen Teilnehmenden. Möglicher Polizeigewalt, etwa während einer Räumung, wollen wir mit den Mitteln des Zivilen Ungehorsams gemeinsam und solidarisch widerstehen.« Zitiert: Ebenda. Auf der Basis von Gewaltfreiheit war die Solidarität über die Unterschiede hinweg möglich – anders als während der Demonstrationen vom 2. Juni 2007.

75 Müller, Barbara; Schweitzer, Christine: Gewaltfreiheit als Dritter Weg zwischen Konfliktvermeidung und gewaltsamer Konfliktaustragung. In: Konflikt und Gewalt. A. a. O., S. 82-111.

76 Ossip K. Flechtheim: Die Politik der Gewalt und der »Gewaltlosigkeit«. A. a. O., S.

77 Gandhi verlangte von seinen Freiwilligen das Gelübde, Beamte, die beleidigt oder angegriffen werden, selbst unter Einsatz des eigenen Lebens davor zu schützen.

Lichte geltender Verfassungsgrundsätze illegitim sind«⁷⁸. Durch die Fundierung der Verfassung in den universellen Menschenrechten und der Unantastbarkeit der Würde jeder und jedes Einzelnen ist das Projekt einer Demokratie offen und unabschließbar. Bloße Legalität sichert auch im Rechtsstaat keine hinreichende Legitimität.

Wie Cohen und Arato schreiben: »Kollektive Akteure, die zu Mitteln des zivilen Ungehorsams greifen, berufen sich auf die Ideen der Grundrechte oder demokratischer Legitimität. Ziviler Ungehorsam ist deshalb ein Mittel, um der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft neue Geltung zu verschaffen ..., wenn die legalen Versuche, einen Einfluss der ersteren auf letztere auszuüben, gescheitert sind und andere Wege nicht zum Erfolg führten«⁷⁹.

Derart geltendes Recht bewusst brechender Widerstand verbleibt nur dann innerhalb des demokratischen Verfassungssystems und führt nur dann nicht zum Bürgerkrieg, wenn er sich der Gewalt als bewusste Bedrohung der physischen und psychischen Unversehrtheit anderer Bürgerinnen und Bürger verweigert. Der Schritt zur Gewalt zerstört die wesentliche Grundlage von Widerstand und die Quelle aller Wirksamkeit eines solchen Widerstands in einer Demokratie – nämlich die glaubwürdige Berufung auf das Verfassungsideal, auf die Menschenrechte und die menschliche Würde.

Das Mittel der Gewalt wendet sich gegen den Zweck. Anstelle der Dynamisierung des Widerspruchs zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit wird der Widerspruch zwischen innerem Frieden und Bürgerkrieg aktualisiert. Das Mittel der Gewalt ist unter den Bedingungen eines demokratischen Rechtsstaats nicht nur illegitim, sondern im höchsten Maße unzweckmäßig. Die Bürger werden gegen das Anliegen des Protests immunisiert, diese als »Chaoten« und »Terroristen« delegitimiert und isoliert. Nicht der Druck auf die politischen Gewalten wird erhöht, einen Richtungswechsel einzuschlagen, sondern der auf die Zivilgesellschaft, sich jeder Form von Protest, geschweige den Widerstands zu entsagen, um dem Versinken in den Bürgerkrieg zu widerstehen.

Der bewusste Griff zur personenverletzenden Gewalt im politischen Protest und Widerstand muss ernst genommen werden. Er markiert eine Haltelinie und eine Herausforderung. Der Zyklus des Hineingleitens in eine neue Gewaltspirale muss von Seiten jener, die sich für eine solidarische Emanzipation einsetzen, gestoppt werden.⁸⁰ Wie der Sozialist und Christ Helmut Gollwitzer 1987 schrieb: »Der Weg der Gegengewalt ist kontraproduktiv, wie sehr er auch die Wut befriedigen mag; er ist objektiv im Interesse der heutigen Besitzer der Gewaltmittel. Wer sich auf diesen Weg, ohne sich von unseren Warnungen zurückhalten zu las-

78 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main 1992, S. 462.

79 Jean L. Cohen; Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*. Cambridge, Mass. 1992, S. 588 (aus dem Englischen – M. B.).

80 Zur Analyse solcher Gewaltspiralen, die in den Abgrund führen: Wilhelm Kempf: *Gewaltursachen und Gewaltdynamiken*. In: *Konflikt und Gewalt*. A. a. O., S. 44 ff.

sen, begibt, von dem muss man sich um der Sache willen, so leid es einem tun mag, klar distanzieren.«⁸¹ Dem ist aus meiner Sicht auch heute nichts hinzuzufügen. Der »Erziehung zur Gewalt« muss eine Selbstermächtigung zur Gewaltlosigkeit gegenübergestellt werden.⁸²

Gewalt ist in Deutschland weder ein legitimes noch ein zweckmäßiges Mittel des politischen Kampfes. Aber wichtiger, viel wichtiger noch als diese notwendige Distanzierung ist es, die Herausforderung aufzunehmen, die aus dem Protest entsteht. Die Ungeduld wächst und sie ist berechtigt. Der Wind hat sich gedreht. Es gibt die Chance, die Voraussetzungen für einen Richtungswechsel der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung zu schaffen.

Das NEIN zu Gewalt ist notwendig, damit nie wieder Barbarei im Namen des Sozialismus ausgeübt werden kann, damit die Barbarei eines entfesselten Kapitalismus gestoppt und verhindert wird, damit die notwendigen Räume der Emanzipation wirklich entstehen können. Kühle Ungeduld und zupackende Geduld ist gefragt. Die Chancen müssen ergriffen werden – damit die Verzweifelten nicht zu Steinen greifen und die Rebellierenden nicht entmutigt werden, damit wir gemeinsam das Brot der Hoffnung teilen können – auf dem Wege voran: Fragend, suchend, uns selbst und die Welt verändernd.

Die Schaffung alternativer Räume

Die zweite Strategie der Linken richtet sich darauf, jenseits der Bereiche, die kapitalistisch dominiert sind, »Löcher, Räume« zu schaffen, »in denen Menschen, ob individuell oder kollektiv, sagen, ›NEIN‹ hier herrscht das Kapital nicht, hier werden wir unser Leben nicht nach dem Kapital richten«⁸³. Es handelt sich um ein NEIN, das Alternativen jenseits der Zentren der Kapitalverwertung schafft. Als Beispiel nennt Holloway die Zapatisten im mexikanischen Chiapas, die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die Piqueteros und Nachbarschaftsversammlungen in Argentinien. Viele andere Beispiele aus Asien, Europa oder Lateinamerika ließen sich hinzufügen. Es sind Projekte autonomer Medien, der Wissensvermittlung, der Produktion von Software usw. entstanden. Die Schaffung eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung, die Verteidigung öffentlicher Räume und öffentlicher Unternehmen, wie es in Deutschland auch von der Partei DIE LINKE vertreten wird, ist Teil dieser Strategie. Auch wenn man diese Projekte für einen wichtigen Weg emanzipatorisch-solidarischer Politik sieht, Holloways Vorstellung, dass sich in diesen Projekten Macht nicht reproduzieren würde und sie sich gesellschaftsweit generalisieren ließen, muss man deshalb nicht teilen.

81 Helmut Gollwitzer: Dank für die Warnung. In: Günther Anders: Gewalt – ja oder nein. A. a. O., S. 187 f.

82 Zu den Stufen einer Erziehung zur Gewalt vgl.: Peter Brückner: Über die Gewalt. Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme Berlin 1979, S. 14 ff.

83 John Holloway: Aufhören, den Kapitalismus zu machen. A. a. O., S. 9.

Für einen Teil dieser alternativen Projekte gilt, so John Holloway, »das die Beteiligten arm und isoliert sind« – und dann werden »diese Projekte keine Anziehungspole sein« und »sich nicht ausbreiten«⁸⁴. Wolfgang Fritz Haug spitzt das Problem zu: »Am produktiven Block einer Gesellschaft, der die Arbeiterklasse und die technisch-organisatorische Intelligenz umfasst, führt kein alternativer Weg (vorbei)... Das Problem einer antikapitalistischen Bewegung von gesellschaftlich handlungsfähiger Breite ist kein anderes als das der politischen Parteien mit sozialem Anspruch: Sie müssen den Spagat zwischen relevanten Teilen des ökonomischen Kernbereichs und den Marginalisierten schaffen.«⁸⁵

Andere Projekte mit hoher gesellschaftlicher Ausstrahlungskraft und alternativer Produktivität sind abhängig von einem Engagement, das nur dann möglich ist, wenn jene, die sich engagieren, sozial gesichert sind. Viele Akteure machen dies in ihrer Freizeit, sind an Universitäten und Fachhochschulen tätig oder in Projekten, die öffentlich gefördert sind.

Transformation über den Kapitalismus hinaus

Neben der Strategie zum Aufbau von Projekten außerhalb der Bastionen der profitdominierten Gesellschaften, an ihren Rändern, Poren und Rissen, ist deshalb eine dritte Strategie notwendig. Sie zielt auf die Freisetzung einer höheren und anderen Produktivität durch Transformation der Kernbereiche der heutigen Gesellschaft selbst. Wie Haug betont: »Ein Antikapitalismus, der nicht über das ›Anti‹ im Verhältnis zum Kapitalismus hinausgeht und zu einem ›Pro‹ gelangt, das jene Produktivität aus der konkurrenzienten Profitlogik des Kapitalismus und damit zugleich von ihrer Destruktivität zu befreien verspricht, kann diesem sein Daseinsrecht nicht streitig machen.«⁸⁶ Nur ein Projekt, das nicht weniger effektiv und innovativ ist als das des Kapitalismus, und zugleich humaner, demokratischer, ökologischer und vor allem auch solidarischer, kann den Kapitalismus ernsthaft herausfordern: »Selbst die unterm Kapitalismus Leidenden werden in ihrer großen Mehrheit keinem Projekt folgen, das dahinter zurückfällt.«⁸⁷

Eine gesellschaftliche Klasse oder soziale Gruppe, so Antonio Gramsci, ist progressiv, indem wenn sie zugleich den »existentiellen Erfordernissen« einer Gesellschaft nachkommt und »ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriellproduktiver Tätigkeitsbereiche erweitert«⁸⁸ und so neue attraktivere Lebensperspektiven (Bedürfnisse, Genüsse, Tätigkeitsweisen, Verkehrs-, Umgangs- und Konsumtionsweisen usw.) für sich selbst und größere

84 Ebenda, S. 11.

85 Wolfgang Fritz Haug: Zur Dialektik des Antikapitalismus. In: Argument, Heft 269/2007, S. 18.

86 Ebenda, S. 20.

87 Ebenda.

88 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band 1. Hamburg 1991, Heft 1 - § 44, S. 102.

Teile der Bevölkerung schafft. Heute bilden die Informations- und Kommunikationsarbeiter⁸⁹ und jene, die die soziale und kulturelle Reproduktion sichern, die beiden wichtigsten produktiven Gruppen.

Dieser produktive Charakter einer Klasse oder Gruppe kann aber in zwei deutlich voneinander getrennte Projekte integriert werden. Erstens besteht die Möglichkeit, dass die Herrschenden, heute die Herren des Finanzmarkt-Kapitalismus, mit Hilfe dieser sozialen Kräfte ihre autoritäre Herrschaft modernisieren und ein Bündnis der neoliberalen Eliten mit diesen Gruppen der oberen Mitte der Gesellschaft auf der Grundlage einer Polarisierung von Lebenschancen und einer allgemeinen Entsicherung herstellen. Die zweite Option ist ein Bündnis der Informationsarbeiter und der qualifizierten Kerngruppen sozialer und kultureller Reproduktion mit den unteren sozialen Gruppen um das Projekt einer *solidarischen Gesellschaft*.⁹⁰

Das Versprechen exklusiver Privilegien, billiger Dienstleistungen, kultureller und ideologischer Aufwertung bindet die hochqualifizierten Informationsarbeiter an die Herrschenden. Ihre relativ hohe Marktmacht drängt sie zu privaten Sicherungsstrategien. Verunsicherung, Abstiegsdrohungen (vor allem auch für ihre Kinder), die Erfahrung der Degradation jener sozialen und kulturellen Systeme (Bildung, Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Umwelt), denen sie ihren Aufstieg verdanken, der Widerspruch zwischen ihrer Professionalität und den kurzfristigen Verwertungsinteressen sowie autoritäres Basta und Verweis auf Aktienkurse anstelle auf Sachargumente drängen sie dagegen in Richtung eines alternativen Entwicklungspfads.⁹¹

Der gegenwärtige hegemoniale geschichtliche Block des Neoliberalismus wird nicht allein von der Bühne abtreten. Spontan verfällt die progressive Klasse der Attraktionskraft der Herrschenden. Es bedarf einer »organisierte(n)<, planmäßige(n) Anziehung«⁹² durch einen sich bildenden alternativen historischen Block.

89 »Informationsarbeiter sind heute die sozialen Träger eines historisch neuen Typs von Arbeit, der Arbeit zur Entwicklung, Herstellung oder Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Informationsarbeit ist die Gesamtheit der Arbeit mit technisiertem Wissen. Dieser neue Typ von Arbeit ist bereits nahezu überall anzutreffen, in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in staatlichen Verwaltungen, in Banken, in den Medien, in den Wissenschaften, in den Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie, in den Künsten und konzentriert in der New Economy. Dieser Typ Arbeit ist seinem Wesen nach hoch vergesellschaftet und entspricht zum Teil der Vision von Karl Marx, dass › ... die Schöpfung des wirklichen Reichtums ... abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie ...‹ 1. Das Personal, das diesen neuen Typ Arbeit leistet, ist als solches heute nicht neu. Neu ist a) die Massenhaftigkeit, b) seine breite Verteilung in eigentlich alle Bereiche der Gesellschaft und c) damit verbundene Formwandlungen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.« Dietmar Wittich: Informationsarbeiter (<http://www.hg-graeb.de/MTB/wittich-1.html>). Vgl. auch das Stichwort Informationsarbeiter im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/II. Hamburg 2004, S. 1062 ff.

90 Wenn es richtig ist, »dass sich die spezifisch postmoderne Form der Gewalt aus der Privatisierung, Deregulierung und Dezentralisierung von Identitätsproblemen ergibt« (Zygmunt Baumann: Gewalt modern und postmodern. A. a. O., S. 64), dann ist die Erneuerung des Öffentlichen als Grundlage einer solidarischen Gesellschaft möglicher Weise die wichtigste Antwort.

91 Vgl. dazu: Ulrich Duchrow u. a.: Solidarisch Mensch werden. A. a. O., S. 387-391.

92 Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Band 1. A. a. O., S. 103.

Ein NEIN ist gefordert, das den neoliberalen Kapitalismus in seinen Kernbereichen herausfordert. *Reclaim the Public!* wäre eine der zentralen Forderungen. Solidarische Erneuerung des Bildungs- und Gesundheitssystems, wirkliche soziale Sicherheit, langfristige Planung von Investitionen mit dem Ziel der sozialen und ökologischen Transformation, die demokratische Kontrolle über die Finanzmärkte und die großen transnationalen Konzerne, Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitiger Ausbau der Infrastruktur einer solidarischen Kultur (beginnend mit den Schulen) könnten Einstiegsprojekte eines solchen Kampfes für eine andere Gesellschaft im Herzen der alten Gesellschaft sein.⁹³

Die Zeit der bloßen Defensive ist vorbei. Ein dreifaches NEIN des Protests, der Alternativen jenseits der Kernbereiche des Kapitalismus sowie in ihnen selbst ist gefordert. Und es ist zugleich ein dreifaches JA: zu gewaltfreiem Widerstand, Autonomie und radikaler Veränderung der Macht und Eigentumsverhältnisse.⁹⁴ Unser Ziel ist nicht mehr und nicht weniger als eine friedliche Revolution.⁹⁵ Gewaltfreiheit ist die Bedingung für Radikalität und Humanität der neuen Bewegungen für eine andere Welt.

93 Siehe dazu ausführlicher: Michael Brie: Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland. In: Michael Brie; Cornelia Hildebrandt; Meinhard Meuche-Mäker: Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik? Berlin 2007, S. 259 ff.

94 Zu dem Zusammenhang von NEIN und JA schon Albert Camus: »Was ist ein Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt. Aber wenn er ablehnt, verzichtet er doch nicht, er ist auch ein Mensch, der ja sagt aus erster Regung heraus... In gewisser Weise stellt er der Ordnung, die ihn bedrückt, eine Art Recht entgegen, nicht bedrückt zu werden über das hinaus, was er zulassen kann.« Albert Camus: Der Mensch in der Revolte. Reinbek bei Hamburg 2003, S. 21.

95 Mahatma Gandhi fasste dies mit Blick auf den indischen Befreiungskampf in die Worte: »Eine gewaltfreie Revolution ist kein Programm der »Machtübernahme«, sondern ein Programm der Transformation von Beziehungen, das in einem friedlichen Transfer von Macht endet.« (zit. in: Dieter Conrad: Gandhi und der Begriff des Politischen. A. a. O., S. 86.

Autorinnen und Autoren

Patrick Bond leitet das Durban Zentrum für Zivilgesellschaft an der Universität von KwaZulu-Natal: <http://www.ukzn.ac.za/ccs>.

Michael Brie ist Politikwissenschaftler und leitet den Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Christine Buchholz ist Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands der Partei DIE LINKE und mitverantwortlich für die Bereiche Frieden/Abrüstung, Internationale Politik. Sie arbeitete 2006/2007 in der Vorbereitung der G8-Proteste um Heiligendamm.

Einige autonome (ex-)StipendiatInnen leben in Berlin und arbeiten an diversen Themen. Weil auch wir ab und zu Geld brauchen, bis es mit der befreiten Gesellschaft soweit ist, und weil es auf dem Weg dahin bei aller Autonomie auch Sinn macht, punktuell, kampagnenförmig oder wie auch immer mit anderen Linken zusammen zu arbeiten, ist u. a. die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Interventionsfeld und temporärer Freiraum für uns wichtig und interessant.

Ruth Frey arbeitet im Bereich Politische Bildung/Politikmanagement der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Cornelia Hildebrandt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit dem Themengebiet Parteien/Soziale Bewegungen im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Bernd Hüttner ist Politikwissenschaftler, Vater von zwei Kindern und als Regionalmitarbeiter Bremen und Koordinator des Gesprächskreises Geschichte der RLS tätig. Im Jahr 2000 Gründer des Archiv der sozialen Bewegungen Bremen. Letzte Buchpublikation (als Hrsg.): Verzeichnis der Alternativmedien 2006/2007, Neu-Ulm 2006. War 2007 nicht in Heiligendamm, wurde aber 1985 in Bonn während der Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel festgenommen.

Katja Kipping ist stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Sprecherin für Sozialpolitik der Linksfraktion. Seit 2004 Sprecherin des parteienunabhängigen Netzwerkes Grundeinkommen; Veröffentlichungen u. a. zu linker Strategie sowie zum Thema Grundeinkommen in Zeitschriften wie UTOPIE kreativ und Sozialismus. Beim VSA-Verlag ist 2006 das Buch zum Gipfel erschienen: »G8: Gipfel der Ungerechtigkeit – Wie acht Regierungen über 6 000 000 000 Menschen bestimmen«, das sie gemeinsam mit Christine Buchholz herausbrachte.

Christoph Kleine ist aktiv bei AVANTI – Projekt undogmatische Linke und war einer der SprecherInnen der Kampagne Block G8.

Manfred Lauermann ist Soziologe und lebt in Hannover.

Wolf-Dieter Narr war zwischen 1971 und 2002 Hochschullehrer für empirische Theorie der Politik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seine wissenschaftliche und politische Tätigkeit ist eng verbunden mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie.

Rainer Rilling ist Soziologe und wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Thomas Seibert ist Philosoph und Redakteur des Magazins Fantomas (<http://www.akweb.de/fantomas/>). Er lebt in Frankfurt.

Peter Wahl ist Mitarbeiter von »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED«, Gründer von ATTAC Deutschland und Mitglied im Attac-Rat.

Die russische Revolution

Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus



»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die
russische Revolution von 1917
und ihre Wirkungen
herausgegeben von
Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner

Wem hat heute die russische Revolution von ihrem demokratischen Aufbruch im Februar 1917 bis zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 etwas zu sagen? Wird sie als historisches oder als epochales Ereignis reflektiert? Existieren Bezugspunkte für eine Rückbesinnung auf die sozialistische Perspektive, die außerhalb Europas zu beobachten ist? Autoren: Fritz Klein, Wolfgang Ruge, Helmut Bock, Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner, Mario Keßler, Jörn Schütrumpf u. a.

Wladislaw Hedeler, Klaus Kinner (Hrsg.)

»Die Wache ist müde«

Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen
408 Seiten, mit 4 Abbildungen, 24,90 Euro · ISBN 978-3-320-02140-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Die Mär der Neoliberalen



Angeblich habe Ludwig Erhard das »Wirtschaftswunder« mit einem rein liberalen Wirtschaftssystem gezeugt, behauptet nicht nur Angela Merkel und fordert für die heutige Bundesrepublik eine reine Marktwirtschaft. Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler zeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik in Wirklichkeit in der Auseinandersetzung zwischen den Regierenden und der Bevölkerung entstand. Eine Kombination aus Regulierung über den Markt *und* über den Staat brachte den Erfolg.

Jörg Roesler

Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik

Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren

111 Seiten, mit 9 Abbildungen, 9,90 Euro · ISBN 978-3-320-02137-5

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

Das ganze Wahrheit



Hans Magnus Enzensberger kommt in seinem soeben erschienenen Buch über Kurt von Hammerstein auch auf dessen kommunistisch eingestellte Töchter und deren Engagement für den Geheimdienst der KPD zu sprechen.

Doch mehr als ein Schlaglicht auf diesen Geheimdienst kann Enzensberger nicht bieten.

Die ganze Geschichte aus Aufopferung und Abenteuer, Idealen und Enttäuschungen, Stärke und Schwäche, Hoffnungen und Verrat, – eines der verschwiegensten Dramen des 20. Jahrhunderts – erzählt Siegfried Grundmann und stellt damit die künftige Forschung auf eine neue Grundlage.

Siegfried Grundmann

Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo

Das BB-Ressort – Funktionäre, Beamte, Spitzel, Spione

496 Seiten, ca. 80 Abbildungen, 29,90 Euro · ISBN 978-3-320-02113-9

KARL DIETZ VERLAG BERLIN GMBH

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Tel.: 030 2978-4534 · Fax: Tel.: 030 2978-4536

info@dietzberlin.de · www.dietzberlin.de

dietz berlin

